

liberal

DEBATTEN ZUR FREIHEIT

3.2013
www.libmag.de
7,90 EURO

SCHWERPUNKT

SOZIALE GERECHTIGKEIT

**LEISTUNGSTRÄGER AUF DER
VERLIERERBAHN**

MIT BEITRÄGEN VON:

THOMAS STRAUBHAAR

ULF POSCHARDT

ANDREAS SCHÖNFELDER

EUROPÄISCHE IDENTITÄT:

GENSCHER UND LINDNER IM DUETT

GISELA FRIEDRICHSEN: WIE DIE JUSTIZ IHRE OPFER MISSACHTET

VINCE EBERT: WARUM AUCH EIN KABARETTIST LIBERAL SEIN KANN

ZETTEL: WIE DER VERSTORBENE BLOGGER DIE WELT SAH





Lassen Sie doch mal wieder die Kinder gewinnen – mit Ihrer Pflege- Zusatzversicherung

Wenn im Pflegefall Kosten von mehreren Tausend Euro im Monat zusammenkommen, reicht die gesetzliche Pflegeversicherung nicht aus. Dann müssen unsere Kinder für die Rechnung der Eltern geradestehen. Gut, dass der Staat jetzt die zusätzliche private Pflegevorsorge fördert. Sie hilft Jung und Alt. Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de



Verband der Privaten
Krankenversicherung



„DIE FRAGE NACH DER GERECHTIG- KEIT BLEIBT EIN URLIBERALES KERNANLIEGEN, FÜR DAS ES SICH ZU STREITEN LOHNT.“

DAVID HARNASCH
CHEFREDAKTEUR

Der Begriff „soziale Gerechtigkeit“ ist für viele liberale und vernunftbegabte Menschen ein Reizwort, das sie Reißaus nehmen lässt. In der politischen Debatte wird er besonders gerne gebraucht, um allerlei staatliche Interventionen und Umverteilungen zu fordern, für die es schlicht an rationalen Gründen mangelt.

Das Muster wiederholt sich regelmäßig: Anhand eines wenig repräsentativen Einzelfalls wird eine vermeintlich systemische Ungerechtigkeit proklamiert, derer sich nun unbedingt der Staat anzunehmen hat. Stehen für die sozialdemokratischen Parteien aller Farben die an die eigene Klientel zu verteilenden Posten und Wohltaten im Vordergrund, freuen sich die Kommunisten ganz generell über jeden Teilaspekt des Lebens, der privater Initiative und Verantwortung entzogen ist. Dagegen ist zunächst nichts einzuwenden, so läuft das politische Geschäft aller Staatsgläubigen.

Beklagenswert ist aber, dass selbst solche Anliegen routinemäßig emotionalisiert und skandalisiert werden, für die man auch nüchtern und sachlich argumentieren könnte. Dass Freiberufler andere Interessen haben als beispielsweise gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer, die ihrerseits vor den ebenso berechtigten Anliegen der Arbeitslosen und

der internationalen Konkurrenz geschützt werden wollen, ist keine Frage der Moral, sondern des Opportunismus. Doch statt mit offenem Visier für die eigene Klientel zu kämpfen, steht in der politischen Arena jeder mindestens für „das Gemeinwohl“, wenn nicht gleich für die Rettung der „ganzen Welt“. Die Floskel „soziale Gerechtigkeit“ ist so praktisch, weil sich damit jedes Partikularinteresse moralisch veredeln lässt. Auch wenn der politische Gegner meint, das diffuse Adjektiv „sozial“ gegen das Ideal der Freiheit in Stellung bringen zu können, bleibt die Frage nach der Gerechtigkeit ein urliberales Kernanliegen, für das es sich zu streiten lohnt.

Und da der schwammige Begriff den Wahlkampf weiterhin prägen wird, darf seine Deutung nicht den Feinden der Freiheit überlassen werden. Ulf Poschardt benennt in seinem Essay die Ideen, welche die liberale Geistesgeschichte zur aktuellen Gerechtigkeitsdiskussion beisteuern kann. Die heutigen Lautsprecher der „sozialen Gerechtigkeit“ verweisen gerne auf Skandinavien als Utopia perfekter Wohlfahrtsstaaten. Dass ihr Blick in den Norden nicht weniger diffus ist als die Begrifflichkeiten, in die sie ihre Anliegen kleiden, zeigt Martin Riexingers genauer Blick auf das Sozialsystem Dänemarks. ●

STANDARDS

3

EDITORIAL

4

INHALT

6

#LIBERALMAGAZIN

8

FREMDSEHEN 

32

DUELL/DUETT

Lindner trifft Genscher

40

MIERSCHS MYTHENLESE

Tierrechtler gegen Zoos

46

AUTOREN DER FREIHEIT 

Vince Ebert

52

LAGEBERICHT

Liebe vor Gericht

54

ZENTRALMOTIV 

Taxifahrer-Demo 1968

56

WUTPROBE

Ökoaktivisten

75

STEUERVERSENKUNG

DES QUARTALS

91

IMPRESSUM

93

BÜCHER

94

ZITATE DER FREIHEIT 

Andreas Rebers

95

FREIDENKER

Kreuzworträtsel

96

WOLFGANG

GERHARDT TRIFFT 

Gabor Steingart

liberal IM ABONNEMENT

Alles dazu auf Seite 39



SCHWERPUNKT „SOZIALE GERECHTIGKEIT“

Ist Gemeinwohl gut für alle?

Die Parteien überbieten einander mit Ideen zu größerer sozialer Gerechtigkeit. Klingt gut und hat den Charme, dass sie nur bedingt eine objektiv messbare Größe ist. Birgt aber den Nachteil, dass jeder etwas anderes darunter versteht. Und hat den Makel, dass manche Ansätze alles andere als gerecht für jeden sind. Warum sonst werden aus Leistungsträgern regelmäßig Verlierer?

10

ESSAY: NIVELLiertes MITTELMASS

Den Gerechtigkeitsaktivisten dieses Landes gilt der Liberalismus als natürlicher Feind ihrer weitreichenden Ambitionen. Dabei zeigt die Geschichte des Liberalismus kaum Berührungsängste mit den Prinzipien der Gerechtigkeit.

VON ULF POSCHARDT

16

KLASSENFEINDE

Skandinavien ist der Sehnsuchtsort vieler Deutscher. Die nordeuropäischen Länder beweisen angeblich, dass ein egalitärer, starker Sozialstaat die Lebensqualität aller Bürger hebt. Doch die skandinavische Realität ist wesentlich vielschichtiger, als es die Klischees vermuten lassen.

VON MARTIN RIEKINGER

22

(K)EINE ALTERNATIVE

Angeführt von einem Ökonomeprofessor macht sich in Deutschland eine neue politische Bewegung für eine Rückkehr zur D-Mark stark.

VON THOMAS STRAUBHAAR

26

FAKTEN UND ZAHLEN

zur sozialen Gerechtigkeit

28

ASOZIALENPARAGRAF

Die DDR wird immer noch als Hort sozialer Gerechtigkeit dargestellt. Jene, die heute das Wort vom „Recht auf Arbeit“ im Munde führen, schweigen zur „Pflicht zur Arbeit“ im Arbeiter- und Bauernstaat.

VON ANDREAS SCHÖNFELDER

Illustration: Sabine Kühn

GESELLSCHAFT



- 34 **UNTERWEGS IN ESTLAND**
Tallinn war schon immer eine Stadt des Fortschritts und der Weltoffenheit. Unterwegs mit dem liberalen Parlamentarier Silver Meikar. **VON MICHAEL HOLMES**
- 42 FREMDKÖRPER**
Diagnose BIID: Manche Menschen wünschen sich nichts sehnlicher, als ein Körperteil zu verlieren.
VON KATHARINA LOTTER
- 48 **FÜHLENDE STÄDTE**
Ein Netzwerk aus Sensoren und intelligenten Apps soll der Stadt von morgen ein für Menschen lesbares Nervensystem verpassen. **VON STEFFAN HEUER**
- 57 **FREIHEIT ZUM TAGESSATZ**
Staat und Justiz halten sich auffallend zurück, wenn es um den Ausgleich von ihnen verursachten Unrechts geht.
VON GISELA FRIEDRICHSEN
- 60 **ZETTEL IST TOT**
Wir drucken einen der wichtigsten Texte des liberalen Bloggers.

WIRTSCHAFT



- 64 **DIE ZUKUNFT EUROPAS**
Gespräch mit Hermann Otto Solms über das Manifest „Für ein Europa der Freiheit und der Bürger“. **VON DAVID HARNASCH**
- 66 **ZEPPELIN UNIVERSITÄT** ⓘ
Modellcharakter: Die private Zeppelin Universität in Friedrichshafen ist ganz anderes als alle anderen deutschen Hochschulen. **VON BORIS EICHLER**
- 70 AUF DER WALZ** 📷
Die Walz ist ein altertümliches, zugleich hochmodernes Lebenskonzept auf Zeit in einem Mobilität fördernden Arbeitsmarkt - auch für junge Frauen.
VON RALF KALSCHUR
- 76 **DIE AUFSTÄNDISCHE**
Die Ökonomin Esther Duflo fordert ein Umdenken in der Entwicklungshilfe - weg von Patentlösungen hin zu mehr Realismus und Verantwortungsbewusstsein.
VON CHRISTINE MATTAUCH

KULTUR



- 82 **DER SCHAUMKÖNIG**
Auf ihre Bierkultur und deren weltweites Renommee sind die meisten Deutschen stolz. Was kaum einer weiß: Ausgerechnet Napoleon verhalf dem würzigen Gebräu hierzulande zu seinem Höhenflug.
VON ANTJE SCHIPPMANN
- 86 ALLES NUR FASSADE** 📷
Der finnische Architekturfotograf Ola Kolehmainen porträtiert die Oberflächen von Häusern - und lehnt dabei jeden dokumentarischen Anspruch ab.
VON CORNELIA DÖRRIES
- 92 **SOUFFLEUSE FÜRS AUGE**
Vom Hilfsmittel für vergessliche TV-Ansager zum Zankapfel der Weltpolitik: Der Siegeszug des Teleprompters ist so unaufhaltsam wie umstritten.
VON ANTJE SCHIPPMANN



HÜHNERINNEN?

Das sogenannte Binnen-I sorgt seit mehr als 20 Jahren für Diskussionen. Dort, wo linke Politik und Publizistik gemacht werden, hat es sich flächendeckend durchgesetzt. Man schreibt von PolitikerInnen oder LehrerInnen. Inzwischen kämpfen Queer-AktivistInnen für einen weiteren Schritt (Lehrer_innen), um durch den „Gender Gap“ - den Unterstrich - den Eindruck einer zweigeschlechtlichen Weltsicht zu vermeiden. Liberale können mehrheitlich mit derlei Sprachspielereien wenig anfangen. Dennoch bleiben sie nicht ohne Wirkung: Wir haben dieses Etikett mehreren Probanden vorgelegt, und die meisten waren erschrocken, dass der Genderkrimskrams nun schon an der Fleischtheke gelandet ist. Sie lasen HühnerInnenfilet auf der Packung. Nicht verrückt machen lassen: Das Binnen-I ist immer noch Spielerei und nicht Bestandteil der Rechtschreibung; und in der Fleischpackung befindet sich ein Hühner-Innen-Filet.

RANKING

Prozentsatz der Kinder, die in den letzten zwölf Monaten in einen Kampf verwickelt waren (gerundet)

1	DEUTSCHLAND	23
2	FINNLAND	27
3	PORTUGAL	28
4	SCHWEIZ	28
5	ESTLAND	30
...		
24	LETTLAND	43
25	UNGARN	44
26	TSCHECHIEN	45
27	GRIECHENLAND	49
28	SPANIEN	55

„Unglücklich trotz besserem Leben“, „Deutsche Kinder sind unglücklich“ oder „Deutschland – das Land der unglücklichen Kinder“ – so lauteten Überschriften, unter denen im April eine Unicef-Studie zur Lage der Kinder und Jugendlichen in Industrienationen von Medien und Sozialverbänden präsentiert wurde. Zielsicher zog man sich aus Dutzenden von Befunden jenen heraus, bei dem Deutschland am schlechtesten abschnitt: die Bewertung der eigenen Lebenssituation. In dieser Selbsteinschätzung liegt unser Nachwuchs in der Tat auf Platz 22 von 28 Nationen. Allerdings auf sehr hohem Niveau – denn unzufrieden sind nur knapp 16 Prozent mit ihren Verhältnissen, woanders sind es eben noch ein paar weniger. Dass diese Quote in den meisten anderen Nationen etwas besser ist, ändert ja nichts an den absoluten Zahlen. Vielleicht liegt das schlechte relative Abschneiden der jungen Deutschen ja auch und gerade an dieser Praxis der Medien, in allem die Katastrophe zu suchen. Wenn deutsche Kinder von Kindergartenkanten und Fernsehkameras tagaus, tagein erzählt bekommen, dass sie zugleich in einer Klimakatastrophe und einem Raubtierkapitalismus mit marodierenden Heuschrecken leben, in einem Land, das sie nur mit herzlosen Egoisten teilen, in dem die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden, und ihr Essen in Labors gezüchtet wird – dann darf man sich nicht wundern, wenn ein paar das glauben und in eine tiefe Depression verfallen. Aus purem Trotz hat sich deshalb *liberal* aus dem Unicef-Werk, in dem die Bundesrepublik in der Gesamtwertung übrigens auf Platz 6 liegt, die einzige Statistik herausgesucht, in der Deutschland führt: Unsere Kinder haben die wenigsten Prügeleien.

Die ganze Studie:
www.unicef-irc.org/publications/pdf/rc11_eng.pdf





VOLKES STIMME

„WAS BEDEUTET SOZIALE GERECHTIGKEIT FÜR SIE?“

1

Karin Rasmussen, Coach

„Als sozial gerecht empfinde ich es, wenn Leistung nicht nur nach ihrer finanziellen, sondern auch nach ihrer gesamtgesellschaftlichen Bedeutung bewertet wird. Das heißt auch: Die Leistungsbewerter müssen kompetenter sein als der Markt! Und: Politische Fehler, die für viele völlig unbeeilte Menschen schädliche Folgen haben, sollten nicht noch mit übertrieben hohen Abfindungen, nicht zurückzuzahlenden Boni oder Pensionen belohnt werden.“

2

Stefanie Klief, 45, Juristin und Lektorin

„Ein Bewusstsein füreinander im Umgang miteinander entwickeln; wenn das in gegenseitige Verantwortungsbereitschaft mündet, ist soziale Gerechtigkeit für mich erreicht. Schon im Rahmen kleinster Gemeinschaften schwierig – auf Staatsebene (fast) unmöglich.“

3

Roland Löffler, 42, Theologe

„Soziale Gerechtigkeit bedeutet: eine angemessene, sozial verträgliche und ausgleichende Verteilung von Einkommen, Sozialleistungen und Ressourcen. Ziel sollte es sein, Unterschiede zwischen Arm und Reich in der Gesellschaft zu minimieren und Wege in die Mitte der Gesellschaft zu öffnen.“

4

Felix Rauch, 33, Programmierer

„Der Begriff ‚soziale Gerechtigkeit‘ wird im politischen Geschäft oft missverständlich verwendet. Häufig ist damit vor allem das Ausbügeln ökonomischer Ungleichheit gemeint. Das kann durchaus wünschenswert sein, ist aber nicht ‚gerecht‘ im ursprünglichen Sinne. Gerecht wäre, wenn jeder bekäme, was er dank seiner Leistung verdient. In diesem Sinne wäre das wichtigste Instrument für soziale Gerechtigkeit die Gewährleistung der Eigentumsrechte.“

5

Vanessa Tappert, 30, Rechtsreferendarin

„Soziale Gerechtigkeit bedeutet, dass sowohl arme als auch reiche Menschen, Inländer und Ausländer und so weiter überall gleich behandelt und gefördert werden: bei Behörden, Gerichten, im Berufsleben, im gesellschaftlichen Alltag.“

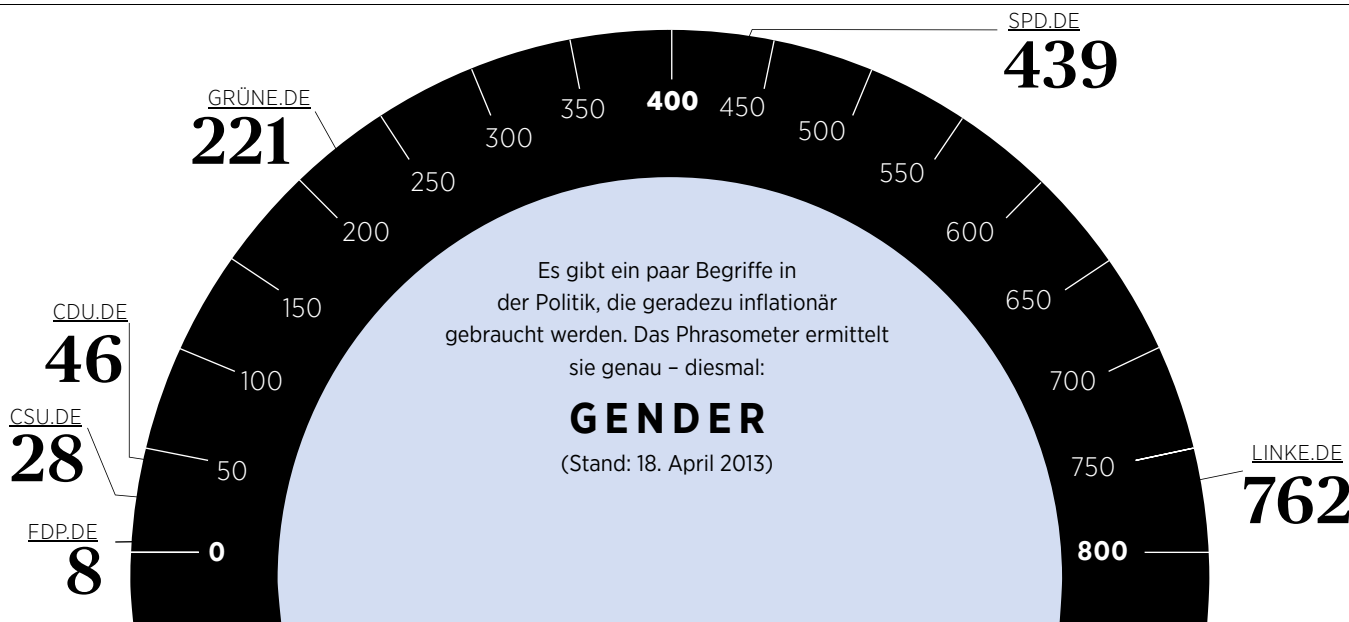
6

Lutz Müller-Bohlen, 51, Fotograf

„Soziale Gerechtigkeit ist für mich nicht, dass jeder Äpfel pflücken darf, sondern der Kleinwüchsige eine Leiter bekommt. Aber sie ist noch mehr: die Verantwortung jedes Einzelnen, sich durch Taten für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung aller Menschen einzusetzen. Schranken einzureißen mit dem Ziel des Aufbaus einer friedlichen Weltgemeinschaft, die in ihrem Handeln und Denken global vereint ist, wechselseitig Verantwortung übernimmt und ihre lokale und kulturelle Vielfalt weiterpflegt.“

PHRASOMETER

Wie oft finden sich bestimmte Schlüsselwörter auf den Webseiten der Parteien?



WAS DAS AUSLAND TITELT

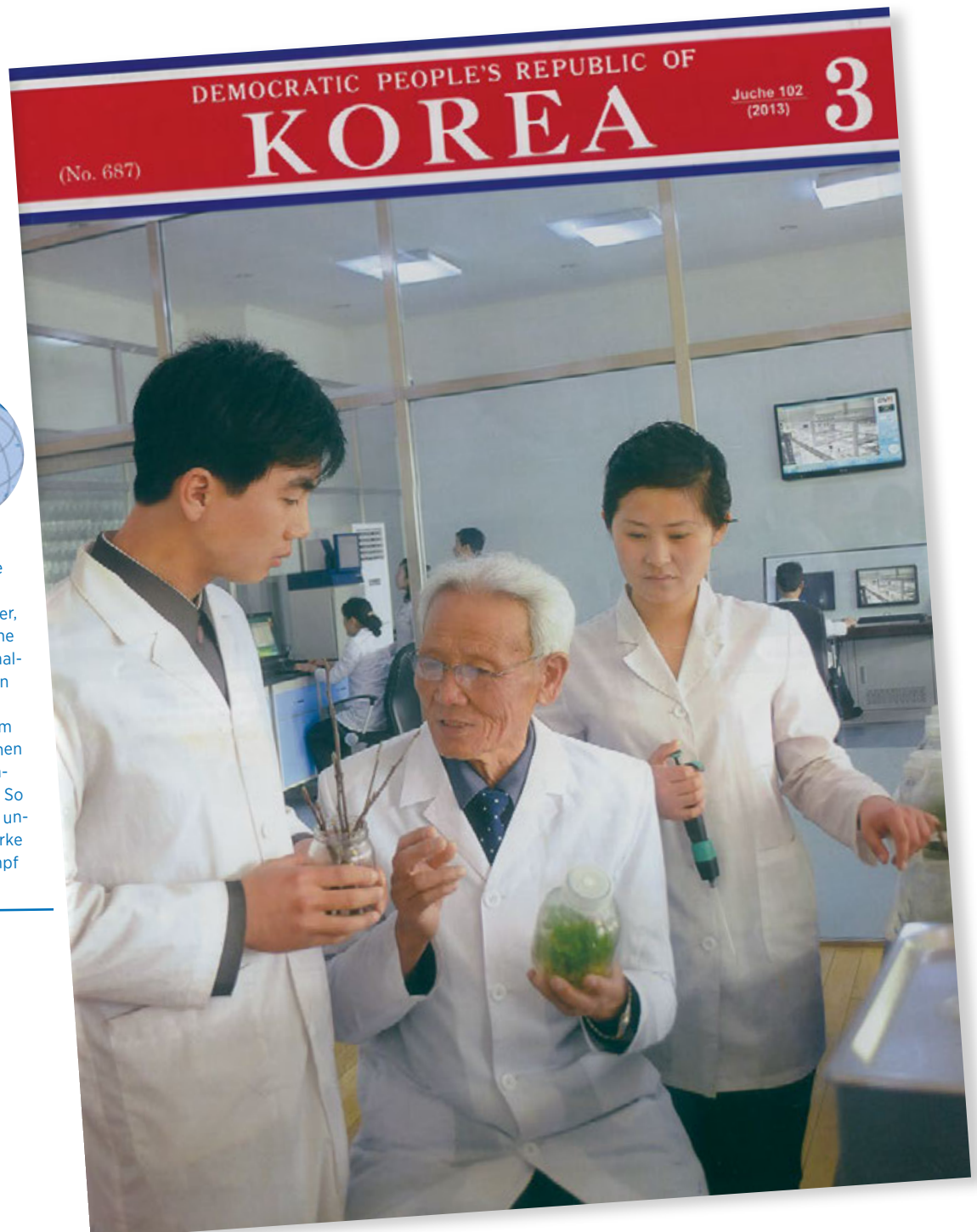
Welche Ereignisse als wesentlich gelten, hängt vom jeweiligen Land und seiner politischen und gesellschaftlichen Situation ab. Wir zeigen in jeder Ausgabe von *liberal* die Titelseite einer ausländischen Zeitschrift und reißen in kurzen Übersetzungen die Themen an.

Diesmal die **DEMOCRATIC PEOPLE'S REPUBLIC OF KOREA**, Ausgabe vom Juni 2013



„THE DEMOCRATIC PEOPLE'S REPUBLIC OF KOREA“

ist eine nordkoreanische illustrierte Zeitschrift, die seit fast 50 Jahren monatlich in chinesischer, englischer, koreanischer und russischer Sprache erscheint. Besucher der Landes erhalten das Blatt auf Flügen ins Land, in Hotellobbys sowie an anderen von Ausländern frequentierten Orten. Im Bordprogramm der nordkoreanischen Air Koryo werden einige der Heftinhalte durch Videobeiträge vertieft. So laufen dort etwa von Marschmusik untermalte dokumentarfilmartige Werke über den Koreakrieg oder den Kampf gegen die japanischen Besatzer.





Die verdiente Skulpturenproduktion des Mansudae Kunststudios hat in den vergangenen 50 Jahren eine große Zahl an Skulpturen hergestellt, die sich beim koreanischen Volk großer Beliebtheit erfreuen. [...] Dazu zählt eine im Jahr 2010 errichtete Bronzestatue des ersten Präsidenten der Volksrepublik Kongo, die dem Kunststudio wegen ihres hohen Grades künstlerischen Ausdrucks zu großem Ruhm beim kongolesischen Volke verhalf.



Zum Tag des Scheinenden Sterns, dem wichtigsten Nationalfeiertag des koreanischen Volkes, besuchte der angesehene Marschall Kim Jong Un, erster Sekretär der Arbeiterpartei Koreas, Erster Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates der Demokratischen Volksrepublik von Korea und Oberbefehlshaber der Koreanischen Volksarmee, gemeinsam mit seiner Frau Ri Sol Ju am 16. Februar den Kumsusan Sonnenpalast, um Generalissimo Kim Jong Il höchste Anerkennung zu bezeugen.



(1) Die Bediensteten des Kangsong-Gesundheitskomplexes

[...] werden niemals den Tag vergessen, an dem sie im vergangenen Jahr der hochverehrte Marschall Kim Jong Un besuchte. Es war am 1. Mai, einem wundervollen Tag, als ihnen die Ehre zuteilwurde, jenen zu begrüßen, den sie bislang nicht einmal in ihren Träumen zu sehen gewagt hatten.

(2) Der hochverehrte Marschall betrat auch unser Badehaus. Er berührte mit seinen Händen die Kiefernholzwände der Sauna und fragte mich nach der Innentemperatur. Beim Betrachten der Duschkabinen im öffentlichen Baderaum schenkte er dem Umstand keine Beachtung, dass seine Bekleidung nass wurde, und zeigte sich sehr befriedigt. Er sagte, unser arbeitendes Volk möge solche Vorteile genießen. Er stellte sich mit mir, der Tochter eines gewöhnlichen Arbeiters, für ein Foto in Pose. Jeden Morgen und jeden Abend blicke ich auf zu dem Foto und gelobe: „Ich werde als aufrichtige Dienerin des arbeitenden Volkes leben, das der hochverehrte Marschall so sehr liebt.“



Choe Yun Hwa, Tokko Sun Bok und andere Arbeitsbrigadeleiter gehen vorweg im Neuerungsprozess. Sie kümmern sich um verschiedene Webmaschinen, die sie stets unter voller Auslastung betreiben. Und sie halten die Mitglieder ihrer Brigaden an, ihr tägliches, wöchentliches und monatliches Plansoll zu erfüllen, ohne Ausschuss zu produzieren.

Den Gerechtigkeitsaktivisten dieses Landes gilt der Liberalismus als natürlicher Feind ihrer weitreichenden Ambitionen. Dabei kennt die Geschichte des Liberalismus kaum Berührungspunkte zu den Prinzipien der Gerechtigkeit. Da jedoch Gerechtigkeitsempfinden primär ein Gefühl ist, bedarf es auch eines emotionalen Überbaus. Aber welcher Liberale will schon vorfühlen?

// TEXT // **ULF POSCHARDT** // ILLUSTRATIONEN // **SABINE KÜHN**

Nivelliertes Mittelmaß



Wer Gerechtigkeit sagt, muss Bedürftigkeit kennen, so will es ein gefühlter Authentizitätsimperativ der politischen Semantik. Dem Liberalen unterstellt man stets einen agilen Egoismus, der sich erlauben kann, die Gerechtigkeitsfrage unbeantwortet zu lassen. Der Liberale als bürgerlicher Politiker wie Wähler erscheint den Sphären entrückt, in welchen er auf Solidarität, die eine Art Brückenprothese für alle Gerechtigkeitslücken sein will, angewiesen ist. Das Bild des politisch organisierten Liberalismus war selbst in Zeiten linksliberaler Regierungen frei von Verzeichnungen, die der Schmerz über die vermeintlich ungerechte Verteilung von Vermögen und Einkommen bei der politischen Konkurrenz erzeugte.

Weil es dem Liberalen in der Regel um persönliche, gerne auch sehr individuelle Freiheit geht und um die Chance auf Eigenverantwortung neigt er dazu, Solidarität als den freiwilligen Zusammenschluss souveräner Individuen zu verstehen. Das linke „Wir“ ist ihm fremd, obwohl es gemeinhin als anständiger,

menschlicher und gemütlicher eingeschätzt wird. Gemeinschaft statt Gesellschaft will die Einzelnen in Verantwortung aneinander binden, vertäut durch die Umverteilungsmechaniken des Staates und einen tendenziell wuchernden Sozialstaatsmechanismus, der Gerechtigkeit quantifiziert und skaliert.

Der linke Gedankenmainstream versteht unter „sozialer Gerechtigkeit“ einen Zustand, in dem Scheren geschlossen, Gräben zugeschüttet und das soziale Klima mediterran sind. Das Zentralorgan der Friedrich-Ebert-Stiftung, die *Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte*, widmete dem Thema im Dezember eine Ausgabe, die von Chefredakteur Thomas Meyer mit einem zarten Ton der Verbitterung eingeführt wurde. „Einer der fast schon ironischen Befunde“, so Meyer, „ist der auffällige Widerspruch zwischen den beispiellos intensiven wissenschaftlichen, teils auch publizistischen Debatten über Gerechtigkeit und der dramatischen Zunahme von Ungerechtigkeit an fast allen gesellschaftlichen Fronten während der vergangenen zwei, drei Jahrzehnte.“ Praxis schlägt Theorie: Eigent-

»





lich sei über das Thema genug geredet worden, jetzt wäre es Zeit zu handeln. Denn: „Verletzte Gerechtigkeit kann schmerzhafter sein als Hunger“, vermutet Meyer und sieht am Horizont einen Bürgerkrieg heraufziehen, weil die Reaktion der Betroffenen sehr ungemütlich werden könne.

Die SPD als Leitmedium der Linken will die Schmerzabwehr mit einer Gerechtigkeitsoffensive wegmedikamentieren. Die Lufthoheit über den Hütten und sozial Schwachen wird kombiniert mit einem klaren Feindbild: dem entfesselten Kapitalismus und seinen „märchenhaft“ verdienenden Managern und Bankern. Der Liberalismus wird als gewissermaßen natürlicher Feind weitreichender Gerechtigkeitsambitionen ausgemacht. Dabei kennt die Geschichte des Liberalismus kaum Berührungspunkte zu Gerechtigkeitsprinzipien - und auch nicht zum Gerechtigkeitsinn.

In seiner „Geschichte der politischen Philosophie“ legt John Rawls die Spuren der Gerechtigkeitskonzepte von Hobbes über Locke bis Mill frei, um sie auch mit seiner eigenen Theorie der Gerechtigkeit abzugleichen. Gemeinsamer Nenner aller liberalen (oder irgendwie liberalen) Positionen ist der Vorrang der Freiheit, die durch kein relativierendes Moralproblem infrage gestellt wird. Bei Rawls selbst läuft es darauf hinaus, dass die Menschen gleiche Rechte und damit gleiche Chancen erhalten müssen. Es gibt aber keinen Imperativ zur Umverteilung.

Wackelnde Kohärenzromantiken

Leistungs- und Chancengerechtigkeit sind für den gängigen Liberalen die beliebtesten Genres der Gerechtigkeitsliebe und werden eng mit einem Fairnesskonzept verzahnt, der es möglichst allen Menschen erlauben soll, ihres Glückes Schmied zu werden. Das war auch die Idee Ludwig Erhards. Seine Konzeption der „sozialen Marktwirtschaft“ wollte Freiheitsgebot und sozialen Zusammenhang für die von politischen Extremen durchgeschüttelten Deutschen harmonisieren. Wie die Geschichte der Bundesrepublik zeigt,

wurde Erhards Konzept denkbar unterschiedlich ausgelegt und interpretiert.

Friedrich von Hayek schätzte die soziale Marktwirtschaft zwar als politische Ordnung, die eine freie Gesellschaft in Deutschland wiederherstellte, lehnte den Begriff aber ab, weil er in dem Beiwort „sozial“ eine relativierende Kraft am Werke sah, die er mit einem biologistischen Vergleich - nun ja - demonstrierte. „Sozial“ sei ein „Wiesel-Wort“. „So wie das kleine Raubtier, das auch wir Wiesel nennen, angeblich aus einem Ei allen Inhalt herausaugen kann, ohne dass man dies nachher der leeren Schale anmerkt, so sind die Wiesel-Wörter jene, die, wenn man sie einem Wort hinzufügt, dieses Wort jedes Inhalts und jeder Bedeutung berauben.“ Niemand, so Hayek, wisse, was „sozial“ eigentlich heiße. Wahr sei nur, „dass eine soziale Marktwirtschaft keine Marktwirtschaft, ein sozialer Rechtsstaat kein Rechtsstaat, ein soziales Gewissen kein Gewissen, soziale Gerechtigkeit keine Gerechtigkeit - und ich fürchte auch, soziale Demokratie keine Demokratie ist“.

Mit diesem „linguistic turn“ der politischen Theorie zielt Hayek ins Zentrum jener Gerechtigkeitsdebatten, die auch ohne das Beiwort „sozial“ vor allem dazu genutzt werden, um politische Programmatiken durchzudrücken. Es ist ein eigentlich marxischer Gedanke, der die bürgerlichen Gerechtigkeitsprinzipien lediglich als Ideologie (falsches Bewusstsein) verstand, hinter dessen gepflegten Wohltätigkeitsgardinen die Arbeiterklasse unterdrückt werden konnte.

In Zeiten eines ausgreifenden Sozialstaates hat sich die Ausbeutungsfantasie gedreht. Der Steuerzahler ist insbesondere hierzulande abhängig von den Wechselwinden des Zeitgeistes zum Ziel von Umverteilungserregungen geworden. Der Urmythos der Bundesrepublik sah am Anfang der Währungsreform alle Menschen nicht nur formal, sondern auch materiell als ziemlich gleich an. Deshalb tat und tut sich das Land mit sozialen Unterschieden schwerer als andere Nationen. Mit dem dynamisierten Wirtschaftstreiben durch eine im besten Sinne entfesselte Globalisierung reißen enorme

Kräfte an den Kohärenzromantiken der deutschen Soziologen und ihrer Hobbyadepten. Deshalb gelten die Liberalen als Schutzmacht der Steuerzahler- mit besonderer Verantwortung für jene wohlhabenden Minderheiten, die gerade im Wahljahr 2013 bevorzugt auf der Schlachtbank platziert werden sollen.

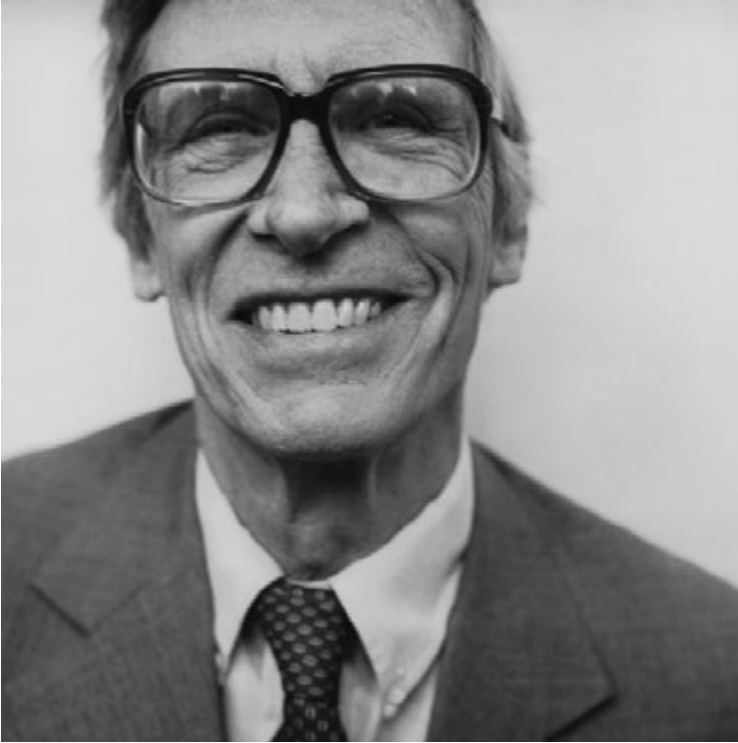
Enteignung der Nachgeborenen

Die Ausweitung der Gerechtigkeitsideale in die Zukunft unter dem Schlagwort der Generationengerechtigkeit erscheint als ein weiteres Feld, auf dem sich die neuerdings konsolidierungsbewussten Liberalen profilieren können. Die staatlichen Wohltaten der Gegenwart als klammheimliche Enteignung der Nachgeborenen werden oft genug unterschlagen. Da der Gerechtigkeitsinn aber im Auseinandersetzungsallday des politischen Betriebs nicht gerne über zwei Ecken denkt, fristet die Generationengerechtigkeit ein Schattendasein im sozialseligen Deutschland.

Dem Liberalen ist eine skeptische Neugier für jedwede Gerechtigkeitsdiskussion nicht nur empfohlen, sondern fast selbstverständlich geworden. Bevor der Begriff in seiner liberalen Ungebeugtheit politisch und theoretisch wirken kann, muss der semantisch-ideologische Status quo dekonstruiert werden. Dabei kann auch die marxistische Frage nach dem „Interesse“ der Definitionsherrscher gestellt werden: Wer sind die Profiteure des Gerechtigkeitsdogmas und wie sehen die Kollateralschäden des Paternalismus aus? Dadurch verliert der Begriff seine Unschuld, die er wohl nie hatte. Die Entmündigung der Armen und Schwachen geschieht unter dem Schlagwort „Gerechtigkeit“ besonders engagiert, weil das Ideal der Gerechtigkeit von kaum einem Milieu der Zivilgesellschaft grundsätzlich infrage gestellt wird. Trotz vieler Versuche von Spieltheoretikern, Philosophen und Volkswirtschaftlern, dem Gerechtigkeitsgefühl wissenschaftlich näherzukommen, bleibt es vor allem ein: Gefühl. John Stuart Mill macht den Gerechtigkeitsinn gar schon bei den Tieren aus und schlussfolgerte, dass die animalischen Wurzeln dem Gerechtigkeitsgefühl seine Selbst-



„Wahr ist, dass eine soziale Marktwirtschaft keine Marktwirtschaft, ein sozialer Rechtsstaat kein Rechtsstaat, ein soziales Gewissen kein Gewissen, soziale Gerechtigkeit keine Gerechtigkeit – und ich fürchte auch, soziale Demokratie keine Demokratie ist.“ **FRIEDRICH VON HAYEK**



„Jeder Mensch besitzt eine auf der Gerechtigkeit basierende Unverletzlichkeit, die auch im Namen des Wohls der ganzen Gesellschaft nicht aufgehoben werden kann.“

JOHN RAWLS

behauptungskraft verleihen. Doch aus diesem Urtrieb wurde ein Zentraltopos der westlichen Kultur. Egal, ob Western, Actionfilm oder Science-Fiction-Epos wie „Star Wars“: Das menschliche Streben nach einer besseren und gerechteren Welt ist Fundament wie Überbau der westlichen Populärkultur und damit eines Wertekanons.

Das heimliche Ideal der Gerechtigkeitsaktivisten ist die Gleichheit. Sie markiert einen Nullpunkt einer gesellschaftlichen Utopie, die in der Ungleichheit der Menschen und deren Lebenswelten einen Makel sieht. Wer Ungleichheit fürchtet, hat Angst vor der Freiheit und versteht sie als Bedrohung. Dies ist nicht unbedingt eine Neigung des Prekariats, sondern auch der Mitte der Gesellschaft. Die normierte Mittelschichtsgesellschaft denkt Gerechtigkeit vom eigenen Bauchnabel aus, und da gilt der Arme als Bestätigung, dass man nicht gescheitert ist, und der Reiche als Verunsicherung, dass man es doch nicht so weit gebracht hat. Die Wohlhabenden als exotische Sumpflüthe der sozialen Marktwirtschaft gelten als asoziale Profiteure der Ungleichheit und werden hinter der vorgehaltenen Hand als Ausbeuter diffamiert. Die weich konturierte Attac-Demagogie artikuliert einen ständigen Misstrauensantrag gegen die Akteure der Marktwirtschaft. Der Markt gilt als Monster, Investmentbanker als Heuschrecken und die Kämpfer für Gerechtigkeit als letzte Anwälte von Humanität und Anstand.

Ideal der Fairness

Der Liberalismus als geistige Waffe darf all dies benennen. Die Hegemonie des Begriffs kann durch Piraterie unterlaufen werden. So hat die FDP NRW den Begriff gehijackt. Auf einem Plakat mit dem Antlitz von Guido „spätromische Dekadenz“ Westerwelle prunkt der Spruch „Gerechtigkeit statt Umverteilung“. Das zeugt vom Selbstbewusstsein der jungen Garde um Christian Lindner und Marco Buschmann. Lindner saß im vergangenen Herbst in der ZDF-Sendung des Bestsellerautors Richard David Precht und sollte von dem Vordenker des linksliberalen Mainstreams zum Thema

Foto: Steve Pyke/Getty Images

Gerechtigkeit auseinandergenommen werden. Precht sprach theoretisch hochgefühnt von der auseinandergehenden Schere, beklagte das Schicksal der Aldi(!)-Verkäuferin und nannte einige Derivatehändler Schmarotzer. Lindner blieb ruhig und sprach von seinem Ideal der Fairness, das eine andere Assoziation als Gerechtigkeit habe. Fairness aus dem Sport erinnere an klare Regeln, auch an die Gleichheit der Startchancen. „Beim 100-Meter-Lauf würden wir alle protestieren, wenn wir feststellen, da läuft einer eine Sekunde eher los“, erklärte Lindner. „Wenn dafür gesorgt wird, dass auf den letzten zehn Metern alle wieder auf eine Position kommen, damit sie zeitgleich über die Ziellinie gehen, dann würden wir auch sagen: Warum dann der Sport, wenn es keine Unterschiede gibt?“ Das Neidkraftwerk der Bundesrepublik stehe nicht vor seinem GAU, sloterdijkte Lindner, um die - durch „Fantastillionen“ (O-Ton Precht) - superreich gewordenen Deutschen vor der Enteignung zu retten. „Mich beschwert nicht so sehr die Lebenssituation der 82 Milliardäre in Deutschland“, erklärte Lindner trocken, „ob die jetzt zehn Prozent mehr oder weniger haben, das ändert nichts an meiner Lebenssituation noch an der von Menschen, für die ich mich verantwortlich fühle.“

Auch der Bundestagsabgeordnete Johannes Vogel folgte Hayeks linguistic turn und fragte SPD-Chef Gabriel im Plenum nach dessen Gerechtigkeitsdefinition. Verwechsle man Gerechtigkeit mit Gleichheit, was der Begriff der relativen Armut tue, dann hätte die Krise in Europa erstaunliche Konsequenzen gehabt. „In Griechenland ist die Armut in den Zeiten der Krise nur um ein Prozent gestiegen, in Irland ist sie niedriger als zu Boomzeiten, in Portugal ist sie so niedrig wie noch nie in der Geschichte dieses Landes.“

Aufbiegen der Dispositive

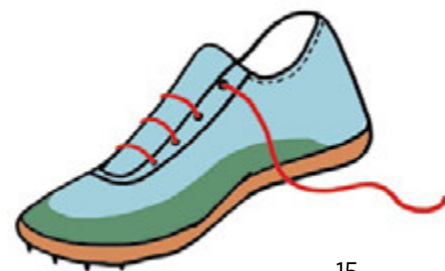
Doch Bundestagsdebatten und Intellektuellentalkshows sind sicherlich nur Nebenschauplätze einer De- und Rekonstruktionstätigkeit, die eine kulturelle, theoretische, aber vor allem politische Herausforderung der Extraklasse sind - in einer egalitär gepolten

Gesellschaft wie der deutschen. Der politisch organisierte Liberalismus kommt dem nur unzureichend nach und wäre damit auch überfordert. Die Verbündeten in den anderen Parteien müssten für das Projekt gewonnen werden, um die existierenden Dispositive aufzubiegen. Den liberalen Stiftungen und Thinktanks wäre angetragen, mit ihrer Diskursanalyse auf die Höhe der (linken) Zeit zu kommen und Anknüpfungspunkte zur zeitgenössischen Kunst, Literatur und zum Film zu suchen. Eine liberale Politik muss beweisen, dass Eigenverantwortung und Freiheit den Wohlstand einer wachsenden Zahl von Menschen ermöglicht und darüber hinaus die emanzipatorischen Renditen der souveränen Existenzgestaltung in Form von Glück, Erfüllung und abenteuerlichem Leben ausschüttet. Doch oft genug sind politische Liberalisierungen und ihre Renditen durch eine oder mehrere Legislaturperioden voneinander getrennt. Dies führt dazu, dass Margaret Thatcher nur mit dem Frostschock der britischen Gesellschaft in Verbindung gebracht wird, aber nicht mit den Cappuccino-Years, die als Tony Blairs Verdienst gelten. Ähnlich erging es den rotgrünen Reformen, von denen einige einen liberalen Grundzug trugen: Sie mehrten heute den Ruhm der aktuellen Bundesregierung.

Eigentlich müssten diese Erträge liberaler, steuer-senkender, privatisierender, deregulierender Politik einigermaßen unumstritten sein. Das wären sie nur, wenn die Politik zwanghaft der Logik einer Vernunft folgen würde. Das Wesen der Politik aber hängt stärker vom Gefühl ab, als es dem eher kühl denkenden und agierenden Liberalen verständlich ist. Gerechtigkeit als Gefühl benötigt nach Dekonstruktion, Rekonstruktion und Eroberung einen emotionalen Überbau. Aber welcher Liberale will schon vorfühlen? ●



ULF POSCHARDT ist stellvertretender Chefredakteur der Welt-Gruppe. Von 2005 bis 2008 war es Gründungschefredakteur von *Vanity Fair*. Poschardt lebt und arbeitet in Berlin.
redaktion@libmag.de



Skandinavien ist der Sehnsuchtsort deutscher Sozialromantiker. Die nordeuropäischen Länder beweisen angeblich, dass ein egalitärer, starker Sozialstaat

KLASSENFEINDE

die Lebensqualität aller Bürger hebt. Doch die skandinavische Realität ist vielschichtiger als die Klischees vom schwedischen Volksheim und dem erdgasreichen Norwegen. Ein Blick nach Dänemark zeigt, wo die Wurzeln des Wohlfahrtsstaats liegen, auf welchen Umwegen er zukunftsfähig gemacht werden konnte – und wo er scheiterte.

// TEXT // MARTIN RIEXINGER



Ende vergangenen Jahres tauchten wieder Millionen von Dänen in die Zeit ein, als die dänische Gesellschaft noch ein klares Oben und Unten kannte. Sie schalteten samstagsabends den Fernseher an, um „Matador“ zu sehen, obwohl die Serie bereits zum fünften Mal wiederholt wurde. Aber in wohl keinem anderen Land spiegelt eine Fernsehserie so sehr das Selbstverständnis weiter Teile einer Gesellschaft wider wie in Dänemark. Daher vermochte die Wiederholung selbst gegen Fußballländerspiele und Castingshows zu bestehen.

Das zwischen 1979 und 1981 gedrehte moderne Nationalepos stellt das Leben in der fiktiven Kleinstadt Korsbæk zwischen der Weltwirtschaftskrise und den ersten Nachkriegsjahren dar. Im Mittelpunkt steht Mads Anders Skjern, ein Handelsreisender, der ein Textilgeschäft gründet und es in wenigen Jahren zu einem florierenden Industriekonzern ausbaut. Nebenbei bringt er das Leben in Korsbæk durcheinander. Die Bevölkerung des Städtchens profitiert davon, dass sie nun günstig Waren von guter Qualität erwerben kann und sich nicht mehr in den Läden der eingesessenen Bürgerschaft herablassend behandeln lassen muss. Mads Anders Skjern liefert ein Musterbeispiel ab, wie unternehmerische Aktivität das Leben der Menschen verbessert, ein liberaler Held, möchte man mithin meinen.

Mads Anders Skjern kommt aber in der

Serie keineswegs gut weg. Daran ist nicht zuletzt das Leistungsethos schuld, das er seinen Kindern vermitteln will. Seine Adoptivtochter bekommt zur Belohnung für ihr hervorragendes Zeugnis ein Pony, sein leiblicher Sohn, ein Schulversager, geht leer aus. Das kann die Großmutter, die Bäuerin Kathrine, nicht mit ansehen. Sie kratzt ihr Ersparnis zusammen, kauft dem Stiefenkel auch ein Pony, und entgegnet ihrem Schwiegersohn: „Wir machen keinen Unterschied.“

Die brüske Verachtung des Leistungsgedankens scheint allen Vorurteilen zu entsprechen, die man als Liberaler gegenüber dem dänischen Wohlfahrtsstaat hegt: Die höchste Steuerlast und der größte Staatssektor weltweit, Schüler lernen das Prozentrechnen anhand hypothetischer Steuererklärungen. So einfach liegen die Dinge allerdings nicht. Die Staatsverschuldung liegt trotz einer hohen Staatsquote ziemlich niedrig. Unternehmer loben, dass mit ausgesprochen wenig bürokratischem Aufwand Betriebe gegründet und geführt werden können. Und schließlich ergriff die von 1993 bis 2001 amtierende sozialdemokratische Regierung unter Poul Nyrup Rasmussen Maßnahmen zur Sicherung der ökonomischen Basis des Sozialstaates, die sich inhaltlich an die deutschen „Hartz“-Reformen anlehnten und seither als Inbegriff „sozialer Kälte“ angefeindet werden.

Tue deine Pflicht und fordere dein Recht

Die Grundlagen des dänischen Sozialstaates entstanden bereits im späten 19. Jahrhundert. Doch anders als in Deutschland unter Bismarck wurde er nicht von oben verordnet, um der Sozialdemokratie das Wasser abzugraben. Da die liberale und demokratische Verfassung von 1849 eine begleitende Repressionspolitik wie im Kaiserreich ohnehin nicht erlaubte, standen die Sozialdemokraten ihrerseits nie in Fundamentalopposition zu anderen politischen Lagern. Sie versuchten stattdessen in Kooperation mit Konservativen und den bauerlichen Venstre, vor allem aber gemeinsam mit den linksbürgerlichen Radikalen soziale Sicherungssysteme aufzubauen.

Ähnlich kompromissbereit zeigten sich die mit den Sozialdemokraten verbündeten Gewerkschaften. Sie mussten nach einem erfolglosen Streik 1907 anerkennen, dass es allein den Unternehmern zusteht, darüber

Freier Zugang zu medizinischen Leistungen: Obwohl die Qualität der Versorgung in Dänemark nicht an das Gehalt gekoppelt ist, sterben Menschen aus der Unterschicht im Schnitt früher.



zu entscheiden, wer eingestellt beziehungsweise entlassen wird. Die liberale Regierung sicherte ihnen aber als Gegenleistung zu, dass die Arbeitslosenkassen der Gewerkschaften finanzielle Unterstützung vom Staat erhalten sollten. Damit fiel jenen aber auch die Aufgabe zu, Arbeitslose möglichst schnell wieder in Lohn und Brot zu bringen. Wegen dieses bis heute bestehenden Arrangements haben die Gewerkschaften kein Interesse daran, dass Arbeitslose lange ohne Stelle bleiben, sei es aus eigenem Unwillen oder als Folge schlechter Wirtschaftspolitik.

In der Zwischenkriegszeit wandelten sich die dänischen Sozialdemokraten von der Klassenpartei zur Volkspartei und stiegen zur stärksten politischen Kraft des Landes auf. Ihre neue Stellung nutzten sie unter Ministerpräsident Thorvald Stauning, um das

»

Sozialsystem weiter auszubauen. Dabei setzten sie wieder auf Kompromisse mit den bürgerlichen Konservativen und den Sozialdemokraten der agrarisch-liberalen Partei Venstre. Die Sozialdemokraten im Norden machten drei Jahrzehnte vor dem Godesberger Programm ihren Frieden mit dem Privateigentum von Produktionsmitteln. Die dänischen Arbeitgeber wiederum wussten zu schätzen, dass die Mäßigung der Arbeiterschaft durch die Verteilungspolitik ihnen harte Arbeitskämpfe ersparte. In einem symbolträchtigen Akt handelte die Venstre am 30. Januar 1933 – demselben Tag, als Adolf Hitler Reichskanzler wurde – die Zustimmung zum staatlich finanzierten Gesundheitswesen ab.

Dieser Kompromiss und vergleichbare Abkommen zwischen Sozialdemokraten und bürgerlichen sowie agrarischen Parteien in Schweden und Norwegen trugen entscheidend zur Entstehung eines skandinavischen Gemeinschaftsgefühls bei: Der Norden bot eine Alternative zum von „Süd und Ost“ wehenden totalitären Zeitgeist. Dass der freie Zugang zu staatlich finanzierter ärztlicher Versorgung für alle Bürger Kernstück der Sozialpolitik in den 1930er-Jahren war, beleuchtet einen wesentlichen Aspekt des dänischen Sozialstaates, der ihn vom deutschen unterscheidet. Die staatlichen Leistungen sollen keine Fortsetzung der Armenfürsorge mit anderen Mitteln sein. Nach Auffassung der Architekten des Sozialstaates haben die Entscheidungsträger aus der Mittelschicht nur dann ein Interesse, für eine hohe Qualität der öffentlichen Leistungen zu sorgen, wenn sie ihnen selbst zustehen.

Architekt der Sozialpolitik in der Zwischenkriegszeit war der Sozialdemokrat Karl Kristian Steincke, ein Jurist bürgerlicher Herkunft. Er stellte sich selbst gern so dar, als sei er kein Politiker, sondern ein Fachmann, der sich allein daran orientiert, was streng wissenschaftlich betrachtet das Beste für die Volkswirtschaft ist. Er verkörperte damit einen Sozialtypus, dem im heutigen Dänemark mit gewissem Recht eine große Macht zugeschrieben wird, den „Djølfer“. Der von der Gewerkschaft der Juristen und Ökonomen Djøf abgeleitete Begriff bezeichnet Experten, die in der staatlichen Verwaltung mehr und mehr die Experten mit entsprechendem beruflichen Hintergrund verdrängen. Die Organisation der neuen Wohltaten machte den

Aufbau eines Verwaltungs- und Statistikapparates notwendig, der in den Jahrzehnten nach dem Krieg weiter wuchs.

Die dunkle Seite der Sozialreformen der Zwischenkriegszeit wurde bis vor einem Jahrzehnt gerne verdrängt, weil sie seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts als alles andere als politisch korrekt gelten: Multikulturalismus war um 1930 noch nicht in Mode, polnische Landarbeiter wurden daher ausgewiesen. Schwerer wiegt, dass Steincke als begeisterter Anhänger der Eugenik die Ansicht vertrat, dass Minderleister, deren Verhalten sich auch durch die Segnungen des Wohlfahrtsstaates nicht verbessern ließ, kein Recht haben sollten, das Erbgut der Gemeinschaft zu „verunreinigen“. Mit Erfolg arbeitete er auf ein Gesetz zur Zwangssterilisierung von geistig Behinderten, Suchtkranken und Sexualstraftätern hin. Derartige Vorstellungen waren damals auch im deutschsprachigen Raum gerade in sozialdemokratischen Kreisen verbreitet. In Skandinavien galt Dänemark als Vorreiter, Schweden und das bürgerlich regierte Norwegen zogen nach, wandten ihre Gesetze dann aber länger und in weit größerem Maßstab an.

Hinein in die Krise und heraus aus der Krise

In den ersten Nachkriegsjahrzehnten schritt der Ausbau des Sozialstaates fort, und Dänemark wandelte sich von einem Niedrig- zu einem Hochsteuerland. So lange Wirtschaft und Einkommen schneller wuchsen als die Steuerlast, regte sich kaum Unmut. Dies änderte sich nach der Ölkrise von 1973 radikal. Die Wirtschaft geriet aus dem Tritt, Staatsverschuldung, Außenhandelsdefizit, Inflation und Arbeitslosigkeit stiegen rapide.

Das Wohlfahrtsparadies geriet ins Taumeln, und wohl nur wegen des noch dramatischeren Absturzes Großbritanniens wurde nicht Dänemark zum Inbegriff eines absteigenden Industrielandes. Doch die Reformen der von 1982 bis 1993 amtierenden bürgerlichen Regierung unter Poul Schlüter fielen weit weniger radikal aus als die von Margaret Thatcher. Gleichwohl gingen Staatsdefizit und Inflation zurück. Die Arbeitslosigkeit stieg zunächst jedoch weiter an und verharrte dann auf hohem Niveau. Die deswegen anfallenden Transferleistungen drohten die Staatsfinanzen wieder



Thorvald Stauning:
Der Sozialdemokrat (1873–1942) war von 1924 bis 1926 sowie erneut von 1929 bis zu seinem Tod 1942 dänischer Ministerpräsident.



Karl Kristian Steincke:
Der sozialdemokratische Jurist und Politiker (1880–1963) amtierte zwischen 1924 und 1950 drei Mal als Justizminister, sowie von 1929 bis 1935 als Sozialminister. Als Anhänger der Eugenik befürwortete er die Zwangssterilisierung von Suchtkranken.



Mogens Glistrup:
Der Gründer der Fortschrittspartei. (1926–2008) vertrat diese von 1973 bis 1983 und erneut von 1987 bis 1990 als Abgeordneter. Aufsehen erregte er erstmals, als er im dänischen Fernsehen das Zahlen von Steuern für unmoralisch erklärte.



Poul Schlüter:
Der 1929 geborene Nord-schleswiger ist ein dänischer Politiker der Konservativen. Von 1982 bis 1993 war er Ministerpräsident.

ins Ungleichgewicht zu bringen. Die sozialdemokratisch geführte Regierung unter Poul Nyrup Rasmussen rückte daher in den 1990er-Jahren wieder den Ursprungsgedanken des dänischen Sozialstaats in den Mittelpunkt: Die Unterstützungsleistungen sollen an die Bereitschaft gekoppelt sein, eine Arbeit aufzunehmen. Die Regierung verschärfte daher die Bedingungen für den Bezug von Arbeitslosengeld und machte die Teilnahme an „Aktivierungsmaßnahmen“ zur Pflicht. Im darauffolgenden Jahrzehnt erschlaffte der Reformeifer allerdings. Zu Beginn seiner Amtszeit verkündete der liberale Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen zwar, er wolle Dänemark zum Minimalstaat umformen. Tatsächlich wuchs die Staatsquote durch den Ausbau des öffentlichen Dienstes jedoch, während die Konkurrenzfähigkeit der dänischen Unternehmen sank.

Dies lag nicht unwesentlich daran, dass seine Koalitionsregierung aus Venstre und Konservativen auf die Unterstützung der Dänischen Volkspartei angewiesen war, die damit hausieren ging, dass der Sozialstaat der 1970er-Jahre hätte beibehalten werden können, wären nur keine „Fremden“ ins Land gekommen. Während die Dänische Volkspartei sich wertepolitisch am rechten Rand positionierte, bildete sie in sozialpolitischen Fragen oft eine Blockademehrheit mit den linken Parteien. Als jedoch die Sozialdemokratin Helle Thorning-Schmidt im Herbst 2011 die bürgerliche Regierung ablöste, veranlasste sie zur Enttäuschung ihrer Wählerschaft Sparrunden im öffentlichen Dienst.

Strikte Kontrolle von Sozialhilfeempfängern

Die Verknüpfung von Pflicht und Recht, der allgemeine Zugang zu Leistungen und die Tarifautonomie legitimieren bis heute das Idealbild vom dänischen Sozialstaat – und tatsächlich prägt es bis heute in vielen Bereichen die Praxis. Seinen Verfechtern ist klar, dass nur ein Bruttosozialprodukt, das zuvor erwirtschaftet wurde, verteilt werden kann. Es ist daher undenkbar, dass sozialromantische Fantasereien wie ein bedingungsloses Grundeinkommen bis in die politische Mitte hinein Gehör finden. Auch deswegen wurde das Renteneinstiegsalter trotz einer wesentlich günstigeren demografischen Entwicklung als in Deutschland längst und ohne langwierige Debat-

»

te auf 67 Jahre heraufgesetzt. Keine Rücksicht dürfen jene erwarten, die unberechtigt Sozialleistungen in Anspruch nehmen. Kommunale Behörden kontrollieren den Lebenswandel von Sozialhilfeempfängern, und das staatliche Fernsehen zeigt keine Hemmungen, Negativbeispiele in einer eigenen Sendung vorzuführen. Als die damalige bürgerliche Regierung Anfang 2010 vorschlug, von wohlhabenderen Pflegeheimbewohnern einen geringen zusätzlichen Beitrag einzufordern, trat ihr die linke Opposition mit dem Argument entgegen, dass die Wohlhabenderen dann private Alternativen wählen würden und die Qualität der öffentlichen Heime sänke.

Die Tatsache, dass auch die Mittelschicht in erheblichem Maße von staatlichen Leistungen profitiert, ist ein Hauptgrund dafür, dass sich im politischen System kaum grundsätzliche Kritik am Wohlfahrtsstaat regt. Bei den Wahlen 1973 erzielte zwar der Steueranwalt Mogens Glistrup mit seiner Fortschrittspartei einen Überraschungserfolg, doch wurden viele seine Wähler wohl eher von Gistrups fremdenfeindlichen Parolen angezogen. Als sich 1995 die sozialprotektionistische Dänische Volkspartei abgespaltete, folgten die meisten Wähler.

Sozialstaatskritisch ist unter den Parlamentsparteien allein die 2007 gegründete Liberale Allianz, die mit libertären Ideen kokettiert und die ihre Gegner deswegen gerne als dänische Ausgabe der Tea Party karikieren. Betrachtet man ihre konkreten politischen Vorhaben, stellt sich die Partei weniger radikal dar: Mit dem Ziel, die Volkswirtschaft zu stärken und damit die Überlebensfähigkeit des Sozialstaats zu sichern, strebt sie an, die Steuern auf schwedisches Niveau zu senken. Momentan verzeichnet die Liberale Allianz vor allem unter Jungwählern wachsenden Zuspruch, doch weit stärker legen in den Meinungsumfragen die beiden Kritiker der Reformpolitik von Helle Thorning-Schmidt zu: die Dänische Volkspartei und die ultralinke Einheitsliste.

Gleichheit und soziales Erbe

Ganz gleich, ob vor oder nach Steuern - Dänemark verzeichnet nach Schweden unter allen Ländern der Welt den geringsten GINI-Umverteilungskoeffizienten. Den Sachverhalt, dass die Einkommen so gleich ver-

DÄNEMARKS POLITISCHE WEICHENSTELLER #2



Poul Nyrup Rasmussen:
Der Politiker (geb. 1943) war von 1992 bis 2002 Vorsitzender der dänischen Sozialdemokraten und von 1993 bis 2001 Ministerpräsident. Von 2004 bis 2009 saß er im Europaparlament. Von 2004 bis 2011 war er zudem Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Europas.



Anders Fogh Rasmussen:
Seit August 2009 ist Rasmussen (geb. 1953) Generalsekretär der Nato. Von 2001 bis 2009 war er Ministerpräsident von Dänemark und von 1998 bis 2009 Vorsitzender der rechtsliberalen Venstre-Partei.



Helle Thorning-Schmidt:
Seit 2005 ist Thorning-Schmidt (geb. 1966) Vorsitzende der Sozialdemokraten und seit 3. Oktober 2011 dänische Ministerpräsidentin. Sie ist die erste Frau in beiden Ämtern.

teilt sind, interpretieren die Befürworter der wohl-
fahrtsstaatlichen Politik als Erfolg ihres Ansatzes. Und
nicht zuletzt deswegen betrachtet sich ein erheblicher
Teil der Dänen als der Mittelklasse zugehörig. Die
Gleichheit der Einkommen führt aber keineswegs zu
gleichen Lebenschancen, da schichtspezifische Unter-
schiede im Alltagsverhalten und in den Gewohnheiten
stark ausgeprägt sind.

Besonders drastisch zeigt sich dies auf dem Gebiet
der Gesundheit. Das durchschnittliche Sterbealter liegt
in Dänemark unter dem anderer westlicher Länder. Es
sind aber nicht Lehrer, Ärzte und Manager, die früher
sterben, sondern Angehörige der Arbeiter- und Unter-
schicht. Und das, obwohl das steuerfinanzierte Ge-
sundheitssystem freien Zugang zu medizinischen
Leistungen gewährt. Aber der gleichberechtigte Zu-
gang vermag die Folgen unterschiedlicher Lebenswei-
sen nicht aufzuheben. Denn die Diskrepanz ist außer
auf berufsbedingte Risiken vor allem zurückzuführen
auf durch ungesunden Lebensstil hervorgerufene
Krankheiten. Diese treten in der viel Fett, Zucker,
Alkohol und Tabak konsumierenden Arbeiter- und
Unterschicht besonders häufig auf.

Die Arbeiterschaft wählt bürgerlich

Das Bildungswesen ist ein weiteres Beispiel dafür, dass
der ausgleichende Staat keineswegs in der Lage ist,
alle schichtspezifischen Unterschiede zu kompensie-
ren. Dieser Sachverhalt erklärt nicht zuletzt Verschie-
bungen im Wahlverhalten während der letzten beiden
Jahrzehnte. Heute stellen die Staatsangestellten das
Rückgrat der Sozialdemokratie, während die ge-
schrumpfte Arbeiterschaft in der Privatwirtschaft
mittlerweile überwiegend bürgerlich oder, wie man in
Dänemark sagt, „Blau“ wählt.

Dänischen Studierenden geht es finanziell gesehen
im internationalen Vergleich gut. Von Studiengebüh-
ren ist keine Rede. Im Gegenteil: Jeder erhält unabhän-
gig vom Einkommen der Eltern während des Studiums
ein „SU“ genanntes Stipendium, das in Kombination
mit Ferienjobs ein komfortables Auskommen sichert.
Zu einer sozial ausgewogeneren Rekrutierung von
Studierenden trägt SU allerdings nicht bei. Der sprich-
wörtliche „Brian“ – das dänische Pendant zum deut-
schen „Kevin“ – aus einem Haushalt mit geringem

kulturellen Kapital wird trotz aller staatlichen Bemü-
hungen selten Akademiker. Ob jemand zur Uni geht
oder nicht, korreliert in Dänemark nicht weniger als in
anderen westlichen Ländern mit dem Beruf und der
sozialen Stellung der Eltern.

Die Erleichterung des Zugangs zum Studium in
den letzten zwei Jahrzehnten hat diese Schieflage noch
verschärft. Am stärksten stieg die Studienneigung bei
Kindern aus der Mittelschicht, während sie bei Kin-
dern aus der Arbeiterschicht weit weniger stark und
bei denen aus der Unterschicht kaum anstieg. In der
Konsequenz zahlen zeitig ins Erwerbsleben tretende
Arbeiterkinder mit ihren Steuern die verbesserten
Karrieremöglichkeiten von Mittelschichtszöglingen,
deren Eltern meist im öffentlichen Dienst arbeiten.
Gerade die Arbeiterklasse betrachtet offenkundig nicht
mehr länger sich selbst als Profiteur des Sozialstaates,
sondern die Transferempfänger in der Unterschicht
und den öffentlichen Dienst. Dies zeigte sich zuletzt
dieser Tage, als die Unterstützung der Industriege-
werkschaften für die von den Kommunen ausgesper-
ten städtisch beschäftigten Kollegen so mau ausfiel,
dass man von einem Affront sprechen könnte.

Der dänische Wohlfahrtsstaat ist kein Paradies für
linke Sozialromantiker, aber aus der Nähe betrachtet
auch kein bürokratisches Monstrum. Doch zeigt sich
an seinem Beispiel, an welche Grenzen Sozialstaaten
selbst unter äußerst günstigen Bedingungen stoßen. Er
entstand unter spezifischen historischen Bedingun-
gen, er überlebte unter ebensolchen. Er funktioniert
dank findiger Unternehmer, die – oft für Nischen - Qua-
litätsprodukte erschaffen, wobei der Vorteil einer gut
ausgebildeten und motivierten Arbeiterschaft die
hohen Produktionskosten überkompensieren kann. Er
überlebt aber auch, weil seine Befürworter wiederholt
bereit waren und sind, unpopuläre Maßnahmen zu
ergreifen, die andernorts gern als „neoliberal“ verteu-
felt werden, um die ökonomische Basis des Sozial-
staats zu sichern. ●



MARTIN RIEXINGER arbeitet seit drei
Jahren als Dozent für Islamwissen-
schaft an der Universität Aarhus. Er
lässt sich auch von Steuern die Lust am
Winterbaden nicht verderben.
marriex@yahoo.de

(K)eine Alternative für Deutschland?



Angeführt von einem Ökonomieprofessor, macht sich in Deutschland eine neue politische Bewegung für eine Rückkehr zur D-Mark stark. Im Folgenden sollen die Konsequenzen und dabei insbesondere die ökonomischen Effekte einer solchen Absicht beschrieben werden. // TEXT // **THOMAS STRAUBHAAR**



Zu den juristischen Rahmenbedingungen eines Endes des Euros sei den Ökonomen nur so viel in Erinnerung gerufen: Weder der EU-Vertrag noch die Euro-Gesetze bieten eine rechtliche Handhabe für einen Austritt Deutschlands aus der Währungsunion. Ebenso wenig kann ein Mitglied ausgeschlossen werden. Deshalb trägt auch das Argument nicht, einzelnen Südländern einen Austritt nahezulegen. Weder könnten strukturschwache Mitglieder freiwillig gehen, noch dürften die Ungeliebten von den Übrigen hinausgeworfen werden. Beides ist rechtlich schlicht nicht möglich.

Bei der Einführung des Euro haben die Verantwortlichen bewusst auf ein aktives oder passives Sezessionsrecht verzichtet. Man wollte damals den Kapitalmärkten eindeutig und „alternativlos“ signalisieren, dass Austritte und Ausschlüsse von Mitgliedern unmöglich seien. Die Möglichkeit eines beliebigen Ein-, Aus- und Wiedereintritts hätte von Beginn an genau jene Spekulation befeuert, die dann auch ein tatsächliches Rein und Raus provoziert hätte. Dieser ständigen Unsicherheit wegen wären die Risikoprämien - auch die deutschen - höher gewesen. Man wollte den Anlegern von Anfang an ein Höchstmaß an Sicherheit bieten: einmal Euro, immer und überall Euro, ohne Unterschied ob in Deutschland, Portugal oder Griechenland. Entsprechend gering(er) waren die Risikoprämien für Euro-Kredite. Davon profitierten alle Schuldner in den Euro-Ländern - auch jene in Deutschland.

Zwar könnte Deutschland aus der EU austreten, was seit Inkrafttreten des Lissaboner Vertrags am 1. Dezember 2009 möglich wäre. Dann müsste es automatisch auch den Euro-Raum verlassen. So würde eine Rückkehr zur D-Mark rechtens. Das aber wäre für Deutschland der ökonomische GAU. Eine Absage an die EU würde bei den Nachbarn die schlimmsten Ängste eines national isolierten Groß-Deutschlands wiedererwecken. Frankreich ließe sich das niemals gefallen. Es wäre das Ende der deutsch-französischen Nachkriegspartnerschaft und der Anfang einer nationalen Misstrauenspolitik sowohl unter den westlichen wie auch östlichen Nachbarn.

Natürlich ist ein Szenario vorstellbar, in dem Deutschland hoch pokert und einen EU-Rechtsbruch in Kauf nimmt. Die Bundesregierung könnte einseitig den Euro-Austritt erklären. Die Rechtsverletzung ließe sich vordergründig damit legitimieren, dass seit Mai 2010 schließlich auch ein „Bail-out“ toleriert wird, also das Rauskaufen einzelner Länder durch die EZB zulasten anderer, was nichts anderes darstellt als eine eklatante Missachtung des EU-Vertrages. Aber selbst wenn die übrigen Euro-Länder den Austritt Deutschlands faktisch nicht verhindern könnten und auf einen Rauswurf aus der EU verzichteten - weil sie auch jenseits des Euros zu stark von Deutschland abhängig sind -, wären die politischen, ökonomischen, materiellen und auch ideellen Kosten immens.

Ökonomische Aspekte

Im Weiteren sollen nun, losgelöst von der politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Realität, die ökonomischen Folgen einer Rückkehr zur D-Mark analysiert werden. Hilfreich für diese Betrachtung ist es, zwischen den unmittelbaren Kosten der Wiedereinführung nationaler Währungen und den etwas längerfristigen Wirkungen zu unterscheiden. Im ersten Fall geht es primär um die Frage, wie Deutschland aus dem Euro herauskäme und wer welche Auflösungskosten zu tragen hätte. Langfristig interessiert, wie sich in Deutschland und Europa Beschäftigung und Wachstum entwickelten, wenn hierzulande wieder mit der D-Mark bezahlt würde.

Bei den Auflösungskosten sollen nicht die technischen Kosten im Vordergrund stehen, die mit dem Neudruck von Banknoten, der Münzprägung, der Umstellung und Bargeldversorgung von Bank- und sonstigen Automaten und einer Anpassung alter Verträge ans neue Geld anfallen. Wer sich an die mehrjährigen Vorbereitungen bei der Einführung des Euro erinnert, weiß, wie teuer ein Wechsel der Währung in der Praxis ist. Das wären technisch-organisatorische Herausforderungen, die sich jedoch mit viel Aufwand bewältigen ließen. Letztlich aber sind das lediglich Einmalkosten, die gemessen am großen Ganzen sich eher bescheiden ausnehmen. Deshalb »

sollten sie auch nicht als Totschlagsargument gegen eine Rückkehr zur D-Mark dienen. Komplexer wäre es, die Forderungen und Verbindlichkeiten Deutschlands innerhalb des Europäischen Systems der Zentralbanken mit der gemeinsamen EZB als Kern zu entflechten. Würde Deutschland sein Stammkapital zurückerhalten? Was passiert mit den faulen Krediten, die sich seit Mai 2010 in steigendem Maße in den Büchern der EZB befinden: Welchen Teil müsste Deutschland übernehmen?

Ganz generell stellt sich die Frage, was wohl mit den Billionen-Euro-Forderungen werden wird, die deutsche Gläubiger gegenüber ausländischen Schuldnern am Stichtag der Rückkehr zur D-Mark offen haben. Hierzu bedarf es einer Vorstellung, wie sich wohl die Wechselkurse einer D-Mark zu den verbleibenden Euro-Ländern entwickeln werden. Es wäre wohl die deutsche Bundesbank, die zum Starttag der neuen D-Mark einen Wechselkurs gegenüber dem alten Euro respektive anderen neuen nationalen Währungen festlegen dürfte. Welchen Kurs sie bestimmen würde, ist dabei belanglos. Entscheidend wäre, was dann passierte. Und da erwarten wohl alle zu Recht - und das ist ja auch das Ziel einer D-Mark-Strategie -, dass die neue D-Mark mit jedem Tag gegenüber dem alten Euro respektive den übrigen nationalen Währungen des Euro-Raums stärker werden dürfte.

Vereinfacht dargestellt, würde Folgendes passieren: Haben die Deutschen den Euro verlassen, werden die übrigen Euro-Länder im Tempo, das die Druckmaschinen hergeben, neue Euro-Scheine drucken. Damit werden sie die bestehenden Forderungen deutscher Gläubiger begleichen. Man wird also Kisten voller neu gedruckter Euro-Noten aus den übrigen 16 Euro-Ländern in die Tresorräume deutscher Banken, des Finanzministeriums und der Bundesbank bringen und damit die alten Schuldscheine der übrigen Euro-Staaten und Firmen zurückkaufen.

Die Vermehrung der Euro-Banknoten über die Notenpresse wird den deutschlandbefreiten Euro abwerten und damit den Wert der Euro-Geldkisten in deutschen Tresoren drastisch schmälern. Niemand wird dieses ohne reale Grundlage gedruckte Monopoly-Geld mehr haben wollen und entsprechend wenig werden die Euro-Forderungen deutscher Gläubiger wert sein. Auf den Punkt gebracht: Die erwartete Aufwertung der neuen D-Mark führt zu einem riesigen Schuldenerlass aller andere Euro-Länder auf deutsche Kosten.

Fakt ist somit, dass mit einer Rückkehr zur D-Mark einzig und allein die deutschen Gläubiger mehr oder weniger schlagartig eine immense Wertberichtigung vornehmen müssten. Alle Deutschen, die gegenüber Ausländern Euro-Gläubiger sind, müssten große Anteile ihrer heutigen Forderungen abschreiben. Darüber würden sich die übrigen Euro-Länder freuen, die sich ohne Gegenleistung über Nacht eines Großteils ihrer Schuldenlast entledigen könnten. Für Deutsch-

land wäre eine so starke Abschreibung in so kurzer Zeit eine Schocktherapie, die selbst eine an sich gesunde Wirtschaft nachhaltig schädigen würde. Die Abschreibungen wären die Kosten eines Euro-Endes mit Schrecken und müssten dem heute von vielen befürchteten Schrecken ohne Euro-Ende gegenübergestellt werden.

An der Stelle bedarf es eines weiteren Hinweises: Weil alle - wohl zu Recht - erwarten, dass der Euro gegenüber der neuen D-Mark abwerten wird, wäre es für die ganze Welt ein hoch rentables Geschäft, auf eine Euro-Abwertung zu wetten. Oder anders formuliert: Es ist viel attraktiver, als Euro-Schuldner statt Euro-Gläubiger in das neue D-Mark-Zeitalter zurückzukehren. Somit wird es mit der Ankündigung der Rückkehr zur D-Mark zu einem Rennen raus aus Euro-Forderungen und rein in Euro-Kredite kommen, da es für alle rentabel wird, sich noch rasch möglichst stark in Euro zu verschulden, und niemand mehr in Euro Gläubiger sein will. Das dürfte die Spekulation und damit die Volatilität auf den Finanzmärkten weiter vergrößern und zu schwer kalkulierbaren Turbulenzen führen.

Realwirtschaftliche Folgen

Mit der Aufwertung der D-Mark sind realwirtschaftliche Folgen verbunden. Deutsche Güter werden gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten teurer. Das gilt nicht nur mit Blick auf den verbleibenden Euro-Raum. Es gilt gegenüber allen italienischen, spanischen oder französischen Wettbewerbern ebenso auf dem deutschen Heimatmarkt wie in allen anderen Weltregionen. Überall auf der Welt werden Produkte deutscher Anbieter gegenüber jenen der Konkurrenten aus dem Euro-Raum an preislicher Attraktivität verlieren. Es bleibt Spekulation, ob hoch innovative deutsche Hersteller in der Lage sein werden, diesen Nachteil durch neue Prozesse aufzufangen, oder ob dadurch hierzulande Beschäftigung und Wachstum nicht nachhaltig beeinträchtigt werden, so wie es eine Studie von Prognos erwartet.

Neben den Abwertungseffekten würde eine Rückkehr zur D-Mark für Deutschland zusätzliche Nachteile mit sich bringen, die mit den grundsätzlichen Geldfunktionen zu tun haben. Der Euro ermöglicht es, Kosten und Preise ohne große Rechenkünste innerhalb des großen gemeinsamen Währungsraumes zu vergleichen. Diese Transparenz öffnet nationale Märkte dem Wettbewerb und zwingt Hersteller zu mehr Preisoffenheit. Beides kommt tagtäglich den deutschen Verbrauchern in Form niedrigerer Preise und einer entsprechend höheren Kaufkraft der Einkommen zugute.

Noch wichtiger ist jedoch, dass die deutsche Wirtschaft in einem großen Binnenmarkt von 17 Ländern Güter und Vorleistungen ohne Wechselkursrisiken kaufen und verkaufen kann. Dadurch entfallen Absicherungskosten für Geschäfte in Fremdwährung und Händler müssen nicht Liquidität in mehreren Währungen bereithalten. Das



Die erwartete Aufwertung der neuen D-Mark führt zu einem riesigen Schuldenerlass aller anderen Euro-Länder auf deutsche Kosten.

führt zu Einsparungen bei internationalen Transaktionen. Sie lassen sich im Geschäftsverkehr innerhalb des Euro-Raumes günstig realisieren. Und je mehr auch im übrigen Europa und zunehmend auch weltweit mit dem Euro bezahlt werden kann, umso größer wird dieser Effekt.

Vor allem in Deutschland fällt er bereits heute durchaus ins Gewicht: Die hiesige Wirtschaft verzeichnete im vergangenen Jahr ein Außenhandelsvolumen von rund zwei Billionen Euro (Ausfuhr: 1,1 Billionen Euro, Einfuhr: 0,9 Billionen Euro). Knapp 40 Prozent des Außenhandels entfielen auf die übrigen 16 Euro-Länder und weitere 20 Prozent auf jene EU-Länder, die den Euro nicht eingeführt haben. Somit dürften mindestens 50 Prozent des deutschen Außenhandels, also etwa ein Volumen von einer Billion Euro, in der europäischen Währung abgewickelt worden sein. Bei drei Prozent Kostenreduktion durch den Wegfall von Wechselkursrisiken ergeben sich Einsparungen für die deutsche Volkswirtschaft von jährlich 30 Milliarden Euro.

Politische Wechselkursmanipulationen

Durch die gemeinsame Währung sind die einzelnen Mitgliedsländer der EU der Möglichkeit beraubt, die Wechselkurse politisch zu manipulieren, um mit einer Abwertungsstrategie der heimischen Wirtschaft künstliche Vorteile zu verschaffen. Geldabwertung ist eine höchst wirkungsvolle Waffe der Politik, um die nationale Wirtschaft

vor dem Wettbewerb mit ausländischen Konkurrenten zu schützen. Sie wirkt wie eine Subvention für die Exporteure und wie ein Zoll für die Importeure. Entsprechend kann das Land mehr exportieren, und wird zugleich weniger importieren. Beides zusammen hilft strukturschwachen Regionen zulasten von Produzenten in starken Volkswirtschaften. Im Falle Europas bedeutet das: Eine Abwertungsstrategie ginge auf Kosten des starken Landes - also Deutschlands.

Sollte sich das starke Land gegen die Aufwertung wehren und seinerseits beginnen, seine Währung zu schwächen, verlieren am Ende alle. Ein Währungskrieg führt dazu, dass überall das Vertrauen in Geld als Bewahrer von Vermögen schwindet. Die Konsequenz wäre, was alle Welt immer verhindern wollte: das Ende der Geldwertstabilität.

Schließlich ist abzuschätzen, wie sich nach einer Rückkehr Deutschlands zur D-Mark die Wirtschaft der übrigen Euro-Länder entwickeln würde. Der Schuldenerlass und die Abwertung der nationalen Währungen dürften ohne Zweifel einen Neustart erleichtern. Wie lange es aber dauern kann, bis nach einer Transformation tatsächlich blühende Landschaften entstehen, wissen die Deutschen aus der Erfahrung der Wiedervereinigung nur zu genau. Ob die Menschen in Südeuropa so viel Geduld haben, ist ebenso unsicher wie die Erwartung, dass Investoren in Deutschland nur darauf warten, ihr Geld wieder in Lira oder Drachmen anlegen zu können. Das würden vielleicht reine Finanzspekulantentun. Ob aber auch der deutsche Mittelstand Niederlassungen und Produktionsstätten am Mittelmeer errichten würde?

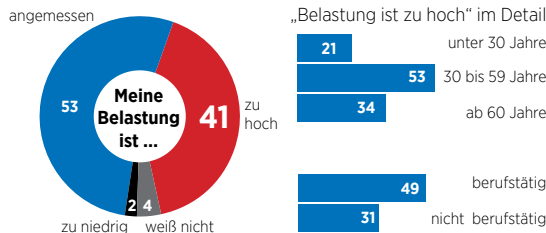
Vor allem aber wird den Südeuropäern mit ihrer schwachen Währung das Geld fehlen, um weiterhin teure deutsche Qualitätsprodukte kaufen zu können. Auf Jahre hinaus würde der deutsche Export darunter leiden. Das ist deshalb nicht trivial, weil trotz Globalisierung der Handel mit den europäischen Nachbarn immer noch weitaus mehr Volumen hat als der Warenaustausch mit weiter entfernten Weltregionen. Deutsche Firmen werden deshalb noch lange Zeit auf die europäischen Märkte als Absatzraum angewiesen sein. Auch daran müssen sich Alternativen für Deutschland messen lassen. ●



PROF. DR. THOMAS STRAUBHAAR ist Direktor und Sprecher der Geschäftsführung des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI) und Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere internationale Wirtschaftsbeziehungen, an der Universität Hamburg.
redaktion@libmag.de

Steuerbelastung ist vielen zu hoch

Wenn Sie an die derzeitigen Steuereinnahmen des Staates denken: Welche der folgenden Aussagen trifft Ihrer Meinung nach am ehesten zu?



Basis: 1.004 Quelle: TNS Emnid, März 2013

Mehr Gerechtigkeit

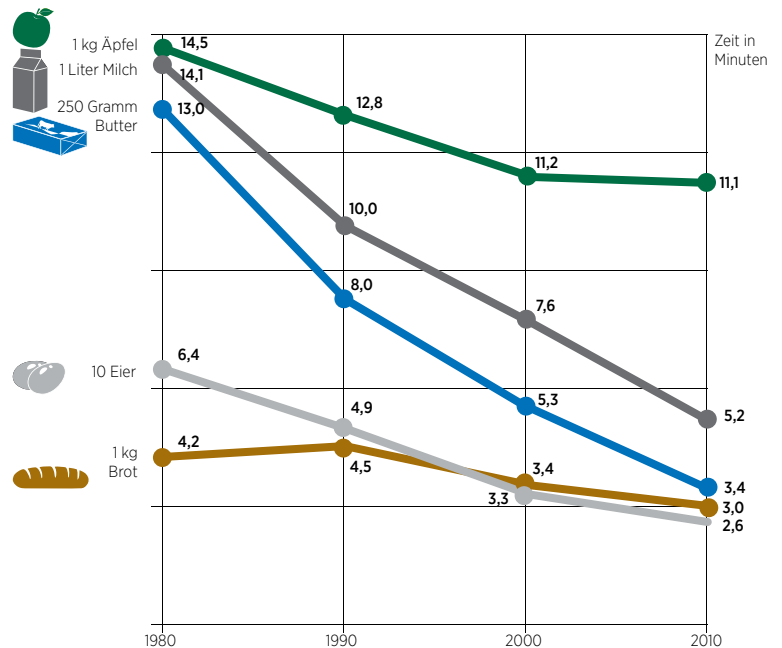
91

Prozent der Befragten fanden, der Staat sollte **keine Steuern erhöhen**, sondern das **Geld anders verteilen**, um für mehr Gerechtigkeit zu sorgen.

Basis: 1.004 Quelle: TNS Emnid, März 2013

Das haben wir uns verdient

Durchschnittliche Arbeitszeit eines Industriearbeiters für Lebensmittel; in Minuten

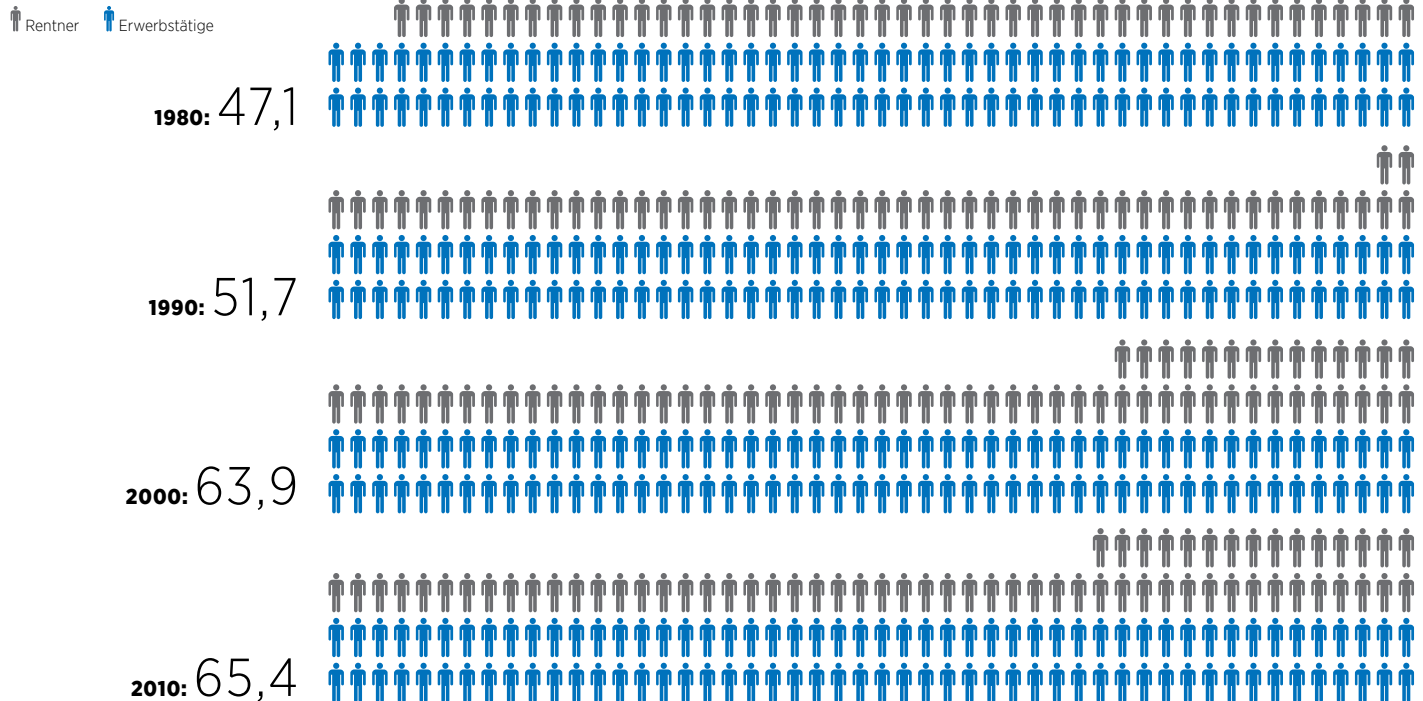


Basis: Netto-Stundenverdienst eines männlichen Industriefacharbeiters

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesamt für Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz, INSM GmbH

Die Relationen haben sich verschoben

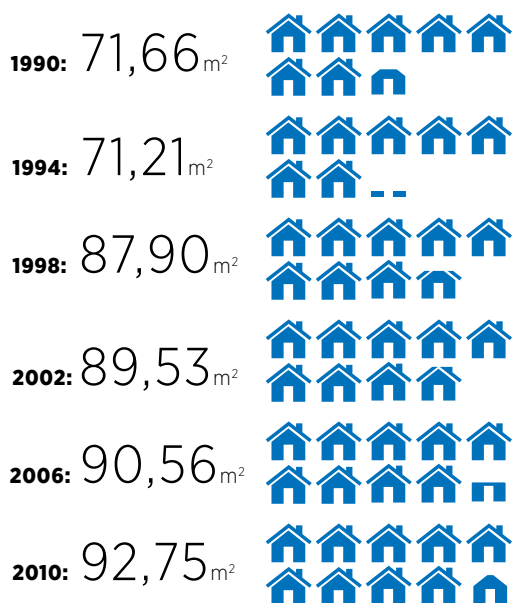
Zahl der Rentner pro 100 Erwerbstätige



Quellen: Deutsche Rentenversicherung, Statistisches Bundesamt, INSM GmbH

Wir brauchen immer mehr Wohnraum

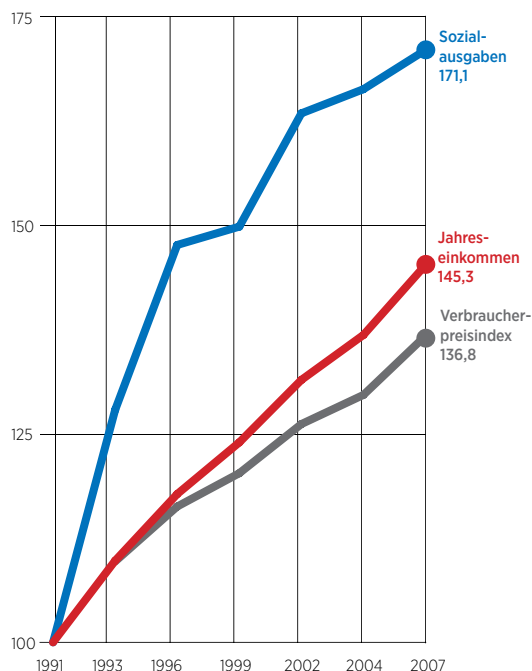
Durchschnittliche Wohnfläche
je Haushalt in Quadratmeter



Quellen: DIW Berlin, SOEP, Statista-Analyse, INSM GmbH

Investitionen in Soziales

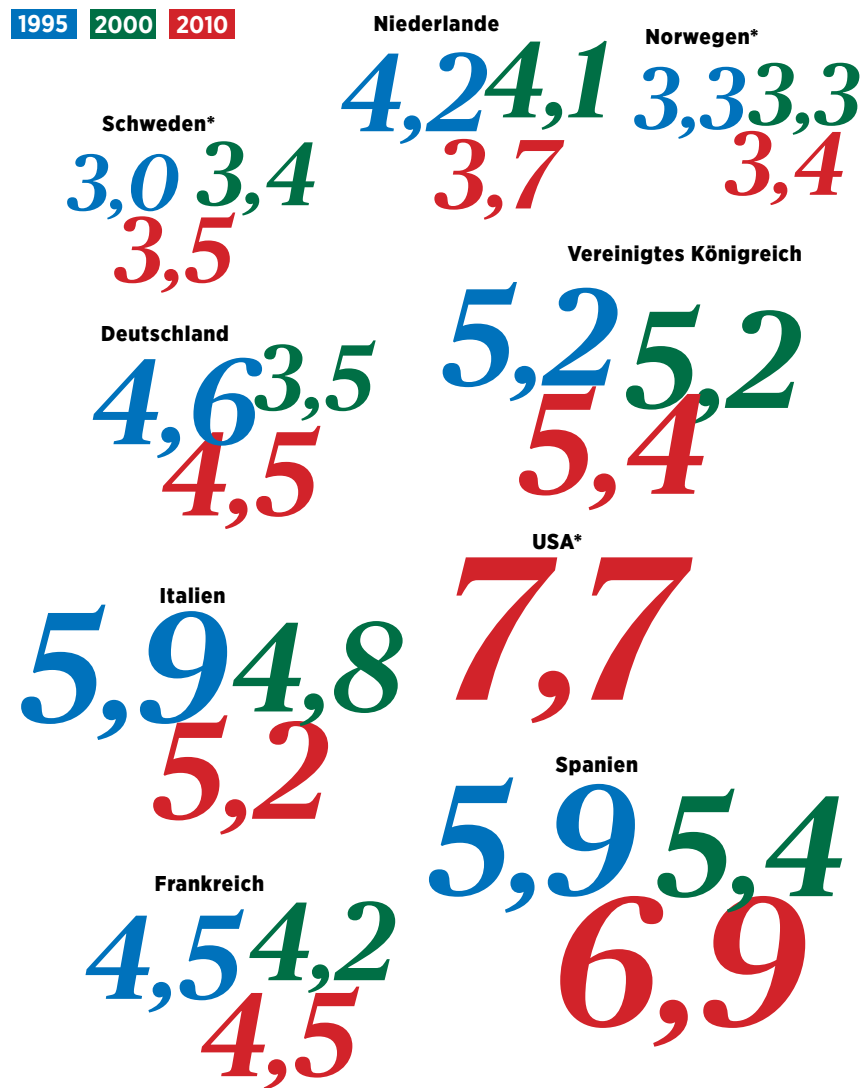
Jahreseinkommen und Sozialausgaben je Einwohner.
Werte indiziert, Ausgangswert 100 Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt, INSM GmbH

Wenn die Schere zwischen Arm und Reich auseinanderklafft

Harmonisiertes Verteilungsmaß für das Nettoeinkommen je Konsumeinheit (Einkommensquintilverhältnis S80/S20). Die 80/20-Relation gibt das Verhältnis der Nettohaushaltseinkommen der oberen 20 Prozent der Einkommensbezieher eines Staates in Relation zu den unteren 20 Prozent an. Je höher der Wert, desto größer ist die soziale Ungleichheit.



*Schweden: 1997, 2001, 2010; *Norwegen: 1997, 2000, 2010; *USA: 2008 (für andere Jahre liegen keine Zahlen vor).

Quellen: OECD, Eurostat, INSM GmbH

In petto

Monatlich frei verfügbares Einkommen nach Miete, Heizung, Kleidung, Essen und Trinken; in Euro



Basis: Bevölkerung ab 14 Jahre.

Quellen: Institut für Demoskopie Allensbach, INSM GmbH

„Wir waren asozial“

Bisweilen wird die DDR noch immer als Hort sozialer Gerechtigkeit dargestellt. Gerade jene, die heute besonders laut das Wort vom „Recht auf Arbeit“ im Munde führen, schweigen zur „Pflicht zur Arbeit“ im Arbeiter- und Bauernparadies. Sie manifestierte sich im sogenannten „Asozialenparagrafen“ des Strafgesetzbuches der DDR. Mit seiner Hilfe kujonierte die Staatsmacht vor allem junge Leute – Arbeitszwang als praktische Sozialpolitik. // TEXT // **ANDREAS SCHÖNFELDER**



In diesem Text geht es um junge Leute in der DDR, die es Mitte der

70er- bis Mitte der 80er-Jahre wagten, die sozialistischen Normen, besser die allgemeinen Auflagen für die Jugend, abzulehnen und eigene Vorstellungen zu leben. Diese Jugendlichen kamen aus unterschiedlichen Milieus: Viele waren ehemals Heimkinder, andere ungelernte Arbeiter oder Facharbeiter. Für wieder andere war nach dem Abitur Schluss. Sie bekamen keine Studienplätze. Man traf sich fast jeden Tag in den zwei, drei lokalen Lieblingskneipen und an den Wochenenden trampelten die Initiativsten zu den Konzerten ihrer Lieblingsbands. Meist waren das solche, die westliche Originale nachspielten und vom Status kaum über ihrem Publikum standen. Bands, die zu starke Kompromisse mit „ihnen“ machten, waren da nicht gemeint. Die meisten hatten lange Haare, die Kleidung war nachlässig und das Selbstbewusstsein in der Öffentlichkeit schien grenzenlos. Alle sprachen sich mit Spitznamen an.

Den besagten Zeitraum habe ich gewählt, weil zum einen zu dieser Zeit unangepasste Jugendliche geradezu verfolgt wurden, bis hin zu teilweise mehrjährigen Inhaftierungen nach §249 des Strafgesetzbuches der DDR, dem sogenannten Asozialenparagrafen von 1968. Und zum anderen, weil ich an diese Zeit besonders prägende Erinnerungen habe. Es war meine Jugendzeit, die ich in solchen Milieus verbracht habe. Deshalb werde ich auch oft von „wir“ schreiben. Besonders gut kenne ich Gera. Aber was ich dort erlebt habe, ist sehr vergleichbar mit dem, was sich in allen mittleren bis großen Städten und - weit anonym - auch nicht selten auf dem Lande abspielte.

Im Grunde ging es uns um ein selbstbestimmtes Leben. Das war unser Traum. Ein Traum, der unter den Bedingungen der DDR jedoch nicht in Erfüllung gehen konnte. Bei Lichte betrachtet ließ die Allgegenwärtigkeit der Staatsmacht keinen Raum für ein solches Leben. Wer nicht zu „ihnen“ gehörte, musste entweder im Stillen leben oder riskierte, alles zu durchleben, was für Gegner vorgesehen war. Grautöne gab es, sie waren aber vom System nicht vorgesehen.

Heute mag man fragen, ob es uns nicht um die Freiheit ging. Welche Vorstellungen von Freiheit haben aber jene, die nur das Gefängnis kennen, selbst wenn es ihnen jeden Tag als das beste der Welt gepriesen wird? Wir hatten keine genauen Vorstellungen

vom Wortinhalt, wir hatten keine Theorie von Freiheit. Das Wort „Freiheit“ spielte in der Sprache der DDR wohl schon nach dem 17. Juni 1953 keine Rolle mehr und nach dem Mauerbau war es fast vollständig aus der Alltagssprache verschwunden. Auch in den freiesten Texten der 80er-Jahre, im Samisdat, wurde von Freiheit wenig geschrieben. Wir wollten konkret leben und haben uns genommen, was wir kriegen konnten – ohne zu ahnen, dass das Schönste unsere eigene Substanz war. Das wäre uns nicht im Traum eingefallen, weil wir ja nichts wert waren. Wir waren asozial, standen außerhalb der Gesellschaft, galten als Klassenfeinde und hatten ständig Strafen zu erdulden.

Wer zur Arbeit ging, hatte oft keine Arbeit

Besonders schlimm wurde es, wenn man nicht oder unregelmäßig zur Arbeit ging. Da hattest du alle gegen dich, weil galt: „Wer nicht arbeiten geht, soll auch nicht essen“, ist ein Parasit. Es war geradezu Konsens zu sagen: „Ein solcher bettelt geradezu nach dem Gefängnis.“ Mildernde Umstände waren fast nie zu erwarten und gerade in „unserer“ Zeit selten. Aber was waren das für Zeiten, wenn es um die Arbeit ging? Was erlebten viele von uns Jugendlichen, wenn sie zur Arbeit gingen? Wer zur Arbeit ging, hatte oft keine Arbeit. Wusste aber, wo sein Lager war und wo die Getränke standen. Das war das Perverse, du wurdest verurteilt wegen parasitärer Lebensweise, als Assi, wenn du nicht zur Arbeit gingst. Aber wenn du hingingst, hattest du in der Woche zig Stunden keine Arbeit. Weil nichts mehr klappte und kaum einer wusste, wie noch mehr zu improvisieren wäre. Diese schizophrene Situation war so abstoßend lächerlich, dass sie jeden Tag Thema war. Auch bei den „anderen“, den „Normalos“, war das damals nicht anders, nur dass sie diese DDR heute aus neuem Opportunismus und etwas Scham vergessen haben. Keiner will mehr in dieser DDR gelebt haben. So ist sie heute etwas geworden, was sie nie war.

Heute wissen wir, dass die DDR 1981 pleite war. Deshalb der Druck! Es sollte zu keinen Auflösungserscheinungen an den Arbeiterkampflätzen kommen. Wir wussten das nicht, haben aber intuitiv alles richtig eingeordnet und die offiziellen Lügen laut und offen verspottet. Als Verkörperung der „westlichen Dekadenz“ waren wir die idealen Sündenböcke zu einer Zeit, in der die Kommunisten wohl das erste Mal richtig »



§ 249 STGB DER DDR

(Fassung von 1979)

Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit durch asoziales Verhalten

- (1) Wer das gesellschaftliche Zusammenleben der Bürger oder die öffentliche Ordnung und Sicherheit beeinträchtigt, indem er sich aus Arbeitsscheu einer geregelten Arbeit entzieht, obwohl er arbeitsfähig ist, wird mit Verurteilung auf Bewährung, Haftstrafe oder mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren bestraft.
- (2) Ebenso wird bestraft, wer der Prostitution nachgeht oder in sonstiger Weise die öffentliche Ordnung und Sicherheit durch eine asoziale Lebensweise beeinträchtigt.



irritiert waren, weil ihre Pläne überhaupt nicht aufgingen. So kamen auch Gesinnungsparagrafen gegen uns zur Anwendung, zudem noch Vorwürfe wegen Rowdytums, aber auch Umgangsverbote, Reiseverbote innerhalb der DDR sowie PM12, ein „vorläufiger“ Personalausweis für Personen mit beschränkten Rechten und Auflagen. Und es erfolgten immer wieder Vorladungen „wegen Klärung eines Sachverhaltes“ durch die Volkspolizei, um Drohungen auszusprechen und vorzukriminalisieren, oder Besuche der Polizei zu Haus, auch um die Eltern unter Druck zu setzen. Willkürliche Festnahmen waren Alltag. Wenn man sich nicht ausweisen konnte, sowieso. Und wenn doch, dann trotzdem, zur „Überprüfung der Personalien“, besonders außerhalb der Heimorte.

Wenn wir an den Wochenenden zu „unseren“ Bands trampelten oder schwarz mit der Bahn fuhren, waren Personalausweiskontrollen der Bahn- oder Volkspolizei allein wegen unseres Aussehens völlig normal und eben auch Mitnahmen durch die Polizei. Das konnte an einem Wochenende, ja an einem Tag mehrmals passieren und oft auch mit dem vollen Programm auf den Polizeirevierern: Ausziehen, Leibesvisitationen, Schläge, Beschimpfungen, stundenlanges Warten im Stehen, in Zellen, stundenlange Verhöre, manchmal auch durch die K1 (Kriminalpolizei) oder die Staatssicherheit.

Auch stärkste Verfolgung hat uns das Trinken und den Spaß nicht verdorben, und das letzte Wort hatten immer wir – und wenn es tragischerweise durch Suizid war. Die Verfolgung setzte oft schon im frühen Jugendalter ein, also schon in der Polytechnischen Oberschule. Wer da in seiner Pubertät Disziplinlosigkeiten wie Schulschwänzen oder Diebstahlsneigungen offenbarte, war bald Umerziehungskandidat und konnte zur Umerziehung in Jugendwerkhofsanstalten der „leichten“ Sorte verbracht werden. Dort waren die Jugendlichen einem strengen Gruppenregime ausgesetzt, harter Arbeit und einer Verachtung, die eine Art Grundtraumatisierung auslöste. Wer das nicht ernst nahm und intuitiv und offen ablehnte, dessen „Karriere“ war vorprogrammiert. Heraus kamen nur die, die

sich der ideologischen Abrichtung beugten. Das bedeutete, sich nach außen für schuldig an der Gesellschaft zu erklären und die Berechtigung einer harten Umerziehung zuzugestehen. Dies war der einzige Weg, um wieder „als vollwertiges Mitglied“ in die Gesellschaft aufgenommen zu werden.

Die Realität sah oft anders aus. Die Opfer dieser Maßnahmen akzeptierten es, minderwertig zu sein, ihre Stigmatisierung als etwas anzusehen, dem man nicht entrinnen konnte, und alles irgendwie zu verdrängen. Die meisten rechneten nicht damit, dass diese Straferziehungsjustiz im Gewand der Jugendhilfe als Form von Willkür und Gewalt enttarnt wurde oder ihnen gar Beistand zuwuchs von Eltern, Lehrern oder dem Arbeitskollektiv. Wer „drinnen“ im Jugendwerkhof oder im Knast war, der hatte etwas verbochen, sich etwas zuschulden kommen lassen und war zu Recht dort. Eine unfreiwillige Verinnerlichung dieser Stigmatisierung war verbreitet, die Scham entsprechend groß. Nur wer seine Persönlichkeit nicht verleugnete, Beistand erfuhr, der hatte Chancen, alles zu überstehen. Diejenigen, die das durchschaut hatten, sich, egal wie, nicht unterkriegen ließen, waren einer Dauerverfolgung ausgesetzt, weil sie als unbelehrbar bis feindlich angesehen wurden.

Illusion eines lebenswerten Lebens leben

Wer Glück hatte, fand in unsere Kreise und stieß auf eine Art Familie von Gleichgesinnten. Es eröffnete sich wieder eine emotionale Perspektive mit all den Schattenseiten und Gefahren des Lebens, allerdings ohne die fremdbestimmte Scham, eine Schande für die Gesellschaft und seine Eltern zu sein. In unserer Szene war wieder ein Leben möglich, das über den eigenen unterentwickelten Bildungshorizont hinauswies. Die Gruppensolidarität erwuchs aus dem von allen gleichermaßen empfundenen permanenten Außendruck.

Menschen mit sehr unterschiedlichen Biografien waren ihm ausgesetzt und haben ihn als allein nicht durchstehbar empfunden. Viele konnten selbst dieser Beistand nicht retten, weil sie schon zu instabil und hoffnungslos waren. Die Hoffnungslosigkeit war ein

großes, aber sehr stilles Thema. Sie war eine tiefe und starke Erfahrung. Wir wussten nicht über unsere Träume zu sprechen. Es war zu absurd angesichts der Übermacht, die allgegenwärtig schien. So ertränkten wir stattdessen alles und das möglichst jeden Tag. Sieger war, wer am nächsten Tag im Gespräch war, weil er den „Umfaller“ des Vorabends hatte. Viele lebten nur die Illusion eines lebenswerten Lebens, dessen Sinn und Spaß im Suff bestand. Es gab aber schon Zäsuren. Besonders, wenn jemand in der Runde fehlte, der dazugehörte.

Sich nicht abrichten zu lassen war tragischerweise auch ein Weg, den viele nicht durchgestanden haben. So haben sich allein in Gera im genannten Zeitraum aus dem engeren (circa 100) und dem angrenzenden Milieu (vielleicht noch einmal 100) mindestens sieben Jugendliche umgebracht: „Spanier“, „John“, „Hippie“, „Artur“, „Lollek“, „Achim“, „Flato“. Gefängnis war ein Grund für ein Innehalten und Suizid. Wenn sich jemand umbrachte, war klar, dass alle gleichermaßen bedroht sind. Der Tote war immer der Beste, weil nun seine Sensibilität, seine Weichheit, seine Gefühle und seine Sehnsucht zum Thema wurden. In diesen Momenten wurde aber auch mehr als sonst deutlich, dass die Gruppe eine Notgemeinschaft war. Nach außen hin uniform und im Inneren sehr heterogen. Über die Toten wuchsen auch die Selbstzweifel an diesem Raubbau an der Gesundheit. Und ebenso der Hass, der blind war angesichts der Übermacht und der empfundenen Ausweglosigkeit. Das waren die Zeiten des Aufruhrs in Gedanken. Der Aufstand schien möglich, bis der Anfall vorbei war. Die Szene war weitgehend unpolitisch.

Hinzu traten eine zunehmende Härte und eine Verachtung der Gefahr. Wer im Gefängnis war, wie „Möhre“, „Ali“, „Muli“, „Teddy“, „Schulze“ und „Patsch“, kam nicht raus, um nie wieder reinzukommen. Sondern er hatte erfahren, dass sich nichts mehr ändern muss, weil man es überstehen kann. Details hat aber kaum jemand verbreitet, weil man zur Entlassung per Unterschrift und unter Strafandrohung verpflichtet wurde, niemandem etwas über seine Erlebnisse zu



erzählen. Der Strafverbüßung folgende Auflagen der Abteilung Inneres, „Wiedereingliederungshilfen“ genannt, taten ihr Übriges.

So hat das Regime auf seine perfide Art und Weise Tausende junge Menschen, die meisten sicher außerhalb unserer Szene, zu Kriminellen gemacht. Sie wurden mit einem Stigma behaftet, dessen diskriminierende Wirkung die Gesellschaft, bis hin zu den Eltern und Verwandten, tief verinnerlicht hatte – im Grunde bis heute. Das Schweigen zeigt sogar, dass sich die Jugendlichen selbst, auch Jahrzehnte später, noch nicht sicher sind, dass es anders war: dass ihnen tiefes Unrecht geschehen ist. ●



ANDREAS SCHÖNFELDER war seit Beginn der 80er-Jahre in der Bürgerrechtsbewegung der DDR engagiert. Sein Haus im sächsischen Großhennersdorf wurde zum Anlaufpunkt kritischer Oppositioneller aus der ganzen DDR und schließlich zur Heimat einer Umweltbibliothek, in der Andreas Schönfelder bis heute aktiv ist.

redaktion@libmag.de

„Wir brauchen eine europäische Identität.“

Mehr als 50 Lebensjahre liegen zwischen ihnen. In ihrem Blick auf Europa sind sich **NRW-FDP-Fraktionschef Christian Lindner** und **Außenminister a. D. Hans-Dietrich Genscher** ganz nah. Im Brückenschlag mit *liberal* werben beide für die Freiheit bringende Staatenunion, fordern klare Regeln für die Mitgliedsländer und setzen auf einen starken Euro.

Herr Lindner, was halten Sie von der These, nach der die Europäische Einigung immer dann gut bei den Menschen in Europa ankam, wenn sie neue Freiheiten mit sich brachte - dagegen weniger gut, wenn es um mehr Regeln ging?

LINDNER: Der Arbeitsplatz in Paris, das Studium in Rom, ein zollfreies Paket aus Madrid, die Reise nach Lissabon ohne Schlagbaum - für meine Großeltern war Europa Frieden, für meine Eltern Wohlstand, für mich Freiheit. Dass zur Freiheit auch Regeln gehören, ist klar. Aber aus klaren Regeln darf keine einengende Bürokratie werden. Die Staatsschuldenkrise hat alle belehrt, was passiert, wenn Regeln verletzt werden.

Herr Genscher, zurzeit wird die Idee von Parallelwährungen zur Lösung der Euro-Krise diskutiert, zum Beispiel die Drachme neben dem Euro in Griechenland. Kann das der Weg sein?

GENSCHER: Das hat uns gerade noch gefehlt. Ein Europa nicht der Vielfalt, sondern des währungs- und finanzpolitischen Chaos. Euro und die verschiedensten nationalen Währungen miteinander. In Wahrheit ist die Idee des Europas der währungspolitischen Zweispu-

rigkeit ein hilfloser Ausfluchtversuch der Euro-Gegner. Sie stellen fest, dass ihre Devise „raus aus dem Euro“ die Menschen mehr erschreckt als anzieht. Deshalb versuchen sie jetzt, mit einem Trick die verheerenden Auswirkungen der Absage an den Euro zu verschleiern.

Herr Genscher, es ist naheliegend, um den Euro finanzpolitische Diskussionen zu führen - es geht schließlich um Geld. Was aber ist die politische Dimension des Euro?

GENSCHER: Der Euro ist die logische Fortsetzung der Herstellung des gemeinsamen Binnenmarktes, der von währungspolitischen Schwankungen freigehalten werden muss. Aber zugleich ist auch die Fortsetzung der europäischen Integration notwendig, an deren Ende ein europäischer Bundesstaat stehen wird, wobei es sich dabei um eine Struktur eigener Art - sui generis - handelt, wie es einem Zusammenschluss verschiedener Nationen mit eigenen Identitäten angemessen ist. Der Integrationsweg muss entschlossen weitergegangen werden. Ein Teil der Probleme von heute sind das Ergebnis der Verweigerungshaltung der Euro-Gegner in Deutschland, die bei der Einführung des Euro mit dem Totschlagsargument „keine Wirtschaftsregierung“ die notwendige Zusammenführung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitiken der Euro-Staaten behinderten.

Herr Lindner, haben wir bei der Schaffung eines gemeinsamen Währungsraumes alles richtig gemacht? Und: Aus welchen Fehlern können wir lernen?

LINDNER: Die größten Fehler wurden danach gemacht, als zuerst Rot-Grün die Stabilitätsregeln des Maastricht-Vertrags gebrochen hat. Dass diese Parteien nichts aus ihren Fehlern gelernt haben, sieht man an der Schuldenpolitik von Hannelore Kraft und der Verharmlosung

**Hans-Dietrich Genscher,
Christian Lindner**
Brückenschläge. Zwei Generationen,
eine Leidenschaft
Gebundene Ausgabe, 253 Seiten
Hoffmann und Campe



des aktuellen französischen Defizits durch Peer Steinbrück. Die Einführung von Schuldenbremsen in die europäischen Verfassungen und der für unsere Partner fordernde, aber am Ende vorteilhafte Reformkurs sind nötig. Deutschland ist in dieser Phase solidarisch, weil ernsthaft an einer Befreiung Europas aus den Ketten der Kredite gearbeitet wird.

Herr Genscher, Sie fordern ein Europa der Seele - statt eines rein politischen oder ökonomischen Projekts. Es scheint fast so, als seien die Völker Europas in dieser Frage schon weiter als ihre Politiker: Der Austausch von Studenten ist eine Selbstverständlichkeit, Arbeitsmigration gibt es in alle Richtungen, von Urlaubsreisen ganz abgesehen. Müssen die Teilnehmer an EU-Gipfeln erst noch lernen, was unter Erasmus-Studenten schon funktioniert?

GENSCHER: Ich denke schon, dass die verantwortlichen Politiker sich der Grundeinstellung der Europäer genau bewusst sind. Dennoch ist es immer wieder notwendig, sich der europäischen Identität voll bewusst zu werden, die mehr ausmacht als gemeinsame wirtschaftliche und politische Interessen. Wir dürfen das Feld nicht denen überlassen, die weniger Europa wollen, aber dabei verschweigen, dass dies zur europäischen Selbstaufgabe in der entstehenden neuen Weltordnung führen würde. Obwohl doch Europa in anderen Teilen der Welt als Zukunftswerkstatt auch einer neuen Weltordnung angesehen wird wegen seiner neuen Kultur des Zusammenlebens der Völker.

Ihr gemeinsames Buch ist ein langes Gespräch zwischen zwei Politikern unterschiedlicher Generationen. Christian Lindner ist Jahrgang 1979, Hans-Dietrich Genscher Jahrgang 1927. Was haben Sie über Ihre beiden Generationen gelernt im Rahmen dieses Austauschs?

GENSCHER: Mich beeindruckt Christian Lindners Fähigkeit, mit bohrenden Fragen zum Kern der Probleme und damit auch zu ihrer Lösung vorzudringen. Das ist eine Erfahrung, die ich immer wieder bei Diskussionen in Schulen und Universitäten mache. Wir haben eine junge Generation, die suchend ist.

LINDNER: Natürlich habe ich viel über gelebte Geschichte erfahren. Besonders anregend war für mich, für aktuelle Fragen wie die Sicherung von Bürgerrechten im Online-Zeitalter über ähnlich gelagerte Debatten der Vergangenheit zu sprechen. Abwägungsentscheidungen zwischen Freiheit und Sicherheit waren ja auch bei der Bekämpfung der RAF zu treffen.



Kann man sagen, Herr Lindner ist ein Kind des Friedens, Hans-Dietrich Genscher ein Kind des Krieges?

GENSCHER: Der Krieg hat meinen Willen zum Frieden für immer geprägt.

LINDNER: Was mich angeht, so bin ich natürlich dankbar, dass meiner Generation und mir die Erfahrungen von Krieg und Vertreibung meiner Großeltern erspart geblieben ist. Ein zivilisatorischer Fortschritt, den wir nicht für selbstverständlich nehmen sollten. Rivalität ist immer wieder möglich, selbst in Europa. Der FDP ist Existenzangst nicht fremd, ein Phänomen, das Hans-Dietrich Genscher schon viel länger kennt als Christian Lindner.

Was rät der Ältere dem Jüngeren, um damit umzugehen?

GENSCHER: Existenzangst trifft das Problem nicht genau. Ein Liberaler ist gewiss demütig, weil er aus der eigenen Unzulänglichkeit die Kraft findet, infrage zu stellen. Aber ängstlich sind wir nicht. Vertraut sind wir mit Existenzproblemen. Wir haben sie meistern können, weil wir immer wieder auf die Kraft der Freiheitsidee vertrauen konnten und darauf, dass die Faszination einer Partei der Freiheit und der Verantwortung Menschen immer wieder neu nicht nur begeistert, sondern, was noch wichtiger ist, auch anzündet. ●



Die Singende Revolution hat erst begonnen

Tallinn war schon immer eine Stadt des Fortschritts und der Weltoffenheit. Nach dem Ende der Besatzung durch die Sowjetunion standen die Zeichen auf Erneuerung. Die Krise konnte diesen Aufschwung nur kurz bremsen. In Estland unterwegs mit dem liberalen Parlamentarier Silver Meikar. // TEXT // **MICHAEL HOLMES**

Am schönsten nähert man sich der Hansestadt Tallinn von Helsinki aus - auf einer der Fähren, die in nur zwei Stunden den Finnischen Meerbusen überqueren. Selbst aus der Ferne lässt sich leicht erraten, welche Gesellschaftsmodelle Tallinn geprägt haben. Die hohen Türme der Stadtmauer und der Kirchen zeigen, dass die Stadt im Mittelalter reich und mächtig gewesen sein muss. Die in der Sonne glitzernden Glasfassaden der Hochhäuser belegen, dass Tallinn auch heute wieder eine Wirtschaftsmetropole ist. Die dunklen Plattenbausiedlungen am Stadtrand erinnern an die kommunistische Vergangenheit.

Die Touristen kommen vor allem, um den gut erhaltenen mittelalterlichen Stadtkern zu sehen. Als Tallinn noch Reval hieß und eine zentrale Rolle im Osthandel des Hansebundes spielte, war die Stadt geteilt: Die deutsche Oberschicht blickte vom hohen Domberg auf das gemeine Volk, besaß aber nur begrenzte Macht - wie man an den reich verzierten Kaufmannshäusern sieht.

Etwas verbindet das moderne Tallinn mit dieser Zeit. Es erweckt den Eindruck, immer eine Stadt des Fortschritts und der Weltoffenheit gewesen zu sein. Hier darf man Hippie oder Yuppie, alternativ oder ganz normal sein. Überall kann man kostenlos im Netz surfen. An jeder



Ecke werden verschiedenste Waren aus der ganzen Welt angeboten.

Die letzten Spuren der sowjetischen Besatzung wirken seltsam unwirklich - wie aus einer anderen Welt. Zwischen Cafés und den Niederlassungen internationaler Konzerne bröckelt der Putz von grauen Häuserwänden. Zwischen Mittelklassewagen und Luxuskarossen fahren Ladas. Kaum zu glauben, dass noch vor zwei Jahrzehnten die Freiheiten der Bürger dieser lebendigen Stadt mit Füßen getreten wurden. Man spürt, dass der Kommunismus ein Fremdkörper war. Es war den Besatzern niemals gelungen, den Freiheitswillen der Esten zu brechen.



Der schönste Ort in Tallinn ist der große muschelförmige Sängerfestplatz nahe der Bucht, wo 1988 die „Singende Revolution“ begann - so wird der gewaltlose Unabhängigkeitskampf seitdem genannt. Hier sang fast ein Drittel aller Esten die verbotene Nationalhymne, traditionelle Freiheitslieder und demonstrierte gegen die Okkupationsmacht. Drei Jahre später wurde der Traum der Unabhängigkeit Wirklichkeit.

Freiheit und Frieden

Hat die Revolution ihre Ziele erreicht? Vor welchen Problemen steht das Land heute? Wie könnte Estlands Zukunft aussehen? Um Antworten auf diese Fragen zu erhalten, treffe ich Silver Meikar, der von 2003 bis 2004 und von 2006 bis 2011 für die liberale Reformpartei im Parlament saß, die heute in einer Koalition mit der gemäßigt konservati-

ven „Pro Patria und Res Publica Union“ das Land regiert. Er holt mich am Rathausplatz ab, der seit dem 14. Jahrhundert das Herz der Stadt ist, und bringt mich in eine gemütliche Kneipe in einem Seitengässchen. Meikar gehört zu der jungen Politikergeneration, die das Land nach der Unabhängigkeit geprägt hat. Als er 2003 Parlamentsmitglied wurde, war er noch keine 30 Jahre alt. „Wir wollten alles anders, alles neu, alles besser machen!“ Seine Augen funkeln vor Begeisterung. „Die meisten Bürger wollten das. So konnten wir vieles ausprobieren.“

Er wirft seinen Schlips auf ein unbesetztes Sofa. „Wir waren frei - und wollten noch

*„Alle reichen
Länder haben
dynamische Marktwirtschaften.“*

freier werden. Ich trete für jede Art von Freiheit ein - politische, kulturelle, ökonomische Freiheit. Sie nennen mich den ‚letzten Liberalen‘“, sagt Meikar lachend, „weil ich immer und überall von der Freiheit spreche - nicht nur hier in Estland.“ Meikar ist für seinen unermüdlichen Einsatz für die Menschenrechte in der Ukraine, Weißrussland und China bekannt.

Er erklärt die Ziele der Revolution: „Wir wollten unsere Unabhängigkeit. Unsere Fahne war unser wichtigstes Symbol. Aber es sollte auch mehr Freiheit für jeden Bürger geben. Die meisten Menschen hier wollen in Ruhe ihr Leben genießen und sind glücklich über die Veränderungen. Fast alles ist besser geworden.“ Die junge Demokratie ist lebendig und stabil. Von der amerikanischen Denkfabrik Freedom House, die den Grad an Demokratie in Ländern rund um den Globus

misst, erhält Estland seit Jahren Bestnoten. Meikar hebt die pluralistische Meinungskultur des Landes hervor: „Es gibt viele Parteien mit sehr unterschiedlichen Ideen. Alles wird offen diskutiert. Man könnte sogar mit einer roten Fahne durch die Straßen laufen.“

Die Gewaltlosigkeit der Revolution sei von großer Bedeutung für die Entfaltung der neuen Zivilkultur gewesen. „Wir wollten keinen blutigen Krieg, sondern Selbstbestimmung.“ Auf seinem Laptop prangt eine große Tibet-Fahne. „Das spürt man noch heute. Die meisten Menschen hier wollen einfach in Frieden leben. Estland ist ein multikulturelles Land. Der Staat schützt nicht nur die estnische Kultur.“

Dennoch hat das Land Probleme, die russische Minderheit zu integrieren, die zur Zeit der Sowjetherrschaft zugewandert ist oder gezielt angesiedelt wurde und etwa ein Viertel der Bevölkerung ausmacht. 2007 gab es bei gewalttätigen Ausschreitungen zwischen russischen Jugendlichen und der Polizei ein Todesopfer. Anlass war die Verlegung eines sowjetischen Kriegerdenkmals aus Tallinns Zentrum an den Stadtrand.

Für viele Russen ist das Denkmal ein Symbol für den Sieg über Hitler. Die Esten erinnert es dagegen an die sowjetische Invasion. Meikar tritt für Versöhnung ein: „Viele Russen haben die Besatzung unterstützt. Aber auch wir haben Fehler gemacht. Es gibt auf beiden Seiten Nationalisten, die keinen Frieden wollen. Die Russen hier können Bürger dieses Staates sein. Wir sind alle Esten. Aber sie müssen unsere Verfassung respektieren, unsere Unabhängigkeit. Integration ist keine Einbahnstraße.“

Am nächsten Morgen treffen wir uns auf einer Konferenz, bei der es um die Spannungen zwischen Esten und Russen geht; es kommt zum Streit und doch kommt man sich näher. Eine alte Dame findet die richtigen Worte: „Wir streiten - mit Worten, nicht mit Waffen. Wunderbar!“ Applaus. „In den wichtigsten Punkten sind wir uns einig: Viele Russen haben unter der deutschen Besatzung gelitten.“ Applaus. „Viele Esten haben



Tradition und Moderne: Hinweisschild für einen der zahlreichen Hotspots, sich auf moderner Fassade spiegelnder Baukran, Denkmal für die Befreier Tallinns, neue Skyline, Verknüpfung alter und moderner Architektur in der Tartu Road (im Uhrzeigersinn).

unter der russischen Besatzung gelitten.“ Applaus. „Wir müssen gemeinsam dieses Land aufbauen.“ Noch mehr Applaus.

Baltischer Tiger

Anschließend fahre ich mit Meikar in seine Heimatstadt Tartu, die Estlands zweitgrößte Stadt ist und im Südosten des Landes liegt. Die Reise beginnt auf dem Parkplatz vor Estlands Parlament. Es heißt Riigikogu und hat seinen Sitz in einem pinkfarbenen Barockschloss auf dem Domberg. Wir steigen in Meikars Auto. „Immer wenn ich in diesen Wagen steige, freue ich mich! Früher waren die meisten auf die Straßenbahn oder das Fahrrad angewiesen.“ Meikar war ein ent-

schiedener Befürworter der umfassenden ökonomischen Reformen.

Selbst die globale Krise, die Estlands Wirtschaft hart getroffen hat, konnte seine Sicht nicht verändern: „Ich gebe zu, dass sich unsere Wirtschaft als verwundbar erwiesen hat, weil sie so stark vom Außenhandel abhängig ist. Was ist die Alternative? Sollen wir uns abschotten? Wir werden die aktuellen Probleme in den Griff kriegen. Wir müssen einen Neuanfang wagen. Die Planwirtschaft hatte vollkommen versagt. Fast alle Bürger haben die Umgestaltung unterstützt. Wir wollten eine moderne Marktwirtschaft.“

Die hat Estland bekommen. Als 1992 der Unabhängigkeitsaktivist Mart Laar mit nur 32

Jahren zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, befand sich die estnische Wirtschaft im freien Fall. Das Bruttoinlandsprodukt war um über 20 Prozent gesunken. Die Inflation durchbrach die 1000-Prozent-Marke. Die Regierung handelte entschlossen. Sie brachte die galoppierende Geldentwertung unter Kontrolle, hob zahlreiche Preiskontrollen auf, privatisierte marode Staatsbetriebe und öffnete die Tore zu den globalen Märkten. Berühmt wurde die 1994 eingeführte Einheitssteuer - die sogenannte Flat Tax.

Heute zahlt jeder estnische Bürger 21 Prozent seines Einkommens an den Staat. Meikar zeigt mir, wie sich die Steuererklärung in etwa einer Viertelstunde im Internet »

erledigen lässt. Hinzu kommt eine Mehrwertsteuer von 20 Prozent. 2012 erreichte Estland in der Studie „Economic Freedom of the World“, welche die Sicherheit der Eigentumsrechte in 144 Ländern untersucht, den 14. Platz, 17 Plätze vor Deutschland.

Für dieses radikale und schmerzhaftes Reformprogramm, das Laar in seiner zweiten Amtszeit als Ministerpräsident zwischen 1999 und 2002 fortsetzen konnte, wurde Estland mit einem beachtlichen Wirtschaftsaufschwung belohnt. Zwischen 1995 und 1999 wuchs die estnische Wirtschaft um fast fünf Prozent, zwischen 2000 und 2006 um über sieben Prozent.

Während der Krise brach sie dramatisch ein. Arbeitslosigkeit und Armut nahmen zu. Seit 2010 geht es wieder aufwärts. Laar, der als Vater des estnischen Wirtschaftswunders gilt, gibt offen zu, dass er damals nur ein einziges Wirtschaftsbuch gelesen hatte: Milton Friedmans Bestseller „Kapitalismus und Freiheit“. Meikar fasst die Grundsätze der Reformen zusammen: „Einfachheit und Transparenz! Die Bürger müssen alles ver-

aber wir haben nicht genug Platz“, bemerkt Meikar. „Wir mussten aus dem Nichts eine moderne Armee aufbauen. Russland könnte wieder aggressiver werden. Wir wären auf Hilfe angewiesen. Deswegen ist Estland Nato- und EU-Mitglied.“

Als wir Tartu erreichen, biegt Meikar in eine Seitenstraße ein. „In diesem Stadtteil kann das Leben noch immer schwer sein.“ Die Häuser sind aus Holz, viele heruntergekommen, die Straßen ungeteert. „Auch meine Familie war ziemlich arm. Aber meine Eltern haben großen Wert auf Bildung gelegt.“ Diese Erfahrungen haben ihn zum Studium der Ökonomie bewegt. „Ich habe das Scheitern der Planwirtschaft selbst erlebt und glaube, dass die Gesellschaft jedem eine Chance geben muss, sich aus eigener Kraft aus der Armut zu befreien.“ „Aber wer hier aufwächst, hat doch schlechtere Karten“, wende ich ein. „Sicher!“, antwortet er. „Dennoch bekommt heute jeder in Estland eine faire Chance.“ Meikar ist kein Dogmatiker. „Natürlich muss der Staat den Schwächsten unter die Arme greifen. Aber

„Ich glaube, wir werden noch etwas skandinavischer werden.“

stehen. Pragmatismus! Wir müssen sehen, was funktioniert. Freiheit – die Bürger müssen den größten Teil ihres Einkommens behalten dürfen.“

Extraportion Freiheit

Wir sind lange von einsamer Natur umgeben. Nur selten taucht ein Bauernhof auf. Estland ist etwa so groß wie Dänemark, hat jedoch nur ein Viertel der Einwohner. Wir passieren zwei Soldaten, die ihre Daumen hochhalten. „Ich würde sie gern mitnehmen,

wir können kein Geld ausgeben, das nicht da ist. Wären wir weniger vernünftig gewesen, stünden wir heute wie Griechenland da. Wir brauchen einen kleinen, aber effektiven Wohlfahrtsstaat. Nur so wächst der Wohlstand. Wie ist denn Deutschland reich geworden, Schweden, Finnland? Alle reichen Länder haben dynamische Marktwirtschaften. Ihre Sozialstaaten haben sie erst spät ausgebaut.“ Lächelnd fügt er hinzu: „Eure Haushaltspolitik ist ja auch nicht gerade vorbildlich. Ihr könntet viel von uns lernen.“



SILVER MEIKAR

ist ein estnischer Politiker, Menschenrechtsaktivist, Journalist und Blogger.

Er saß zwei Mal für die liberale „Estnische Reformpartei“ im Parlament. Er setzt sich für Menschenrechte in Belarus, Georgien, China, Birma und anderen Ländern ein und hat ein Buch über die Orangene Revolution in der Ukraine geschrieben. Er lebt mit seiner Frau und zwei Kindern in Tallinn.

Das ist keine Übertreibung. Estlands Schuldenstand liegt bei zehn Prozent des BIPs.

Im Zentrum der Universitätsstadt Tartu liegt die Altstadt mit der Fußgängerzone, dem Rathausplatz und dem klassizistischen Universitätsgebäude. Tartu wird durch einen breiten Fluss, den Emajogi, in zwei Hälften geteilt, an dessen Ufern sich die Menschen ins Gras legen. Überall sieht man Studenten, die lesen oder diskutieren. Tartu wird „die Stadt der guten Gedanken“ genannt.

Bevor wir uns verabschieden, frage ich Meikar nach Estlands Zukunft. „Ich glaube, wir werden noch etwas skandinavischer werden. Mit Finnland verbindet uns mehr als mit den anderen baltischen Staaten. Skandinavien – aber etwas mehr Freiheit! Das könnte unsere Zukunft sein.“ Als ich die Fähre nach Helsinki besteige, schwirrt mir diese Idee im Kopf herum: Skandinavien mit einer Extraportion Freiheit – eine schöne Vision! Die Singende Revolution ist noch nicht zu Ende. ●



MICHAEL HOLMES ist Diplom-Soziologe und freier Journalist. Er schreibt unter anderem für die *Neue Zürcher Zeitung*, *Die Welt* und *Psychologie Heute*. Holmes lebt und arbeitet in Potsdam.
holmes@gmx.net



WOLFGANG GERHARDT
Herausgeber *liberal*

„LIBERAL IST DIE
PLATTFORM FÜR FREIE,
BÜRGERLICHE
DEBATTEN ABSEITS
DES MAINSTREAMS.“

liberal bittet Freigeister wie Vince Ebert, Jan Fleischhauer, Wladimir Kaminer, Necla Kelek, Harald Martenstein, Michael Miersch, Ulf Poschardt, Terry Pratchett, Roland Tichy, Christian Ulmen und Wolfram Weimer in die Arena.

liberal ist laut Leserpost ein „intelligentes und mit spitzer Feder geschriebenes, exquisites Magazin“.

liberal verleiht der Freiheit viermal jährlich eine Stimme.

liberal wird herausgegeben von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

VIERMAL IM JAHR
liberal
DEBATTEN ZUR FREIHEIT



BESTELLUNG AN: liberal-Aboservice
Dienstleistungen COMDOK GmbH
Eifelstraße 14 • 53757 Sankt Augustin
per Fax: +49 (0) 2241/34 91 11 | per E-Mail: abo@libmag.de

Online-Bestellung: www.libmag.de oder QR-Code scannen

- ☐ Ich bestelle „liberal – Debatten zur Freiheit“ im **JAHRESABO** für 28 Euro (Inlandspreis inklusive Gratis-App, zzgl. 10 Euro Porto und Verpackung)
- ☐ Ich bestelle „liberal – Debatten zur Freiheit“ als **AKTUELLES EINZELHEFT** für 7,90 Euro (Inlandspreis, zzgl. 2,50 Euro Porto und Verpackung)

Zahlung gegen Rechnung – bitte Rechnung abwarten, keine Vorauszahlung leisten. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ablauf eines Bezugsjahres bei der oben genannten Adresse gekündigt wird. (Auslandspreise auf Anfrage)



Vorname Name

Straße Nr.

PLZ Ort

Telefon

E-Mail

Datum/Unterschrift



Es lebe der Zirkus – mit all seinen Tieren!

// TEXT // **MICHAEL MIERSCH** // ILLUSTRATIONEN // **BERND ZELLER**

Niemand braucht Opern. Fußball ist auch nicht lebensnotwendig. Und Kunstmuseen sind teurer Luxus. Also weg damit! Wer so argumentiert, hätte es ziemlich schwer in einer öffentlichen Debatte. Der Ruf nach Abschaffung des Zirkus wird jedoch immer lauter, ohne auf größeren Widerstand zu stoßen. „Zirkus braucht doch kein Mensch“, sagen seine Gegner. Tierrechtler sind entschlossen, eine traditionsreiche und lebendige Kultur zu zerstören – und alle schauen zu. Eine Kultur, die im Gegensatz zu vielen subventionierten Kunstformen und Sportarten nicht nur Minderheiten interessiert, sondern Kinder und Erwachsene aus allen Schichten bezaubert.

Niemand habe etwas gegen Akrobaten und Clowns, heißt es, es gehe doch nur um die Tiere. Doch ohne Tiere ist Zirkus kein Zirkus, sondern nur Varieté auf Sägemehl. Leider unterstützen einige Politiker die Aktionen der Aktivisten. Zirkusleute müssen dabei immer wieder Niederlagen einstecken, wie beim diesjährigen Dresdner Semperoperfest, als militante Tierrechtler den Auftritt einiger Elefanten mit ihrem Trainer durch Gewaltdrohungen verhinderten. Anträge zu einem weitgehenden Tierverbot im Zirkus schafften es bereits in den Bundesrat, wo sie bisher zum Glück

keine Mehrheit fanden. Allen voran unterstützen die Grünen Forderungen von Tierrechtsorganisationen wie Peta mit Gesetzesinitiativen und Parlamentsanfragen. Aber auch Abgeordnete anderer Parteien hängen sich an die Kampagne. Manchen lockt die Möglichkeit, sich öffentlich als sensibler Tierfreund zu präsentieren, ohne Gefahr zu laufen, relevante Wählergruppen zu verlieren. Was können die paar Hundert Zirkusleute schon ausrichten.

Ob die Politiker wissen, wem sie da den Weg bereiten? Der hartnäckige Kampf gegen Elefanten und Tiger in der Manege ist lediglich das Einfallstor für eine totalitäre Ideologie, deren Anhänger für die Abschaffung aller Tiere in Menschenobhut kämpfen. Ingrid Newkirk, Chefin von Peta, der weltweit größten und reichsten Tierrechtsorganisation, sagt es ganz offen: „Unser Ziel ist die totale Befreiung der Tiere.“ Es geht also nicht um Missstände, es geht ums Ganze. Der Zirkus soll weg!

Unbestritten gibt es auch im Zirkusmilieu schlechte Haltungsbedingungen und Quälereien – wie überall, wo Tiere von Menschen betreut werden, ob im Hühnerstall oder beim Familienhund. Wobei die Zirkusse sicherlich nicht der schlechteste Platz für Vierbeiner sind. Die über 50 Millionen Schweine, die alljährlich in Deutschland



geschlachtet werden, würden vermutlich gern ihre Lebensumstände mit denen von Zirkustieren tauschen. Missstände entdeckten Amtsveterinäre vornehmlich bei Kleinunternehmen, die ums wirtschaftliche Überleben kämpfen. Für die wenigen verbliebenen Großzirkusse ist gute Tierhaltung nach Erkenntnissen der Verhaltensforschung längst Standard. Die Unterbringung zwischen den Vorstellungen ähnelt immer mehr Zoogehegen.

Ob es den Tieren im Zirkus tatsächlich schlecht geht oder nicht, spielt für die Protestaktivisten gar keine Rolle. Peta will ausnahmslos alles verbieten, was nach dem Weltbild der Organisation Tiere ausbeutet. Dazu gehören neben Zirkussen und Zoos der Konsum von Milch und Honig, Reiten, der Besitz von Haustieren, Töten von Ungeziefer. Dass medizinische Tierversuche, jede Form landwirtschaftlicher Tierhaltung, Jagd und Fischerei abgeschafft werden sollen, versteht sich von selbst.

Aus Sicht der Peta-Vordenker ist jedes Tier gleich viel wert wie ein Mensch. „Es gibt keinen vernünftigen Grund zu glauben, dass ein menschliches Wesen besondere Rechte hat. Eine Ratte ist ein Schwein ist ein Hund ist ein Junge. Sie sind alle Säugetiere“, lautet ein anderes berühmtes Zitat von Ingrid Newkirk.

Mit den Zirkussen haben sich die Tierrechtler lediglich das schwächste Opfer herausgepickt. Wenn sie abgeschafft sind, werden als Nächstes die Zoos dran sein. Schon jetzt gibt es Initiativen, die Haltung bestimmter Wildtierarten ganz zu verbieten. Die Grünen unterstützen auch diese Forderungen.

Zoos sind für viele Menschen das wichtigste, oftmals sogar das einzige Fenster zur Tierwelt. Wo werden Kinder noch große Wildtiere betrachten können, wenn es keine Zirkusse und keine Zoos mehr gibt? Tierfilme können die Unmittelbarkeit, die körperliche Nähe, den Geruch eines Tieres nicht transportieren. Die Aktivisten reden zwar viel von Natur - doch sie fördern Naturentfremdung. ●

MICHAEL MIERSCH ist Ressortleiter Forschung bei *Focus*, Autor, Dokumentarfilmer und Mitbegründer des Autoren-Blogs *Die Achse des Guten* (www.achgut.de). Website: www.maxeiner-miersch.de
miersch@libmag.de

BERND ZELLER arbeitet als Cartoonist, Autor, Satiriker und Maler vorzugsweise in Jena. Während des Jura-Studiums hat er sich mit der rechtsstaatlichen Verfassung und der Aufklärung angefreundet.
zeller@libmag.de



Fremdkörper

Normal ist, wenn man unversehrt sein möchte. Niemand will durch Krankheit oder Unfall ein Körperteil verlieren. Wirklich niemand? Es gibt Menschen, die wünschen sich nichts sehnlicher.

// TEXT // **KATHARINA LOTTER** // ILLUSTRATIONEN // **ERNST MERHEIM**

Andreas Manok ist Rechtsanwalt, und wie einige Männer seines Alters wollte er rund um seinen 50. Geburtstag noch einmal etwas Neues machen. Manok entschied sich für Weiterbildung und studierte wieder, auf Master, Medizinrecht. In dieser Zeit entdeckte er auf der Suche nach einem Thema für seine Abschlussarbeit einen Zeitungsartikel, der ihn nicht mehr losließ: Er las darin von einem seltenen und auf den ersten Blick völlig verrückten Phänomen. Er erfuhr,

dass es Menschen gibt, die sich mit einem oder mehreren ihrer Körperteile so unwohl fühlen, dass sie diese lähmen oder gar - obwohl völlig gesund - amputieren lassen möchten, um sich danach endlich komplett fühlen zu können.

Es bedarf großer Toleranz, das nicht zunächst seltsam zu finden und ablehnend zu reagieren. Die Betroffenen wissen das, und die meisten von ihnen halten ihren Wunsch ebenfalls nicht für normal. Das macht die Sache für sie nicht leichter. Sie leiden darunter, dass ihr Bein

oder ihr Arm nicht zu ihnen gehören mag. Sie schämen sich. Haben Angst, in ihrer Andersartigkeit entdeckt zu werden. Sie ziehen sich zurück, werden oftmals depressiv. Sind sie krank? Oder verrückt? Müssen sie vor sich selbst geschützt werden?

Woher dieses Phänomen rührt und was Betroffene dagegen unternehmen könnten, liegt weitgehend im Dunkeln. Der New Yorker Psychiater Michael First klassifizierte es im Jahr 2004 als Body Integrity Identity Disorder (BIID), und

die sperrige deutsche Übersetzung „Körperintegritätsidentitätsstörung“ ist ein erster Hinweis darauf, dass BIID keineswegs einfach zu verstehen ist. Alternativ sprechen manche Betroffene und Wissenschaftler heute auch von Xenomelie, also „Fremdgliedrigkeit“. Es gibt dazu mehrere Theorien, wenige Nachweise und deshalb für die Forschung noch viel zu tun. Der Züricher Neuropsychologe Peter Brugger untersuchte die Struktur der Hirnrinde von 13 betroffenen Männern und stellte dabei zwar strukturelle Veränderungen fest. Doch können, so schränkt er ein, diese Veränderungen sowohl Ursache als auch Auswirkung der Sehnsucht nach einer Amputation sein: „Wenn etwas subjektiv sehr wichtig ist für eine Person, dann kann das auch objektiv messbare Veränderungen im Gehirn verursachen“.

Michael First aber hatte schon zuvor in einer Studie 52 Betroffene befragt und war dabei zu dem Ergebnis gekommen, dass keiner von ihnen an einer psychotischen Störung litt. In deutschen Untersuchungen konnten auch psychiatrische Störungen als Ursache für die Sehnsucht nach einer Amputation oder Lähmung ausgeschlossen werden. Und doch gibt es andererseits Fälle, in denen sich der Amputationswunsch verlagert oder verändert.

Oft beschreiben Betroffene auch ein Schlüsselerlebnis, durch das ihr Wunsch ausgelöst wurde. Manche können zentimetergenau angeben, was an ihrem Körper zu ihnen gehört und was nicht.

Bei anderen variiert diese Angabe. Manok wurde neugierig.

Denn bei genauerer Betrachtung steckte in dieser Geschichte eine Vielzahl von spannenden juristischen Themen – ideal für seine Abschlussarbeit. Wären Amputationen in solchen Fällen strafbar? Gibt es vielleicht einen juristischen Ausweg für die Betroffenen?

In seiner Abhandlung über „Die Zulässigkeit von Amputationen gesunder Gliedmaßen aus rechtlicher Sicht“ spielt besonders der §228 des Strafgesetzbuches (StGB) eine wichtige Rolle: Er besagt, dass Körperverletzungen zwar strafbar sind, aber nicht, wenn der Betroffene eingewilligt hat – es sei denn, die Tat verstößt trotz der Einwilligung gegen die guten Sitten. Und dieser Halbsatz, der „Verstoß gegen die guten Sitten“, macht aus einem medizinischen Randphänomen eine Frage, die auch Nicht-Betroffene, Nicht-Mediziner und Nicht-Juristen etwas angeht. Denn was „die guten Sitten“ sind, das definieren wir alle. Und wir müssen uns damit zwangsläufig die Frage stellen: Wie weit darf Selbstbestimmung gehen?

Die „guten Sitten“ sind für Juristen das, was dem „Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden“ entspricht. Manok gibt zu bedenken, dass diese Definition einem Zirkelschluss gleichkommt und deshalb zu fragwürdigen Ergebnissen führen könnte: „Wer vom ‚Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden‘ spricht, wenn er den Begriff der ‚guten Sitten‘ mit Leben füllen will, der öffnet damit allgemeinen morali-

schen und gesinnungsethischen Wertvorstellungen Tür und Tor. Die haben gerade bei einer strafrechtlichen Beurteilung aber aus gutem Grund außen vor zu bleiben. Hier sind die ‚guten Sitten‘ auf ihren rechtlichen Kern zu beschränken.“

Manok startete deshalb keine Meinungsumfrage, um herauszufinden, ob „die guten Sitten“ und freiwillige Amputationen zusammenpassen könnten, sondern machte sich auf die Suche nach vergleichbaren Urteilen. In der Sammlung des Bundesgerichtshofs wurde er fündig: Dieser hatte im Zusammenhang mit Sadomasochismus bereits zum Thema Sittenwidrigkeit bei Körperverletzungen mit Einwilligung entschieden: Die sexuelle Komponente der Körperverletzung allein reiche für eine Sittenwidrigkeit nicht aus. Sie könnte aber dann erfüllt sein, wenn der Betroffene „in konkrete Todesgefahr“ gerate. Im Klartext: Selbst wenn die Mehrheit der Bevölkerung sexuell motivierte Körperverletzungen unsittlich findet – solange der Betroffene damit einverstanden ist und dabei nicht in Todesgefahr gerät, ist dies kein Fall fürs Strafgesetzbuch. Der Freiheit des Einzelnen wurde in dieser Entscheidung mehr Gewicht gegeben als dem, was andere für richtig halten.

Übertragen auf freiwillige Amputationen schließt Manok daraus, dass diese von einem Gericht nicht zwangsläufig als sittenwidrig – und damit strafbar – angesehen werden müssten, wenn sie, nachdem alle anderen Therapieversuche gescheitert sind,

Sind sie krank? Müssen sie vor sich selbst geschützt werden?

Die Grenzen meines Körpers sind die Grenzen meines Ichs.

ordnungsgemäß durchgeführt würden – denn dann wäre eine Todesgefahr für den Betroffenen ausgeschlossen. Aber unumstritten sei diese Meinung nicht, räumt er ein. Und dass es eben einen Präzedenzfall bräuchte, in dem ein Arzt mitsamt seinem Team und auch seiner Klinik das Risiko einginge, verurteilt zu werden, um Klarheit zu schaffen.

Praktisch hat BIID für ihn und seine Kanzlei keine Relevanz, denn in Deutschland gibt es diese Ärzte nicht. Doch auch nachdem er seine Abschlussarbeit publiziert hatte, blieb er am Thema interessiert. Auf einem Fachkongress lernte er Betroffene kennen, und was für den Anwalt in erster Linie ein interessantes juristisches Problem gewesen war, das ihn intellektuell forderte, ist für andere eine lebensbestimmende Angelegenheit. Denn sie leiden tagtäglich, ohne Aussicht auf Abhilfe, und viele von ihnen leiden still.

Manche versuchen, eine entsprechende Behinderung zu simulieren, um so das erwünschte Körpergefühl zu erreichen. Es gibt auch Betroffene, die trotz Therapie so sehr unter Druck stehen, dass sie sich selbst verletzen oder Unfälle inszenieren, um auf diesem Umweg eine Amputation zu erwirken. Andere nehmen viel Geld in die Hand und reisen ins Ausland. Zu ihnen gehörte Manoks Gesprächspartner beim Abendessen des ersten Kongresstages. Wie und wo er sich operieren ließ, das verriet er nicht. Nicht einmal seine Ehefrau wisse, dass diese Amputation nicht die Folge einer Verletzung und einer unheilbaren

Entzündung, sondern intendiert gewesen war. Und dennoch, so sagte er, bereue er eigentlich nur eines: dass er so lange gewartet habe. Denn jetzt fühle er sich endlich nicht mehr krank.



Martin L. (Name von der Redaktion geändert) saß an diesem Abend an einem Nebentisch, auch er im Rollstuhl. Sein Weg, mit BIID umzugehen, war trotzdem ein anderer. Martin ist Ende 50, ledig, Theologe. Er arbeitet in der Erwachsenenbildung, liebt Modelleisenbahnen, kocht und fotografiert gern und bezeichnet sich selbst als Menschen, der gut mit anderen umgehen kann. Um seine Identität zu schützen, vermittelt der Psychologe Prof. Erich Kasten einen schriftlichen Kontakt zu ihm, gibt Fragen und Antworten weiter.

Martin schreibt, dass er als Jugendlicher auch öfter an Amputation gedacht habe. Eine schwere Krankheit im engsten Familienkreis aber hielt ihn davon ab, seinen Eltern davon zu erzählen. „Ich konnte sie nicht auch noch mit meinem Lebensproblem belasten. Ich habe mir

bis zu meinem 56. Lebensjahr öfter gewünscht: Wenn die Beine nur einfach weg wären. Bis zu ihrem Tod haben meine Eltern nie davon erfahren.“ Auch andere sollten nichts wissen und Martin wurde immer einsamer. Er versuchte, sich durch Arbeit abzulenken, bis hin zur totalen Überlastung, die ihn letztlich sogar in eine psychiatrische Klinik brachte. Die Xenomelie, seine ständige Begleiterin seit frühester Kindheit, beschreibt er als „Inkongruenzgefühl“, also eine fehlende Übereinstimmung von innerem Körpergefühl und äußerem Erscheinungsbild. Es geht nicht darum, behindert und damit „besonders“ zu sein oder bemitleidet zu werden. Seine Beine sind, bis in die Leistengegend, einfach „nicht auf der Landkarte seines Gehirns“ eingetragen.

Seit drei Jahren lebt Martin nun permanent im Rollstuhl. Seine Beine sind so schwach geworden, dass für ihn ein Gehen ohne Hilfe nicht mehr möglich ist. Deshalb und durch die Verwendung von Orthesen und entsprechendem Schuhwerk sind sie zur Ruhe gekommen. Er spürt sie weniger, und den Druck, sie loszuwerden, konnte er dadurch deutlich mindern. „Anders“, schreibt Martin, „hätte ich es nicht mehr ausgehalten.“

In seinem Beruf kann er weiterarbeiten. Sein Arbeitgeber wisse Bescheid und unterstütze ihn. „Im Kampf mit der Krankenkasse hat er sich sehr stark eingesetzt, nachdem diese mir selbst ganz normale Arztbesuche nicht mehr bezahlen wollte.“ Sogar die Übernahme der Kosten für die Erstellung eines

ausführlichen Krankenberichts habe die Kasse verweigert, obwohl sie diesen selbst angefordert hatte. „Die Beiträge wurden aber trotzdem weiterhin jeden Monat eingestrichen.“ Doch BIID ist keine offiziell anerkannte Krankheit und damit, so die Argumentation der Kasse, Martins „Privatsache“.

Seine Rollstühle, die Anpassung seines Pkw, der Einbau eines Treppenlifts - all das hat Martin selbst bezahlt. In seiner Wohnung kommt er gut alleine zurecht. Für die wenigen Dinge im Alltag, bei denen er Hilfe braucht, hat er eine Teilzeitkraft angestellt. Trotz seiner großen körperlichen Einschränkungen ist das Leben für ihn heute viel leichter. Viele seiner Verwandten und Freunde erleben ihn als ausgeglichener und spüren, dass er innerlich freier geworden ist. „Mir war klar“, schreibt Martin, „dass andere mich nur verstehen können, wenn ich ihnen mithilfe von schriftlichen Materialien beziehungsweise einer BIID-Beratungsseite Zugänge zu dem sehr, sehr seltenen Phänomen verschaffen kann. Heute werde ich sogar von ihnen darauf aufmerksam gemacht, wenn sie neue Informationen zu dem Thema finden.“

Unterstützung erfuhr er auch durch eine Selbsthilfegruppe im Internet, die von dem Kieler Psychologen Erich Kasten betreut wird und in der sich Betroffene über BIID, neueste Forschungsergebnisse, ihren Alltag und ihre Sehnsüchte austauschen und in einem geschützten Raum erfahren können, dass sie weder verrückt noch allein sind. Martin schreibt, dass es regelrecht lebensrettend wirke, Betroffene mit viel Verständnis aus der oft jahrzehntelangen Isolation herauszuhelfen.

Um ihm und allen anderen von BIID betroffenen Menschen besser helfen zu können, wäre es hilfreich, wenn das Phänomen als Krankheit anerkannt würde. Dann könnten nicht nur Thera-

pien entwickelt, angerechnet und von den Kassen bezahlt werden. Dann wäre vielleicht sogar eine legale Amputation in Deutschland denkbar, ebenso wie heute nach vielen Jahren Kampf in sehr engen Grenzen auch Geschlechtsumwandlungen möglich geworden sind. „Dazu müsste BIID aber in Klassifikationssysteme wie das ‚Diagnostic and Statistical Manual of Mental Disorders‘ (DSM) der American Psychiatric Association oder die ‚International Statistical Classification of Diseases and Related Health Problems‘ (ICD) der Weltgesundheitsorganisation WHO aufgenommen werden“, erklärt Erich Kasten und fügt hinzu: „Bislang ist uns das leider nicht gelungen.“

Das ist die eine Seite, die bürokratische. Auf der anderen Seite steht die Einsicht, die wir dem österreichischen Schriftsteller Jean Améry verdanken. Dessen Antwort auf die Frage nach der Selbstbestimmung ging über das, was BIID-Betroffene sich wünschen, noch weit hinaus. Der Holocaustüberlebende sah in der totalen Selbstbestimmung über den eigenen Körper bis hin zum Freitod ein unverbrüchliches Freiheitsrecht. In seiner Essaysammlung „Jenseits von Schuld und Sühne: Bewältigungsversuche eines Überwältigten“ schrieb er: „Die Grenzen meines Körpers sind die Grenzen meines Ichs. Die Hautoberfläche schließt mich ab gegen die fremde Welt: auf ihr darf ich, wenn ich Vertrauen haben soll, nur zu spüren bekommen, was ich spüren will.“ Das Recht, etwas nicht mehr spüren und nicht mehr als Teil seines Ichs behandeln zu müssen, schließt das wohl mit ein. ●



KATHARINA LOTTER, Diplom-Wirtschaftsjuristin (FH) und freie Journalistin, erkannte während der Recherche, wie wichtig der Einklang von innerem Körpergefühl und äußerem Erscheinungsbild für die Identität eines Menschen ist.
post@katharina-lotter.de



Psychisch krank?

Wer zum ersten Mal davon hört, dass sich jemand ein gesundes Körperteil amputieren lassen möchte, denkt zunächst an eine psychische Krankheit als Ursache. Studien haben jedoch gezeigt, dass keiner der von BIID betroffenen Menschen wahnhafte Züge oder andere psychiatrische Störungen aufweist. Im Gegensatz zu Menschen, die sich beispielsweise während eines akuten schizophrenen Schubs verletzen, wägen BIID-Betroffene ganz rational und über Jahre hinweg das Für und Wider ihres Wunsches ab. Im Gegensatz zu Psychotikern ist ihnen auch bewusst, dass ihr Wunsch nicht normal ist. Sie können ihn aber nicht abschütteln, und dieser Widerspruch führt oft zu Verzweiflung, Isolation und Depressionen. Alle Studien zeigen, dass der Wunsch nach Amputation schon in der Kindheit vorhanden war und sich im Lauf des Lebens phasenweise weiter verstärkt.

An wen können sich Betroffene und Interessierte wenden?

2008 gründete der Kieler Psychologe Prof. Erich Kasten eine überregionale deutschsprachige BIID-Kommission zur Erforschung und Entwicklung von Leitlinien für die Diagnose und Therapie von BIID. In Zusammenarbeit mit Betroffenen wurde dabei auch ein Internetforum gegründet.

Unter www.biid-dach.org können sich Betroffene austauschen und Angehörige und Fachleute über das Phänomen BIID informieren. Derzeit hat das Forum mehr als 200 aktive Mitglieder.

Das böse Wort mit „L“

Schauspieler und Künstler gelten mehrheitlich als links, Journalisten sind es – wie Studien belegen – und Kabarettisten auch. Liberale meint man gemeinhin unter Rechtsanwälten und Ärzten zu finden, aber nicht unter den vorgenannten Berufsgruppen. Deshalb ist es etwas Besonderes, wenn sich ein Kabarettist zum Liberalismus bekennt. **Vince Ebert** hat dies mit dem Text „Das böse Wort mit ‚L‘“ in der *Welt* getan, die Leser von www.freiheit.org wählten ihn dafür im März zum „Autor des Monats“.

Gibt es in Deutschland liberale Kabarettisten? Immerhin sind wir die Zahnärzte der Künstlerbranche. Wir sind selbstständig, besserverdienend und machen unser Geld mit dem Mundwerk. Dennoch verteufeln viele meiner Kollegen konsequent die Marktwirtschaft und bezeichnen sich lieber als links. Die linkesten unter ihnen verdienen sogar richtig viel Geld, indem sie ihrem Publikum jeden Abend erzählen, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht. Neulich erst saß ich nach einer TV-Aufzeichnung mit einem Kollegen zusammen und habe ihn gefragt: „Was würdest du eigentlich tun, wenn du im Jahr eine Million zur Verfügung hättest?“. Und er antwortete mir: „Ich müsste mich sehr einschränken ...“.

Der Begriff „liberal“ hat unter uns Kulturschaffenden einen eher halbseidenen Touch. Gleichbedeutend mit asozial, rücksichtslos und egoistisch. „Liberal“ sind Guido Westerwelle, Hotelsteuer-Privilegien und Porsche fahrende Juristengattinnen in Gucci-Kostümchen. Auch in großen Teilen der Bevölkerung gilt der liberale Grundge-

danke als nicht besonders sexy. Freiheit ist nicht so wichtig. Hauptsache, der Müll ist ordentlich getrennt. Meine Nachbarin schneidet sogar ihre alten Tetrapacks auf und stellt sie in den Geschirrspüler, bevor sie sie in die Wertstofftonne wirft. Nicht zu fassen, aber meine Nachbarin wäscht ihren Müll! Irgendwie kann es kein Zufall sein, dass sich „Dosenpfand“ auf „Vaterland“ reimt. Kommt ja sogar in unserer Hymne vor: „... ist des Glückes Unterpfand!“.

Vielleicht liegt's ja an unserer Geschichte. Deutschland war jahrhundertlang ein sehr instabiles Gebiet aus vielen Kleinstaaten. Das Land war an mehreren Grenzen offen, verwundbar und nie abschließend definiert. Und wer fast ein Jahrtausend keine sicheren Grenzen hat, erhebt eben nicht die Freiheit, sondern Sicherheit und die bekannten preußischen Tugenden Gehorsam, Pflichtbewusstsein und Unterordnung zum Leitprinzip. Daher sind wir wahrscheinlich so versessen auf Richtlinien und Paragraphen. „Was halten Sie vom Gravitationsgesetz?“ „Auf jeden Fall beibehalten!“ Alles ist penibel geregelt. In einer Informati-

onsbroschüre des Lehrerverbandes Hessen las ich einmal: „Besteht ein Personalrat aus einer Person, erübrigt sich die Trennung nach Geschlechtern.“

Das politisch Korrekte steckt in uns Deutschen anscheinend drin

In Berlin gibt es einen Senatsbeschluss, nach dem neue Straßen nur nach weiblichen Personen benannt werden dürfen, damit sich die Frauen nicht diskriminiert fühlen. Und man fragt sich: Was machen die bei Sackgassen? In Tiefgaragen haben Frauen inzwischen sogar eigene Parkplätze, damit männliche Lustmörder nicht so ziellos durch die Gegend irren müssen. Wir sind stolz auf unsere Demokratie, doch der Geist der Freiheit ist uns suspekt. In Wahrheit jedoch bedeutet die bloße Tatsache, dass der Wille des Volkes in einer freien Wahl zum Ausdruck kommt, nicht sehr viel. Im Grunde genommen bedeutet Demokratie lediglich, dass zehn Füchse und ein Hase darüber abstimmen können, was es zum Abendessen gibt. Freiheit dagegen bedeutet,



ZUR PERSON

VINCE EBERT ist noch bis Mitte September mit seinem Programm „Freiheit ist alles“ in ganz Deutschland unterwegs (unter anderem auf einigen ostfriesischen Inseln). Am 19. September findet in Frankfurt am Main die Premiere der neuen Tour „Evolution“ statt. Weitere Infos, auch über seine Bücher, CDs und DVDs, unter vince-ebert.de.

Mehr zu den Autoren der Freiheit unter autoren.freiheit.org

wenn der Hase mit einer Schrotflinte die Wahl anfechten kann.

Das entscheidende Element unserer abendländischen Kultur ist nicht unbedingt die Mitbestimmung, sondern die Selbstbestimmung. Die Idee, dass jeder Mensch ein individuelles Wesen darstellt, das sich vollkommen frei entfalten darf. Der Philosoph John Locke nannte diese Idee „Selfownership“. Das Eigentum an mir selbst. Ein Gedanke, der nicht einmal 300 Jahre alt ist und während der Aufklärung entstand: Du darfst alles tun, was andere als vollkommen idiotisch ansehen, solange du damit keinen schädigst. Oder wie Kant es etwas intellektueller formuliert hat: Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen - auch dann, wenn du keinen hast.

Der englische Philosoph und Ökonom John Stuart Mill hat 1859 in seiner berühmten Schrift „On Liberty“ erstmals die Freiheit propagiert, seinen eigenen, persönlichen Lebensplan zu entwerfen, indem er Kategorien einführte wie „Freiheit des Geschmacks“ oder „Freiheit der Gefühle“. Ein Freiheitsbegriff, der bis dato noch vollkommen unbe-

kannt war und den wir inzwischen alle wie selbstverständlich in Anspruch nehmen. Wir genießen den Luxus, in einer der liberalsten Gesellschaften der Welt zu leben, aber trauen uns nicht so recht, dazu zu stehen.

Oft wundere ich mich darüber, wie staatsgläubig wir sind

Und wie tief verwurzelt der Glaube ist, der Staat müsse für einen Großteil unserer Annehmlichkeiten sorgen. Wir stellen uns auf Bahnhöfen bereitwillig in gelb umrandete Quadrate, damit sich beim Rauchen die Giftstoffe nicht mit der Umgebungsluft vermischen. Wir kaufen Energiesparlampen, weil uns die EU sagt, damit könne man die Erderwärmung aufhalten, oder glauben, dass ein staatliches Elterngeld junge Akademikerinnen motiviert, mehr Kinder zu bekommen. Wir fordern kantige Politiker, die uns endlich mal reinen Wein einschenken. Und wählen dann doch wieder die, die uns absurde Rentenmärchen erzählen.

Wir leben in einer Gesellschaft, in der zwei Männer Hand in Hand durch die Stadt

laufen können, ohne am nächsten Baukran aufgeknüpft zu werden. Jeder in diesem Land hat die Freiheit, eine Herrenboutique in Wuppertal zu eröffnen. Oder einen Swingerclub in Oberammergau. Sie dürfen sogar ein Flugblatt mit der Aufschrift „Die FDP ist doof“ drucken, ohne fürchten zu müssen, nachts von der Geheimpolizei abgeholt zu werden. All diese Freiheiten haben wir dem Liberalismus zu verdanken. Wir nehmen sie in Anspruch, aber tun gleichzeitig den liberalen Gedanken als ein Luxusspielzeug von verwöhnten Juristensöhnchen ab. In Wirklichkeit ist es der Liberalismus, der uns von Ländern wie Saudi-Arabien unterscheidet, wo Frauen keinen Führerschein machen dürfen.

Lange Zeit habe ich meine liberale Grundeinstellung für mich behalten. Inzwischen sage ich offen: „Ich bin ein klassischer Liberaler!“ Auch wenn ich mir deswegen oft mitleidige, verständnislose oder sogar beleidigende Bemerkungen anhören muss.

Denn ich bin stolz auf meine liberale Grundeinstellung. Ob das jetzt der FDP gefällt oder nicht. ●

Fühlende Städte

Metropolen sind wie Organismen. Und wer sie sinnvoll steuern und verändern will, muss ihren Pulsschlag kennen. Ein dichtes Netzwerk aus Sensoren und intelligenten Apps soll der Stadt von morgen ein für Menschen lesbares Nervensystem verpassen. // TEXT // **STEFFAN HEUER**

Gebäude sind für Carlo Ratti eher Nebensache, wenn er von der idealen Stadt spricht. Der Architekt, Ingenieur und Computerwissenschaftler leitet das Senseable City Lab am renommierten Massachusetts Institute of Technology (MIT) und sieht Städte deshalb als Körper, durch den Ströme pulsieren, die sich ändern wie die Blut- und Nervenbahnen in einem Lebewesen: je nach Uhrzeit, Wochentag, Jahreszeit oder Wetterlage einmal mehr und einmal weniger Verkehr, Starts und Landungen, Ebbe und Flut bei der Seefracht, Spitzen bei Strom- und Wassernachfrage und wilde Ausschläge beim Mobilfunk. „Das sind alles wertvolle Daten, die man messen kann und messen sollte, um eine Stadt besser zu begreifen“, sagt Ratti über sein Verständnis der instrumentierten Urbanität.

Diese Juli-Woche ist er gerade aus Singapur nach Berlin eingeflogen. In der asiatischen Metropole hat Ratti eines seiner bislang ehrgeizigsten Vorhaben namens LIVE Singapore! eingerichtet, um den Puls der Fünfmillionenstadt in Echtzeit zu erfassen, auszuwerten und nicht nur für Entscheider, sondern für die gesamte Bevölkerung sichtbar zu machen. In der deutschen

Hauptstadt präsentiert er einen Monat lang die urbanen Forschungsvorhaben seines weltweit beachteten Labors, die von Spanien über Dänemark bis Brasilien reichen.

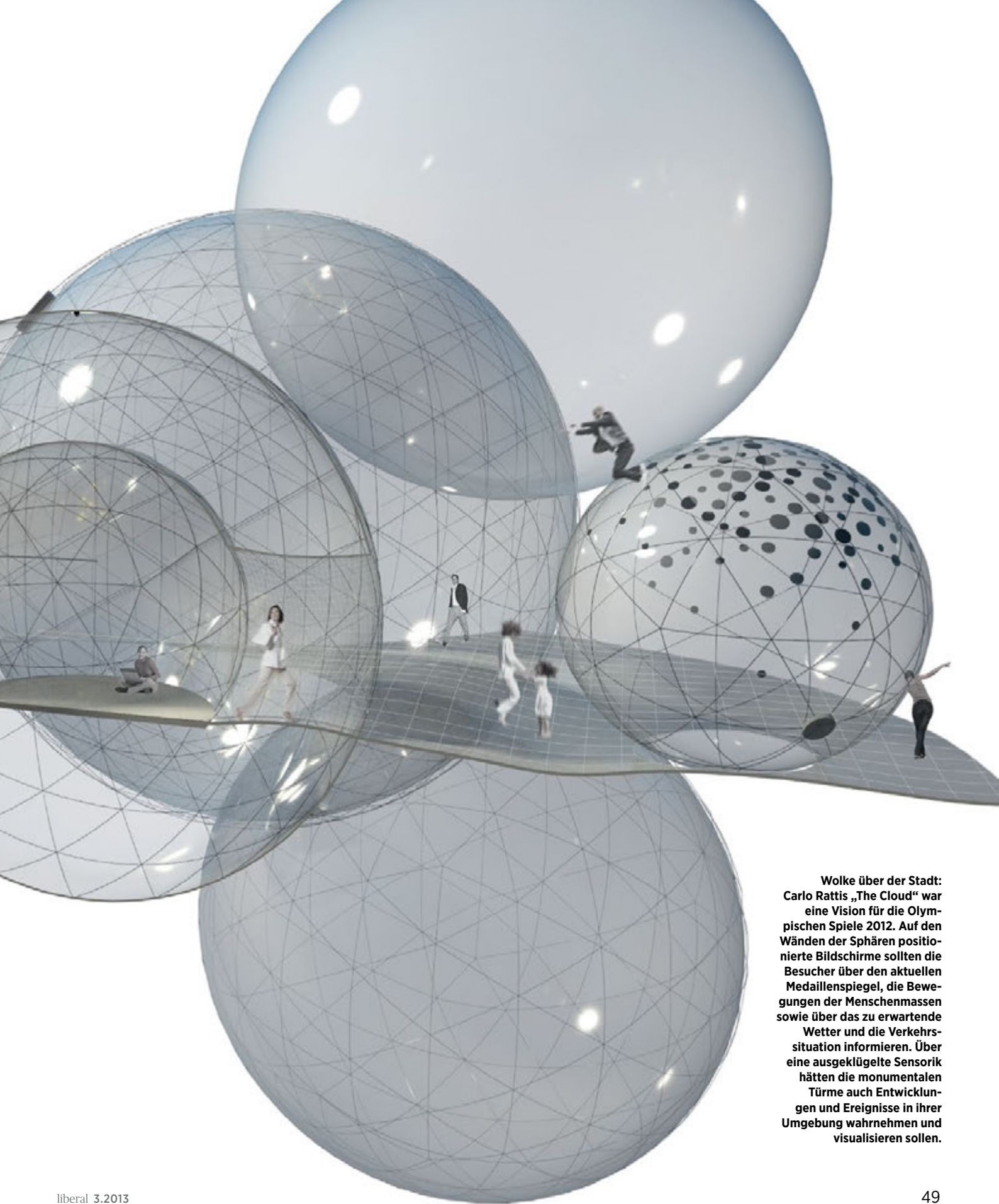
„Keine Stadt ist dafür zu groß oder zu klein. Überall werden nützliche Daten generiert, mit denen man die Lebensqualität verbessern kann“, sagt Ratti und streckt die vom Jetlag schweren Beine in einem grünen Hinterhof im Prenzlauer Berg aus, während auf dem Podium des Guggenheim Labs hinter ihm ein Kollege über die Verfolgung von Stadtmüll mittels kleiner Funksender berichtet. „Letztlich geht es bei der fühlenden Stadt um Transparenz von der Basis, nicht um eine von oben verordnete Erfassung und Kontrolle. Jedes Stadtviertel kann für sich entscheiden, welche Daten wichtig sind, welche Anwendungen es auf der Basis dieser Angaben bauen will und welche Handlungen sich daraus ableiten.“

Die Unmengen an Alltagsdaten, erklärt der gebürtige Mailänder, machen die Stadt von morgen zu einem großen, unendlich konfigurierbaren Rechner. Alle Anwendungen, die diese Daten im zweiten Schritt verwenden und aufbereiten, formen eine Art urbanes Betriebssystem. „Uns geht es nur am Anfang darum, was man alles mes-

sen und daraus bauen kann“, sagt der MIT-Forscher. Wenn nicht nur Politiker oder Stadtbetriebe Zugriff auf die Daten haben, schiebt er nach und kickt die schwarzen Prada-Sandalen von den Füßen, sondern jeder Bürger und interessierte Programmierer, dann entsteht kleinteilige und flexible Planung, die sich am Pulsschlag eines lebendigen Organismus ausrichtet.

Moderne Städte sind nicht irgendein Organismus, sondern die vorherrschende Siedlungsform des 21. Jahrhunderts. Im Jahr 2008 lebte nach Berechnungen der Vereinten Nationen zum ersten Mal die Mehrheit der Menschheit - oder 3,3 Milliarden - in einer Stadt. Bis 2030 wird das Stadtleben sogar fünf Milliarden Menschen in seinen Bann ziehen. Nach Schätzungen des McKinsey Global Institute werden alleine in





Wolke über der Stadt:
Carlo Ratti's „The Cloud“ war eine Vision für die Olympischen Spiele 2012. Auf den Wänden der Sphären positionierte Bildschirme sollten die Besucher über den aktuellen Medaillenspiegel, die Bewegungen der Menschenmassen sowie über das zu erwartende Wetter und die Verkehrssituation informieren. Über eine ausgeklügelte Sensorik hätten die monumentalen Türme auch Entwicklungen und Ereignisse in ihrer Umgebung wahrnehmen und visualisieren sollen.

China bis 2030 eine Milliarde Menschen in mehr als 220 Millionenstädten wohnen. Dieser Trend wirft ebenso viele Planungsfragen auf, wie er Chancen zum besseren Verständnis bietet.

Ratti war einer der ersten Forscher, die sich die Terabytes an Livedaten genauer ansahen, welche die Infrastruktur und Bewohner jeder Stadt tagtäglich erzeugen, aber keineswegs der einzige. Akademiker, Informatiker und andere Experten in aller Welt sehen die Idee der instrumentierten Metropole inzwischen als Alternative und Gegenbewegung zur alten, zentral geplanten Stadtpolitik. Noch wird meist nur punktuell beobachtet und dann werden Großprojekte aufgelegt, die vielfach an den Bedürfnissen von Bürgern und anderen Stakeholdern vorbeigehen. Nicht ohne Grund regt sich oft Widerstand, oder es fehlt an Geld und am Platz für Häuser, Straßen, Trassen.

Die fühlende Stadt hingegen hört sich selber zu, erhebt ständig Daten und speist sie in Vorhaben beliebiger Größe ein: etwa wie viele Fußgänger eine bestimmte Kreuzung zu welchen Tageszeiten frequentieren und was das für die Verkehrsführung bedeutet; welche Engpässe es nach Großereignissen gibt; wo in einer schnell wachsenden Stadt neuralgische Punkte entstehen, wenn es um Wohnraum, Lärmbelästigung oder Wasser und Abwasser geht.

Wer in solchen Fragen die verlässlichsten Daten am schnellsten hat, kann am besten reagieren. „Viele Politiker und IT-Firmen betrachten unsere Arbeit als eine Art Vorbereitung für ein modernes Kontrollzentrum, bei dem ein paar Leute überwachen, was in ihrer Stadt passiert. Aber unsere Vision geht stattdessen von einer Vielzahl von Armaturenbrettern aus“, erklärt der Akademiker. „Daten, die allen offenstehen und aus denen man mit allen möglichen Apps je nach Fragestellung Sinn erzeugen kann. Das ist zutiefst demokratisch und befreiend.“

Rattis Stadtpläne bestehen denn auch nicht aus Häusern oder Straßen, sondern sind spontane kartografische Gebilde, bei denen Hunderttausende von Bürgern und



PROFESSOR CARLO RATTI

ist Direktor des Senseable City Lab am MIT. Der 41-jährige Ingenieur und Architekt gilt als einer der weltweit führenden Experten für Sensortechnologie. Ratti ist Mitautor von über 200 Publikationen, Inhaber mehrerer Patente und Mitglied im Global Agenda Council für Stadtmanagement des Weltwirtschaftsforums.

zunehmend autonome Sensoren die Feder führen. So entstehen Gebirge aus Handyanrufen und SMS-Nachrichten; rote Spuren, die GPS-Sender von chronisch verspäteten Buslinien zeichnen; oder dunkle Rußflecken, die Hunderte von Mietfahrrädern messen, während ihre Kunden durch eine Stadt radeln.

Hinter den Projekten des Senseable City Labs und anderer Stadtforscher steht die fundamentale Erkenntnis, dass Menschen, ihre Aktivitäten und ihre sozialen Netzwerke die Stadtpläne der Zukunft zeichnen. Einer der Vordenker ist der britische Physiker Geoffrey West, der am Santa Fe Institute in New Mexico arbeitet. Er wertete die Daten von mehreren Hundert Städten in aller Welt aus und stellte erstaunliche Gemeinsamkeiten fest, die dem universalen Wachstum der Natur nicht nur ähneln, sondern es sogar noch übertreffen.

„Das Leben wird in allen Größenordnungen - von Zellbestandteilen über Maus und Elefant bis zu gesamten Ökosystemen - durch Netzwerke am Leben erhalten, die

Energie, Ressourcen und Informationen verteilen. Städte sind auch nichts anderes als Netzwerke, die Energie, Ressourcen und Informationen verarbeiten, um zu überleben und sich zu vermehren“, erklärt West.

Mit einem gewaltigen Unterschied zur Natur: Wenn sich eine Stadt in der Größe verdoppelt, wird sie nicht langsamer, sondern um durchschnittlich 15 Prozent schneller, kreativer und effizienter. Das Geheimnis dieses sogenannten „superlinearen Wachstums“ hat West im Beziehungsgeflecht der Bewohner ausgemacht, nicht in den von Experten geplanten Kilometern an Stromleitungen oder U-Bahnlinien. Die Analysen von West und seinem Kollegen Louis Bettencourt sollten traditionellen Politikern und Stadtplanern zu denken geben.

„Die meisten charakteristischen Merkmale einer Stadt werden durch Network-Effekte bestimmt, nicht durch Architekten oder Politiker. Erfolgreiche Städte verbessern den sozialen Austausch - das Stimmengewirr, die Betriebsamkeit, wenn Menschen und Ideen frei zirkulieren“, sagt West. Traditionelle Infrastruktur aus Stein und Eisen sei ohne Frage wichtig, aber verglichen mit den Einwohnern zweitrangig: „Die sichtbaren Netzwerke in einer Stadt sind nur eine Repräsentation unserer sozialen Netzwerke.“

Um diese Hypothesen mit möglichst vielen wie lebensnahen Datensätzen zu testen, haben West und Ratti gemeinsam anonymisierte Telekomdaten in Großbritannien und Portugal ausgewertet. Ihr Fazit: Menschen verhalten sich auch in Großstädten wie in einem Dorf und pflegen einen kleinen Kreis enger Kontakte. Aber diese Gruppe befindet sich in einer Metropole im Fluss und gewinnt neue Gesichter ebenso schnell hinzu, wie sie wieder welche verliert. Mit anderen Worten: Das Dorf in der Großstadt erneuert sich beständig von selbst und gewinnt so einen Wettbewerbsvorsprung gegenüber kleinen, stabileren Siedlungen.

Das Leben im Fluss ist auch für Dietmar Offenhuber ein zentraler Forschungsansatz. Der aus Österreich stammende Architekt betreute im Senseable City Lab das Trash-

Track-Projekt, bei dem 3.000 Stück Hausmüll aus Seattle mittels Sensoren ein halbes Jahr lang quer durch die gesamten USA verfolgt wurden. „Wir neigen zu dem Gedanken, dass unsere Infrastruktur in den vergangenen 20 Jahren unsichtbar wurde. Aber das Gegenteil ist der Fall“, erklärt der MIT-Forscher. „Heute gibt es die Daten und die Werkzeuge, damit Bürger ihre eigene Infrastruktur organisieren können, um Entscheidungsträger zu kontrollieren oder zu beeinflussen.“

Damit diese Form der datengestützten, schnellen Partizipation an Stadtleben und Stadtplanung funktionieren kann, müssen neue Werkzeuge entwickelt werden, die Millionen von Datensätzen in verständliche Grafiken umwandeln und Bürger einladen mitzutun, erklärt Offenhuber seine gegenwärtigen Projekte, etwa mit den Kooperativen privater Müllsammler in São Paulo. Für sie liegen Smartphone-Apps in weiter Ferne,

aber sie verfügen über unausgesprochenes Wissen über das Funktionieren der Millionenstadt bis in kleinste Verästelungen hinein, das enorm wertvoll sein kann, wenn es sich nur erfassen und sichtbar machen lässt.

Sobald Bürger aktuelle Entwicklungen in ihrer Stadt sehen, etwa auf einem Smartphone oder einem Monitor auf der Straße, können sie kleinteilige Entscheidungen treffen, die Einfluss auf das Ganze haben. So arbeitet Rattis Team derzeit an einem Experiment für dynamisch zugewiesene Parkplätze namens Parcupine, bei dem Anwohner entscheiden, welchen Verkehrsteilnehmern ein Straßenabschnitt zur Verfügung steht, etwa als Parkplätze für Pkw, Carsharing-Fahrzeuge oder Fahrräder.

Nur vor einem warnt der Großstadtneurologe: eine Fülle an Networks und Sensoren, gepaart mit neuester Software, mit einer dynamischen Messung des urbanen Pulsschlags zu verwechseln. Die korea-

nische Retortenstadt New Songdo etwa, von einem Immobilienentwickler aus den USA für rund 35 Milliarden Dollar aus dem Boden gestampft, ist wie kaum eine andere Siedlung mit Breitbandnetzen, Telepräsenzsyste-men und allen erdenklichen Sensoren bestückt, zumeist aus dem Hause Cisco Systems. Sie wird oft als Prototyp der Smart City gepriesen. „In Songdo wird Technologie kosmetisch eingesetzt“, sagt Ratti. „Ein Neubaugebiet aus vernetzten Hochhäusern verändert weder Architektur noch Struktur der Stadt von morgen. Die spannendsten Entwicklungen zu Smart Cities entstehen an der Basis und sprudeln empor.“ ●



STEFFAN HEUER beobachtet als Korrespondent des Wirtschaftsmagazins *brandeins* Technologie und Innovation im Silicon Valley. Für diese Recherche folgte er MIT-Professor Carlo Ratti elektronisch um die Welt, bevor er ihn in Berlin traf.
redaktion@libmag.de



LIEBE VOR GERICHT

„Wenn ein Mann seinem Genossen beiwohnt, man es ihm beweist und ihn überführt, so soll man ihm beiwohnen und ihn zu einem Verschnittenen machen“, heißt es in Paragraf 20 des mittelassyrischen Gesetzes. Und wie vor über 3.000 Jahren steht **Homosexualität** noch heute in zahlreichen Ländern der Welt unter Strafe.

Todesstrafe ■

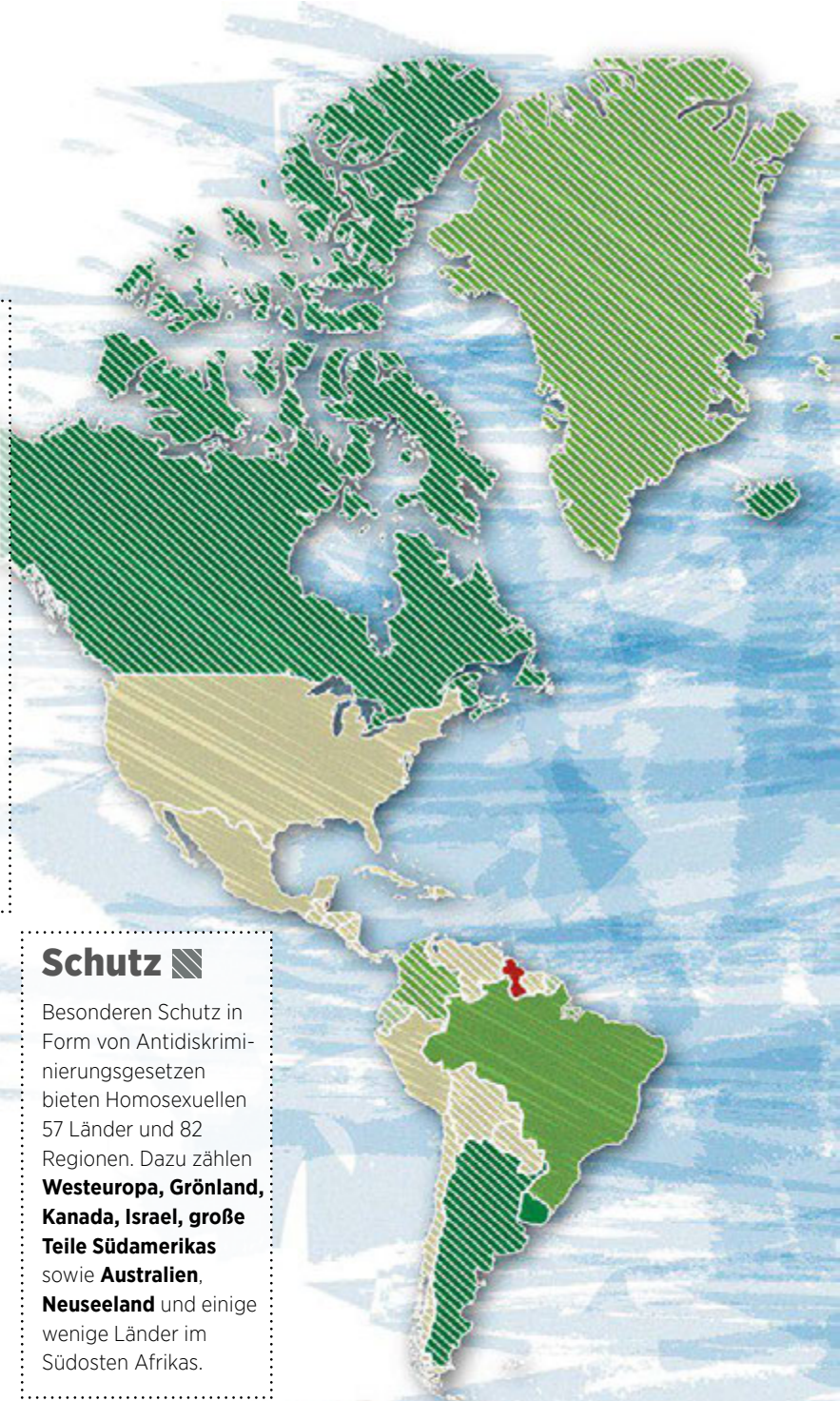
In **Iran, Benin, Sudan, Saudi-Arabien, Mauretanien** sowie in Teilen **Nigerias** und **Somalias** droht Homosexuellen laut der Internationalen Lesben-, Schwulen-, Bisexuellen-, Trans- und Intersexuellen Vereinigung (ILGA) die Todesstrafe. Im Strafgesetz des Iran beispielsweise heißt es: „Der unerlaubte Geschlechtsverkehr wird durch vier rechtschaffene männliche Zeugen oder durch drei rechtschaffene männliche und zwei rechtschaffene weibliche Zeugen bewiesen.“ Verurteilte werden öffentlich erhängt. Es gibt jedoch Einschränkungen: Die Strafe für sexuelle Handlungen zwischen zwei Männern ohne Penetration entspricht der für Lesbierinnen und beträgt hundert Peitschenhiebe. Falls jedoch der aktive Teil kein Muslim ist, der passive Teil aber schon, ist die Strafe für den aktiven Teil der Tod. Transsexualität steht hingegen nicht unter Strafe. Ursprünglich gleichgeschlechtliche Paare können also ihre Sexualität leben und auch heiraten, sofern eine der Personen eine Geschlechtsumwandlung vollzogen hat, sodass technisch die Heterosexualität hergestellt wird.

Ungewiss ■

Seit dem Ende der Talibanherrschaft droht Homosexuellen in **Afghanistan** nicht mehr der Tod, sondern nur noch eine Freiheitsstrafe, allerdings ohne genaue Bestimmungen über deren Dauer. Einige Quellen sprechen von fünf bis 15 Jahren. In **Indien** und **Irak** stehen Gerichtsentscheide über Gesetze aus, Verfolgung durch nichtstaatliche Gruppen ist in einigen Teilen der Länder nicht auszuschließen. Im Irak sollte 2001 die Todesstrafe für Homosexuelle eingesetzt werden. Die US-Besatzung setzte aber ein Gesetz von 1969 wieder in Kraft. Nach diesem wird bestraft, wer mit einem Mann oder einer Frau – gleich ob mit oder ohne deren Zustimmung – Analverkehr hat. Männern droht der Tod, Frauen 100 Peitschenhiebe.

Schutz ■

Besonderen Schutz in Form von Antidiskriminierungsgesetzen bieten Homosexuellen 57 Länder und 82 Regionen. Dazu zählen **Westeuropa, Grönland, Kanada, Israel, große Teile Südamerikas** sowie **Australien, Neuseeland** und einige wenige Länder im Südosten Afrikas.



Anerkennung

■ Anerkennung der Ehe ■ gleich (fast gleich)en Ersatz für die Ehe ■ deutlich minderwertiger Ersatz für die Ehe

30 Länder und 31 Regionen erkennen gleichgeschlechtliche Partnerschaften an. Zum Teil sind sie der Ehe formal gleichgestellt wie in **Südafrika, Argentinien, Uruguay, Kanada, Südafrika, Frankreich, Spanien, Portugal, den Niederlanden, Belgien, Schweden, Norwegen, Island und Neuseeland**. Einige Länder erkennen wie Deutschland Lebenspartnerschaften an. Staaten wie Französisch-Guayana oder die Schweiz bieten Modelle für Partnerschaften an, die im Vergleich zur Ehe mit weniger Rechten ausgestattet sind.

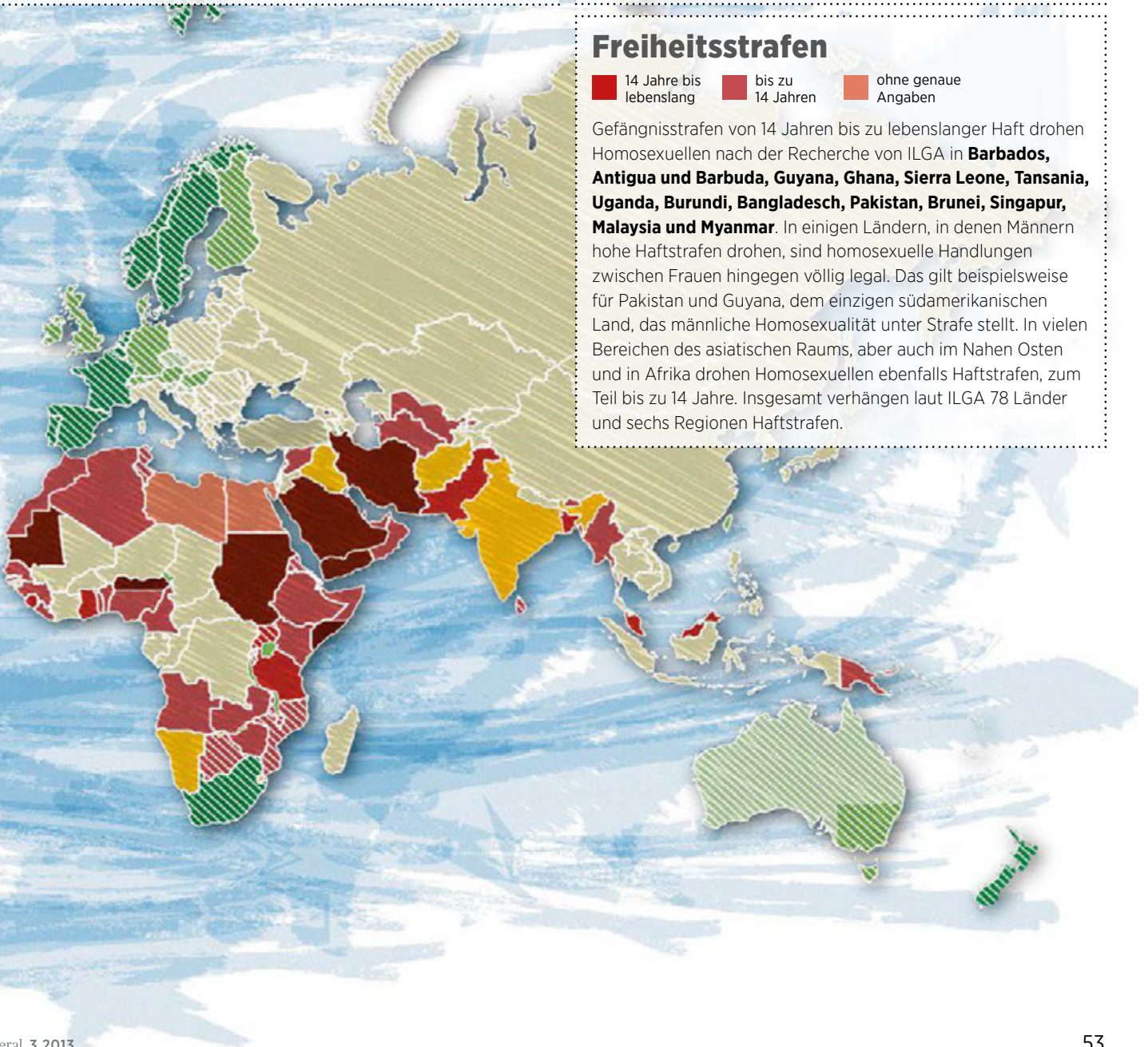
Keine speziellen Vorschriften

existieren laut IGLA in den meisten Ländern Osteuropas sowie in der **Türkei, Russland** sowie einigen früheren **russischen Republiken**, in **China, Japan**, den meisten **südostasiatischen Ländern** sowie in dem **Großteil der USA**, weiten Teilen Mittelamerikas und in einigen südamerikanischen Staaten. Da in Russland seit 2001 mehrere Versuche gescheitert sind, Homosexualität wieder zu kriminalisieren, setzten spätere Gesetzesinitiativen erfolgreich darauf, „homosexuelle Propaganda“ zu verbieten, um auf diese Weise Homosexuelle, die für ihre Rechte kämpfen, mundtot zu machen.

Freiheitsstrafen

■ 14 Jahre bis lebenslang ■ bis zu 14 Jahren ■ ohne genaue Angaben

Gefängnisstrafen von 14 Jahren bis zu lebenslanger Haft drohen Homosexuellen nach der Recherche von ILGA in **Barbados, Antigua und Barbuda, Guyana, Ghana, Sierra Leone, Tansania, Uganda, Burundi, Bangladesch, Pakistan, Brunei, Singapur, Malaysia und Myanmar**. In einigen Ländern, in denen Männern hohe Haftstrafen drohen, sind homosexuelle Handlungen zwischen Frauen hingegen völlig legal. Das gilt beispielsweise für Pakistan und Guyana, dem einzigen südamerikanischen Land, das männliche Homosexualität unter Strafe stellt. In vielen Bereichen des asiatischen Raums, aber auch im Nahen Osten und in Afrika drohen Homosexuellen ebenfalls Haftstrafen, zum Teil bis zu 14 Jahre. Insgesamt verhängen laut ILGA 78 Länder und sechs Regionen Haftstrafen.







01. Juli
1968**Berlin ist nicht nur Bundeshauptstadt, sondern auch Hauptstadt der Demonstrationen.**

Ungefähr 3.000 wird es in diesem Jahr geben, allerdings sind weitaus die meisten davon stationäre Versammlungen mit wenigen Beteiligten. Dennoch: Wer in der Mitte Berlins oder im Demo-Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg seinen Wohnort oder Arbeitsplatz hat, ist oft genervt. Vor allem in der warmen Jahreszeit und hauptsächlich an Samstagen ist regelmäßig kein Durchkommen mit dem Auto, Buslinien sind stundenlang unterbrochen. Ähnlich sah es in Westberlin Ende der 60er- und Anfang der 70er-Jahre aus: Viele Studenten verbrachten mehr Zeit auf den Straßen als im Hörsaal. Und das nervte die Taxifahrer der Frontstadt, die erheblichen Aufwand investieren mussten, die Demonstrationen zu umfahren – oder schlicht samt frustriertem Fahrgast steckenblieben. Also schlugen die Lenker der damals noch Kraftdroschke genannten und schwarz lackierten Gefährte zurück und demonstrierten selbst: für freie Straßen.



Naturschutzgelderpresser

In Hessen haben Ökoaktivisten ein neues Geschäftsmodell entdeckt: Der Naturschutzbund (Nabu) hat die Klage gegen einen Windpark zurückgezogen, nachdem die Betreiber 500.000 Euro in einen Fonds des Nabu zum Schutz der biologischen Vielfalt spendeten.



Die Idee hinter dem 2002 geregelten Verbandsklagerecht für Naturschutzverbände leuchtet ein: Hamster, Biber & Co. sind zwar ausgesprochen putzig, aber juristisch wenig bewandert und nicht sonderlich eloquent. Bei Befreiungen von Verboten und Geboten zum Schutz von Naturschutzgebieten und Nationalparks und bei Planfeststellungsverfahren über Vorhaben, die in Natur und Landschaft eingreifen, sowie Plangenehmigungen mit Öffentlichkeitsbeteiligung dürfen deshalb anerkannte Naturschutzverbände klagen, als wären sie betroffene Einzelpersonen.

Der Naturschutz wäre nicht zu einem Milliardengeschäft geworden, wenn nicht schon seit Langem clevere Juristen hier ein Auskommen gesucht und gefunden hätten. In den Händen dieser Spezialisten wird auch das Verbandsklagerecht zu einem lukrativen Geschäftsfeld für ihre Arbeitgeber. Interessant sind die neuen Interessenkonflikte: Standen sich früher oft Umweltschützer und Schwerindustrie gegenüber, verläuft die Frontlinie seit der Energiewende häufiger zwischen selbst ernannten Weltrettern verschiedener Glaubensrichtungen.

Exemplarisch ist ein Streit zwischen dem Naturschutzbund Deutschland (Nabu) und dem Betreiber eines Windparks in Hessen. Alle Genehmigungen lagen vor, sieben Windmühlen waren bereits ein halbes Jahr lang in Betrieb, als das Verwaltungsgericht per Sofortbeschluss fünf davon stilllegte. Dass Windparks tatsächlich maximalinvasive Eingriffe in die Landschaft darstellen, ist im Norden Deutschlands

außerhalb der Großstädte buchstäblich nirgends zu übersehen. Inzwischen drehen sich die Mühlen aber wieder, denn der Streit wurde auf bemerkenswerte Weise beigelegt.

Die Windmüller zahlten 500.000 Euro in einen Naturschutzfonds zur Lebensraumoptimierung für den Greifvogel Rotmilan ein. Pikant: Verwaltet wird der Fonds von einer Stiftung des Nabu, der im Gegenzug die Klage zurückzog. „Wir konnten es uns einfach nicht leisten, dem Vorschlag des Nabu nicht zu entsprechen“, zitiert die *Berliner Zeitung* Horst Meixner, den Geschäftsführer von Hessenenergie. Der sechsmonatige Stillstand verursachte bereits Kosten von einer halben Million Euro, ein unabsehbar langes Verfahren hätte einige Teilhaber eines am Projekt beteiligten örtlichen Bürgerwindparks in die Privatsolvenz treiben können.

Meixner: „Hier wurde Wegezoll für Windräder verlangt. Es kann nicht sein, dass der Nabu systematisch mit Klagedrohungen Zahlungen erwirkt.“ Den Ingenieur Christoph Schrader haben solche Fälle zu einer Satire inspiriert. Auf feldhamsterverleih.de bietet er unter anderem für 432 Euro im Paket: „Biber (*Castor fiber*): Paarweise an Fließgewässer ausbringen, Vorbereitung einer Biberburg (Gewässerstau), Anbringung von Nagespuren, Futterversorgung, Pressearbeit (Leserbrief).“ ●



DAVID HARNASCH war als Teenager kurzzeitig Fördermitglied bei Greenpeace. An vergleichbar schlechte Investitionen kann er sich nicht erinnern. harnasch@libmag.de

Freiheit zum Tagessatz

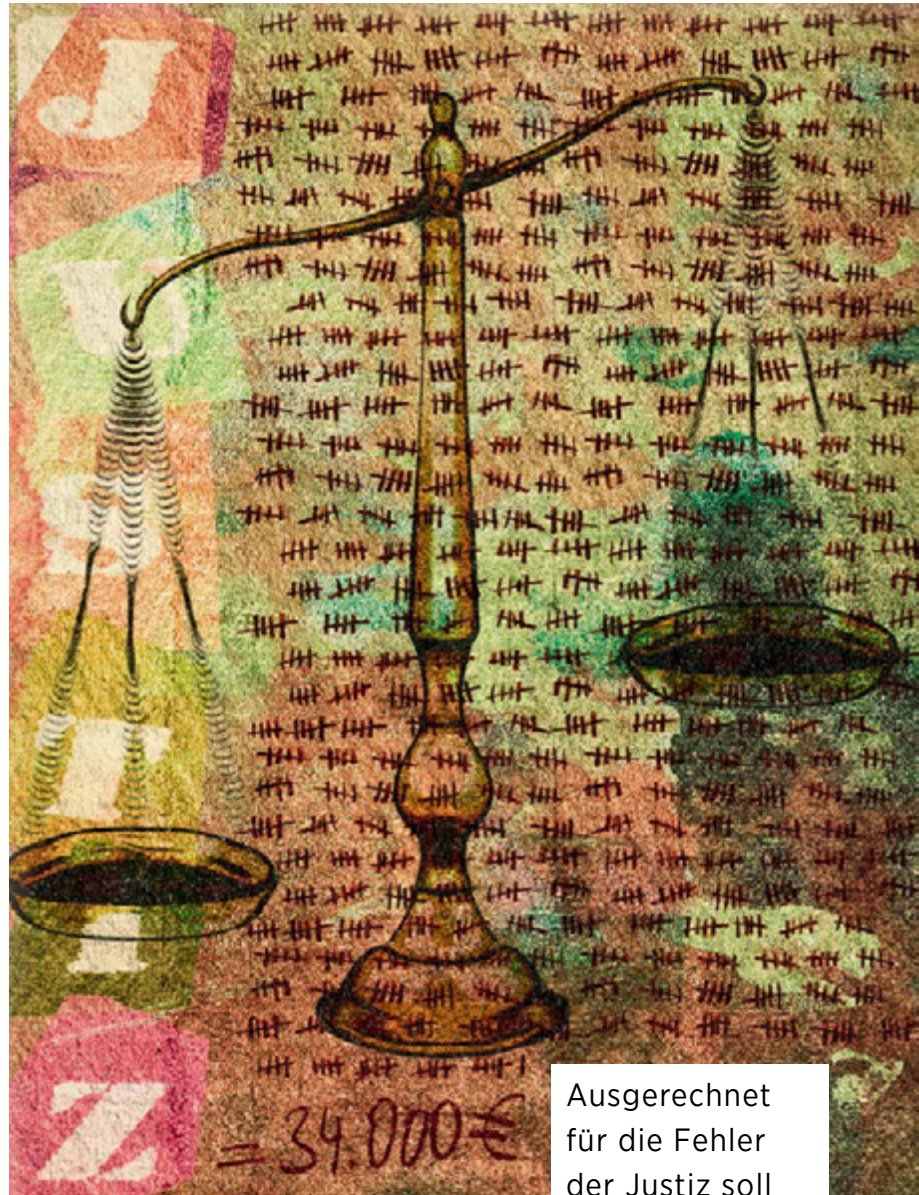
Was ist ein Tag in Freiheit wert? Wer zu Unrecht verurteilt im Gefängnis sitzt, bekommt eine Entschädigungspauschale, die erst vor Kurzem erhöht wurde. Dennoch bekleckern sich Staat und Justiz nicht mit Ruhm, wenn es um den Ausgleich selbst verursachten Unrechts geht.

// TEXT // **GISELA FRIEDRICHSEN**

// ILLUSTRATIONEN // **ERNST MERHEIM**

Wiederaufnahmeverfahren, an deren Ende ein Mensch nicht nur aus Mangel an Beweisen, sondern wegen erwiesener Unschuld freigesprochen werden muss, sind für die Justiz der GAU, also der größte anzunehmende Unfall, verbunden mit einem Gesichtverlust erheblichen Ausmaßes. Denn dann liegt auf der Hand, dass die Polizei nicht nur gegen den Falschen ermittelt und angebliche Beweise falsch interpretiert hat, die Staatsanwaltschaft dies nicht gemerkt und den Falschen angeklagt hat. Auch die Richter müssen zugeben, obwohl zur sorgfältigen Aufklärung des Falls verpflichtet, dieser Pflicht nicht nachgekommen zu sein, sondern voreingenommen und nach ihrem Gefühl geurteilt zu haben.

Für den zu Unrecht Bezichtigten oder gar zu Unrecht Verurteilten hingegen geht es um vieles mehr als nur um Gesichtverlust. Der Lehrer Horst Arnold zum Beispiel saß von 2002 an eine Freiheitsstrafe von fünf Jahren bis zum letzten Tag ab wegen einer Vergewaltigung, die er nachweislich nicht begangen hat. Nach Auffassung der Verantwortlichen mangelte es ihm an Einsicht und Reue, sodass ihm Lockerungen nicht zu gewähren waren. »



Ausgerechnet für die Fehler der Justiz soll nicht oder nicht angemessen entschädigt werden?

Arnolds Lebensgefährtin, Freunde und Bekannte wandten sich von ihm ab. Er verlor seinen Beruf, sein Haus, sein Auto. Als er aus dem Gefängnis entlassen wurde, zog er als Hartz-IV-Empfänger in sein altes Kinderzimmer im Haus seiner Eltern.

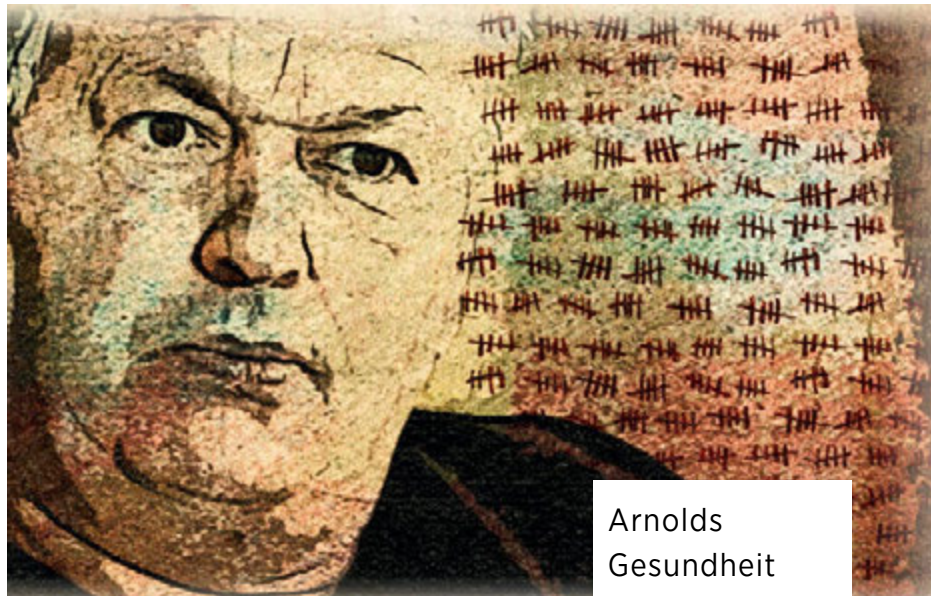
Der Fall Arnold ist kein Einzelfall. Besonders tragisch ist es, wenn psychisch labile oder intellektuell minderbegabte Personen, von den Ermittlern bedrängt, zermürbt oder mit allerlei dubiosen Mitteln in die Zange genommen, eine Tat gestehen, die sie gar nicht begangen haben. Sie sitzen bisweilen Monate bis Jahre unschuldig in U-Haft. Wenn sie Glück haben, stellt sich dies in einer Hauptverhandlung heraus und sie werden freigesprochen. Dann aber kommt das böse Erwachen: Der Staat versucht nämlich nun mit allen Mitteln, um eine Haftentschädigung herumzukommen - mit der Begründung, durch das falsche Geständnis in die Irre geführt worden zu sein.

Wiedergutmachung des Unrechts ist quasi unmöglich. Möglich hingegen ist es, dem Geschädigten eine Chance auf ein neues berufliches Leben und Wiedereingliederung in die Gesellschaft zu geben. Eine Reform des Gesetzes „über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen“ ist inzwischen überfällig.

Denn gerade in jenen Fällen, in denen die Betroffenen vom Staat um ihre Existenz und ihr Hab und Gut gebracht wurden, ist die Entschädigung in Deutschland skandalös gering. Von 1987 bis 2009, also 22 Jahre lang, gab es elf Euro pro Tag, heute sind es 25 Euro, von denen aber sechs Euro für Kost und Logis im Knast abgezogen werden. Zum Vergleich: Für einen verlorenen Urlaubstag sprechen die deutschen Gerichte einen Entschädigungsbetrag von 50 bis 100 Euro zu.

Ein Blick über die Grenzen zu unseren europäischen Nachbarn zeigt, dass in den meisten Staaten einzelfallbezogene Ermessensentscheidungen innerhalb von vom Staat vorgegeben Tarifen starren Fixbeträgen vorgezogen werden. Die Entschädigungssätze variieren. Aber in keinem anderen Rechtsstaat sind sie so schäbig niedrig wie in Deutschland.

In den Niederlanden bekommen Justizopfer bis zu 95 Euro, in Luxemburg bis zu 200. Österreich und Finnland zahlen einen Mindestsatz von 100 Euro, der je nach Fall aufgestockt werden kann. In manchen Ländern steigen die Tagessätze mit der Dauer der Haft, in anderen vermindern sie sich. So zahlt Spanien bei sechs Monaten zu Unrecht erlittener Haft 50 Euro pro Tag, bei 18 Monaten 250 Euro. In den skandinavischen



Arnolds
Gesundheit
hielt das alles
nicht mehr aus.
Am 28. Juni
2012 starb
er an Herzver-
sagen.

Ländern Dänemark und Schweden verhält es sich ähnlich: Dort bekommt man für den ersten Hafttag 250 Euro, für den zweiten 615 und danach zwischen 80 und 100 Euro.

Großspurig heißt es, natürlich würden Schäden wie Lohnausfall, die Kosten für Wohnungssuche und dergleichen ersetzt. Aber das geschieht erst, wenn das Urteil rechtskräftig ist, was Jahre dauern kann, wenn - wie im Fall Arnold - die Falschbeschuldigerin Revision gegen den Freispruch einlegt. Und es geschieht nur, wenn der Betreffende die Schäden, verbunden mit einem erheblichen bürokratischen Aufwand, auch detailliert nachweisen kann. Was er also verdient hätte, wäre ihm das Schicksal nur wohlgesinnter gewesen, abzüglich der Sozialhilfe, versteht sich, die er bezog, um überhaupt zu überleben und so fort.

Was aber ist mit dem immateriellen Schaden, den nicht nur der Betroffene erleidet, sondern auch seine Angehörigen, Mutter und Tochter wie im Fall Arnold zum Beispiel? Geradezu zynisch ist es, dass in der Reformdebatte zum Thema die Justiz mit der Bemerkung glänzte, eine „Haftentschädigung dürfe keine Lizenz zum Geldabholen“ werden. Ausgerechnet für die Fehler der Justiz soll nicht oder nicht angemessen entschädigt werden?

Dem Lehrer Horst Arnold standen für 1.826 Tage hinter Gittern unter dem Strich rund 34.000 Euro zu. Nach der Entlassung aus der Strafhafte hatte er beruflich nicht mehr Fuß fassen können. Stellenzusagen, die er nach Bewerbungen in den verschiedensten Berufs-

zweigen erhalten hatte, wurden stets zurückgezogen, wenn er seine „Vorstrafe“ offenbarte – was sich angesichts der erzwungenen Lücke in seiner Erwerbsbiografie nicht vermeiden ließ. 2011, also zehn Jahre nach der Falschbezeichnung und auf Antrag der Staatsanwaltschaft hin, der mit einem Freispruch wegen erwiesener Unschuld endete, forderte Arnolds Anwalt das hessische Kultusministerium auf, seinen Mandanten unverzüglich wieder als Studienrat einzustellen und ihn nunmehr in ein Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zu berufen (Arnold war vor seiner Verurteilung in einem Angestelltenverhältnis tätig). Es wäre eine kleine Kompensation für das erlittene Unrecht gewesen.

Doch auf das Schreiben des Anwalts antwortete das Ministerium zunächst überhaupt nicht. Auf weiteres Drängen des Anwalts wurde Arnold dann aufgefordert, sich um eine Stelle zu bewerben (wie ein Berufsanfänger), und sollte auf einen Bescheid warten (ebenfalls wie ein Berufsanfänger). Nach einer ganzen Reihe von „Dienstbesprechungen“ der zuständigen Gremien wurde dieses Einstellungsangebot jedoch mit Hinweis auf die „Vorstrafe“ und einer Bewertung als „möglicherweise politisch höchst brisante Personalsache“ wieder zurückgenommen. Wegen der „Rechtslage“. Denn Arnold galt als „Vorbestrafter“ für fünf Jahre als unfähig, ein öffentliches Amt zu bekleiden. „Nach Paragraph 45 a Absatz 2 des Strafgesetzbuches wird die Dauer des Verlustes der Amtsfähigkeit von dem Tage an gerechnet, an dem die Freiheitsstrafe verbüßt ist“, teilte das Ministerium lakonisch mit.

Und: „Da Herr Arnold nicht als Beamter aus dem Dienst des Landes Hessen ausgeschieden ist“, so das Kultusministerium, „kann Paragraph 49 Absatz 1 des Hessischen Beamtengesetzes, wonach das Beamtenverhältnis als nicht unterbrochen gilt, wenn eine Entscheidung, durch die der Verlust der Beamtenrechte bewirkt worden ist, im Wiederaufnahmeverfahren durch eine Entscheidung ersetzt wird, die diese Wirkung nicht hat, leider keine Anwendung finden.“ Arnold wurde aufgefordert, die Rechtskraft des Freispruchs abzuwarten und sich dann erneut um eine Einstellung in den Schuldienst zu bewerben. Aus beamtenrechtlichen Gründen sei eine Einstellung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit ausgeschlossen – und so fort.

Als der Bundesgerichtshof 2012 den Freispruch endlich bestätigte – die Mühlen der Justiz mahlen bekanntlich mehr als langsam –, änderte sich für Ar-

nold nichts. Denn schließlich hätte erst „eines der 15 Staatlichen Schulämter in Hessen einen fachlichen Bedarf“ in den von Arnold angebotenen Fächern „in Kombination mit der vertretenen Schulform Gymnasium“ anmelden müssen, ehe man ihn wieder in Lohn und Brot gebracht hätte, wie es aus dem Ministerium hieß. Wem ist so etwas zumutbar?

Arnolds Gesundheit hielt das alles nicht mehr aus, die seelische Belastung war zu groß. Am 28. Juni 2012 starb er an Herzversagen. Sein Fall wurde zum Menetekel für einen Staat, der nicht imstande ist, Fehler zuzugeben und angerichteten Schaden wenigstens halbwegs finanziell zu kompensieren. Einen Staat, der nicht einmal willens ist, Unrecht, das er selbst begangen hat, zu beseitigen.

Die Staatsanwaltschaft Darmstadt, von der Arnold verurteilt worden war, ließ sich bis 2013 Zeit, ehe sie die falschbeschuldigende Frau wegen Freiheitsberaubung anklagte; der Prozess begann Ende April in Darmstadt. Arnolds Anwalt, Hartmut Lierow aus Berlin, hatte seinerzeit erfolglos beantragt, seinem Mandanten eine weitergehende immaterielle Haftentschädigung in Höhe von 125 Euro – also 100 Euro mehr als üblich – für jeden unschuldig in Haft verbrachten Tag zuzubilligen. „Die vom Gesetzgeber gestaltete Pauschalierung und Limitierung der immateriellen Haftentschädigung von 25 Euro ist in Fällen wie dem vorliegenden eine solche unangemessene Kompensation für das Leiden, welches meinem Mandanten mit der Fehlverurteilung durch das Landgericht Darmstadt auferlegt wurde, dass die Limitierung auf 25 Euro grob gegen das Sittengesetz und den verfassungsrechtlichen Anspruch des Bürgers auf den Schutz seiner grundrechtlich geschützten Rechte auf Freiheit, Ehre, Berufsausübung verstößt“, schrieb Lierow an die Staatsanwaltschaft.

Die Frau hingegen, die offensichtlich gelogen hatte, meldete Ansprüche nach dem Opferentschädigungsgesetz an. War das eigentliche Opfer nicht der Lehrer Arnold? ●



GISELA FRIEDRICHSEN arbeitet seit 1989 als Gerichtsreporterin beim Nachrichtenmagazin *Spiegel*. Als Nachfolgerin von Gerhard Mauz hat sie in dieser Zeit alle großen Strafverfahren in der Bundesrepublik, zum Teil auch im Ausland, beobachtet und ist dabei immer wieder auf die Problematik der völlig unzureichenden Haftentschädigung von Justizopfern hierzulande gestoßen. redaktion@libmag.de



Die Frau hingegen, die offensichtlich gelogen hatte, meldete Ansprüche nach dem Opferentschädigungsgesetz an.

Kollektive Besoffenheit

Lissabon 1755. Japan 2011. Die Parallelen sind beklemmend.
Die Erdbeben und die geistige Befindlichkeit der Zeit. Ist es heute
wie damals? // TEXT // **ZETTEL** // ILLUSTRATIONEN // **ANONYMUS**

Drei Tage nach dem verheerenden Seebeben vor der japanischen Küste konzentrierte sich die Berichterstattung in Deutschland bereits auf den dadurch ausgelösten Störfall im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi. Der **liberale Blogger Zettel** (siehe Seite 63) lieferte mit diesem Beitrag schon eine geistesgeschichtliche Einordnung der Rezeption der Katastrophe. In den Wochen nach Erscheinen dieses Textes beschloss die Bundesregierung, von Meinungsumfragen befeuert, die Energiewende – wie Zettel stets schrieb „in einem Akt kollektiver Besoffenheit“. Die „Zimmerleute“, die seinen Blog weiterführen, schlugen diesen Text zur Veröffentlichung an dieser Stelle in seinem Andenken vor.

Am 1. November 1755 wurde Portugal, insbesondere Lissabon, von einem entsetzlichen Erdbeben heimgesucht. Es entstand durch die Verschiebung tektonischer Platten unter dem Atlantischen Ozean und erreichte eine Stärke zwischen 8,5 und 9. Dem Beben folgte ein gewaltiger Tsunami. Erdbeben und Tsunami trafen zusammen, weil das Epizentrum des Bebens nur ungefähr 200 Kilometer vor Portugals Küste lag. Mehrere Zehntausend Menschen kamen ums Leben. Lissabon und andere Städte wurden verwüstet.

Die Übereinstimmung mit der aktuellen Katastrophe in Japan ist beklemmend und reicht bis in die Einzelheiten: Auch jetzt eine Stärke des Bebens zwischen 8,5 und 9; auch jetzt das Epizentrum kaum mehr als hundert Kilometer vor der Küste; auch jetzt der Tsunami; auch jetzt mehrere Zehntausend Tote (soweit man das bisher absehen kann). Die Stadt Sendai ist weitgehend zerstört, so wie damals Lissabon zerstört wurde.

Geht die Parallele über diese äußeren Übereinstimmungen hinaus? Auf den ersten Blick mag es so scheinen. Denn das Erdbeben von 1755 hat Auswirkungen nicht nur materieller Art gehabt; es hat vielmehr, so wird gesagt, das Denken der Epoche beeinflusst.

Da waren auf der einen Seite die Frommen, die fragten, wie Gott so etwas zulassen können – noch dazu an Allerheiligen; noch dazu mit der Zerstörung fast aller

Kirchen in Lissabon. Das setzte das Problem der Theodizee wieder einmal auf die Tagesordnung; das immerwährende Problem, wie ein gütiger, allmächtiger Gott das Leid in der Welt zulassen kann.

Aber nicht nur die Frommen waren im doppelten Wortsinn betroffen; auch die Aufklärer waren es. Weniger als ein halbes Jahrhundert zuvor war Leibniz gestorben, der Philosoph des Optimismus. Er hatte sein Werk „Essais de Théodicée“ geschrieben, in dem er darlegte, dass diese Welt zwar nicht die beste aller denkbaren, aber die beste aller möglichen Welten ist. Sein Optimismus beflügelte die Aufklärung und begründete den Glauben an den Fortschritt, wie er zum Beispiel in dem grandiosen Unternehmen der französischen Enzyklopädisten seinen Ausdruck fand, das Wissen ihrer Zeit in einer Enzyklopädie zusammenzutragen.

Und jetzt das

Voltaire, der alte Zyniker, reagierte grimmig und schrieb wenige Jahre später den kleinen Roman „Candide ou l'optimisme“ (Candide oder der Optimismus), in dem er den naiven jungen Candide vom Schicksal nach Strich und Faden beuteln lässt, begleitet von dem Professor Pangloss – einer Karikatur von Leibniz –, der immer wieder versichert, dass alles zum Besten stehe in der besten aller möglichen Welten. Auf seiner Odyssee ist Candide natürlich exakt dann in Lissabon, als dort das Erdbeben stattfindet.



Goethe, der 1755 gerade einmal sechs Jahre alt gewesen war, hat in seinen Memoiren „Dichtung und Wahrheit“ geschildert, wie den Knaben damals die Nachricht von dem Beben erschüttert und an seinem naiven Gottvertrauen hätte zweifeln lassen.

Für Immanuel Kant - er war 1755 ein 30-jähriger Wissenschaftler, besonders an den Naturwissenschaften interessiert - war das Erdbeben eine doppelte Herausforderung: eine intellektuelle und eine moralische.

Intellektuell insofern, als er die Ursachen eines solchen Ereignisses zu ergründen versuchte; und zwar streng naturwissenschaftlich. Die moralische Konsequenz aus der Katastrophe beschrieb er in seiner Schrift „Geschichte und Naturbeschreibung des Erdbebens am Ende des 1755sten Jahres“ so:

„Die Betrachtung solcher schrecklichen Zufälle ist lehrreich. Sie demütigt den Menschen dadurch, dass sie ihn sehen lässt, er habe kein Recht, von den Naturgesetzen, die Gott angeordnet hat, lauter bequeme Folgen zu erwarten. [...] Der Mensch ist nicht geboren, um auf der irdischen Schaubühne der Eitelkeit ewige Hütten zu erbauen. [...] Alle diese Verheerungen scheinen uns zu erinnern, dass die Güter der Erde unserem Triebe zur Glückseligkeit keine Genugtuung verschaffen können.“

Dies und anderes, das ein anschauliches Bild von der damaligen Reaktion vermittelt, finden Sie zitiert in einem schönen Radio-Feature von Susanne Mack zum 250. Jahres- »

tag des Bebens, dessen Manuskript Sie hier [1] lesen können; auch das Rousseau-Zitat weiter unten verdanke ich diesem Feature.

Könnte die jetzige Katastrophe in Japan eine ähnliche geistige Erschütterung auslösen, wie sie dem Erdbeben von Lissabon zugeschrieben wird? Uns etwa über die Macht der Natur nachdenken lassen, über die Hybris des Menschen, der die Atomenergie freilässt, ohne sie bändigen zu können?

Ach nein

Erstens hat das Erdbeben von Lissabon den Geist der Aufklärung überhaupt nicht gebrochen; das ist eine Mystifikation. Als es stattfand, war das gewaltige Unternehmen der „Encyclopédie ou Dictionnaire raisonné des sciences, des arts et des métiers“ (Enzyklopädie oder auf Vernunft gegründetes Wörterbuch der Wissenschaften, der Künste und der Berufstätigkeiten) seit gerade vier Jahren im Gang. D'Alembert und Diderot führten es unbeirrt fort, bis das großartige Werk 1772 beendet war.

Die Aufklärung wurde durch das Erdbeben von Lissabon in keiner Weise infrage gestellt; ihre größten Erfolge – die Philosophie Kants, die Errichtung der amerikanischen Demokratie auf der Grundlage der Aufklärung, der ungeheure Aufschwung von Wissenschaft und Technik im 19. und 20. Jahrhundert – standen ja noch bevor.

Allenfalls kann man sagen, dass Bedenkenträger wie Rousseau, die sich vom Erdbeben im Wortsinn erschüttert zeigten, Auftrieb bekamen. Sie haben mit ihrer Zivilisationskritik Unheil angerichtet, bis in unsere Tage. Die Gräueltaten der französischen Revolutionen waren nicht auf dem Boden von skeptisch-rationalen Aufklärern wie Hume und Voltaire gewachsen, sondern viel eher aus der Rousseau'schen Schwärmerei hervorgegangen. Diderot und d'Alembert haben die Französische Revolution nicht mehr erlebt; sie hätten sie schwerlich überlebt.

Rousseau machte nicht etwa die Gewalten der Natur für die Verheerungen in

Lissabon verantwortlich, sondern natürlich „den Menschen“, der sich zu weit von der Natur entfernt hätte. In seinem „Émile, ou De l'éducation“ (Émile, oder über die Erziehung) schrieb er sieben Jahre nach dem Erdbeben: „Alles ist gut, wie es aus den Händen des Schöpfers kommt. Alles entartet unter den Händen des Menschen. Er vermengt und vertauscht das Wetter, die Elemente und die Jahreszeiten. Nichts will er haben, wie es die Natur gemacht hat, selbst den Menschen nicht!“

Und das Erdbeben – so hatte Rousseau zuvor an Voltaire geschrieben – hatte nur deshalb so schlimme Folgen, weil die Menschen nicht mehr natürlich lebten; weil sie nämlich in mehrstöckigen Häusern wohnten, statt verstreut und in leichten Behausungen.

Man sieht, Rousseau ist aktuell. Heute werden wir von seiner (vielleicht unwissentlichen) Jüngerin Renate Künast belehrt: „Wir beherrschen nicht die Natur, sondern die Natur herrscht über uns“ (siehe: Besessen von der Kernschmelze; ZR vom 12.3.2011 [2]).

Rousseau sah es als Hybris gegenüber der Natur an, dass die Menschen sich Häuser mit vielen Stockwerken bauen; heute ist es die angeblich „unbeherrschbare“ Atomkraft, der die „Macht der Natur“ entgegengestellt wird.

Nur zeigen die verheerenden Erdbeben der letzten Jahrzehnte – im Iran zum Beispiel, kürzlich in Haiti, – dass Menschen, die in primitiven Häusern leben, keineswegs besser geschützt sind als die Bewohner von Hochhäusern, eher im Gegenteil.

Ebenso ist es schlicht nicht wahr, dass die Nuklearenergie ein größeres Unfallpotenzial bergen würde als andere Formen der Energieerzeugung.

Wenn man die angeblich so „sanften“ Formen der Energieerzeugung aus Windkraft und Sonnenstrahlen auch nur halbwegs wirtschaftlich machen will, dann muss man die erzeugte Energie speichern können.

Bisher geht das im Wesentlichen nur dadurch, dass während eines Überangebots

an Strom mit dessen Hilfe Wasser in hochgelegene Talsperren gepumpt wird; es kann dann genutzt werden, wenn mehr Strom benötigt wird. Durch berstende Talsperren sind aber weitaus mehr Menschen ums Leben gekommen als durch alle Unfälle in KKW, einschließlich Tschernobyl.

Wie Sie dieser Liste [3] entnehmen können, starben allein seit dem Jahr 2000 rund 600 Menschen durch den Bruch von Talsperren.

Die rationale Antwort auf das Erdbeben von Lissabon war es, die Ursachen solcher Beben zu erforschen, wie es Kant in Angriff genommen hat. Die rationale Antwort auf die Katastrophe in Japan ist es nicht, die nach wie vor besonders sichere Stromerzeugung in Kernkraftwerken zu verteufeln, sondern deren Sicherheit weiter zu erhöhen.

Ob sich freilich diese rationale Antwort gegen die Irrationalität der Warner, Bedenkenträger und Bauchgefühlmenschen durchsetzen wird, zumal in Deutschland – das ist füglich zu bezweifeln. Gut möglich, dass die Vernunft, mit der die Aufklärung trotz des Erdbebens von Lissabon weitergeführt wurde, heute nicht mehr durchsetzbar ist. ●

1: <http://ow.ly/jUv6R>

2: <http://ow.ly/jUw9C>

3: <http://ow.ly/jUwuM>



Wer war Zettel?



Im Juni 2006 schien ein neuer Stern am Himmel der deutschsprachigen Blogosphäre auf: „Zettels Raum“. Der Name des Blogs spielt an auf das Monumentalwerk „Zettels Traum“ des vom Bloggründer verehrten Arno Schmidt. Folgerichtig schrieb und kommentierte der Autor unter dem Pseudonym „Zettel“. Der Untertitel des Blogs lautete nach Christian Wolffs Buch von 1720 „Vernünftige Gedanken von Gott, der Welt, und der Seele des Menschen, auch allen Dingen überhaupt“.

Über seine Identität gab Zettel nur wenige Details bekannt: Er war emeritierter Professor in einem naturwissenschaftlichen Fachgebiet und lebte mit seiner Frau im Hessischen. Fast täglich postete er mindestens einen neuen Artikel, zudem korrespondierte er mittels E-Mails und im Forum „Zettels kleines Zimmer“ mit seinen Lesern.

Cora Stephan fragte ihn im Interview für *DIE WELT*: „Sie schrecken in Ihrem Blog vor nichts zurück – und Sie lassen auch nichts aus: nicht den Dosenöffner oder den Islam. Und so geht’s vom Lotto zum Klima und von Olympia nach Arabien. Alles gleich interes-

sant oder alles gleich wichtig?“ Zettel antwortete: „Alles interessant für mich; und hoffentlich auch für den Leser. ‚Gleich interessant‘ natürlich nicht. Manches dient der Auflockerung. Es gibt spezielle Formate wie die Glossen unter ‚Kurioses, kurz kommentiert‘ und wie ‚Zettels Meckerecke‘; dort leiste ich mir das Vergnügen der Polemik. Sehen Sie es vielleicht wie eine Menükarte, aus der sich der Leser das aussuchen kann, was ihm mundet“.

Ursprünglich war „Zettels Raum“ als eine Art Feuilleton gedacht gewesen. Der erste Artikel, erschienen am 5. Juni 2006, befasste sich mit den Vorzügen von Kopfbahnhöfen. „Mein Vorbild waren die Feuilletons, die Sebastian Haffner Anfang der Dreißigerjahre schrieb und die ich kurz zuvor mit Genuss gelesen hatte“, erklärte Zettel.

Zettels Blog zeichnete sich durch einen handwerklichen Aufwand aus, der über jenen, den Zeitungen betreiben, hinausgeht: Fremdsprachliche Zitate lieferte er sowohl in der Originalsprache wie in deutscher Übersetzung, alle Quellen belegte er per Link. Trotz der Vielfalt seiner Themen wurde

Zettel bald als wichtige politische Stimme aus dem liberalkonservativen Spektrum wahrgenommen.

Entsprechend schockiert reagierte die Stammlerschaft auf seine Ankündigung im Frühjahr 2011, politische Themen künftig zu meiden. Grund war die spezifisch deutsche Wahrnehmung der Erdbeben- und Tsunamikatastrophe in Japan als „Reaktorkatastrophe“ und der deshalb beschlossene Ausstieg aus der Kernenergie. Eine Entscheidung getroffen im Zustand „kollektiver Besessenheit“, wie Zettel meinte.

Zum Glück blieb er seinem Vorsatz nicht lange treu. Doch am 25. Februar 2013 verstummte Zettels Stimme für immer, noch zwei Tage zuvor hatte er die Wahlen in Italien kommentiert. Seine treuen „Zimmerleute“ – die Kommentatoren aus dem Forum zum Blog – schalteten eine Traueranzeige in der FAZ und beschlossen, den „Zettels Raum“ im Sinne des Gründers fortzuführen. Ein Besuch des Blogs lohnt also auch heute noch – sowohl, um das Archiv zu durchstöbern, als auch wegen der aktuellen Artikel. Doch Zettel bleibt unersetzlich. ●

„Vermischung von Verantwortung und Haftung vermeiden“

Die Zukunft Europas bleibt eine der drängendsten Fragen der Zeit. Im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat eine Expertenkommission Ideen für ein künftiges Europa erarbeitet, die im Mai dieses Jahres veröffentlicht wurden. Über das Manifest „Für ein Europa der Freiheit und der Bürger“ sprach *liberal* mit dem Vorsitzenden der Kommission, **Hermann Otto Solms**.

Herr Solms, wie würden Sie die Kernforderungen des Manifests in wenigen Worten zusammenfassen?

Integration darf in Europa nicht in einen Gegensatz zu den Grundprinzipien der Demokratie und Subsidiarität geraten. Es geht darum, die demokratische Legitimation der europäischen Einigung zu verbessern, die Zuordnung von Kompetenzen und Verantwortung konsequent und eindeutig am Subsidiaritätsprinzip auszurichten, ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten zuzulassen und jede Vermischung von Haftung und Verantwortung zu vermeiden. Wir müssen die europäische Integration als einen offenen, demokratischen Prozess gestalten. Entscheidend ist nicht irgendeine Zielvorstellung, sondern die Orientierung an Prinzipien, das gemeinsame europäische Wertefundament.

Das Manifest fordert eine Insolvenzmöglichkeit für Staaten im Euroraum. Wie soll das gelingen, ohne die befürchteten Ansteckungseffekte zu provozieren?

Zweierlei brauchen wir, um die Ansteckung zwischen Staats- und Bankensektor auf europäischer Ebene zu verhindern. Für die Banken: Insolvenz- und Restrukturierungsregime, nach deren Regeln sie abgewickelt werden können, ohne eine Kettenreaktion auszulösen. Was wir in Deutschland bereits geschaffen haben, brauchen wir für den gesamten Währungsraum. Wichtig ist dabei, eine Haftungshierarchie einzuhalten, wie sie in Zypern

durchgesetzt wurde: In erster Linie müssen die Bankeigentümer haften, nur wenn das nicht ausreicht, werden die langfristigen Geldgeber herangezogen, dann die Kunden der betroffenen Banken und schließlich die nationalen Steuerzahler. Die Steuerzahler anderer Staaten haften - wenn überhaupt - nur nach den im ESM geregelten strengen Bedingungen. Diese Regelung trägt dazu bei, dass die Banken veranlasst werden, geringere Risiken einzugehen. Zum anderen müssen wir für überschuldete Einzelstaaten ein Verfahren entwickeln, wie sie ihren Schuldenstand regeln und kontrolliert abbauen können. Da Staaten nicht wie Unternehmen im Zuge einer Insolvenz einfach untergehen können, wäre es in diesem Zusammenhang angemessener, von einem „Resolvenzverfahren“ zu sprechen. Eine solche Verfahrensweise würde sich an jener des Pariser Clubs orientieren. Solche Prozedere sind bekannt und nichts Neues, nur sind sie bislang nicht kodifiziert. Hilfen anderer Eurostaaten erhalten die betroffenen Länder genau wie bislang auch nur gegen Auflagen und Bedingungen.

Auch die Forderung nach einem temporären Austritt aus dem Euro findet sich im Manifest. Ist ein solcher Schritt ohne das beschriebene Resolvenzverfahren gangbar?

Für eine Übergangszeit kann der Austritt eine Möglichkeit sein. Eine Währungsabwertung kann grundsätzlich dabei helfen, die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Ohne Strukturverbesserun-

gen wird das aber nicht ausreichen. Ziel muss immer sein, allen Ländern einen Verbleib im Euroraum zu ermöglichen. Ein solcher Rückzug aus der gemeinsamen Währung müsste daher im Rahmen eines Insolvenzverfahrens stattfinden und zuvor vertraglich geregelt werden.

Das Initiativrecht für das Europäische Parlament (EP) ist eine so naheliegende Forderung, dass man sich fragen muss, wieso es nicht schon lange in Kraft ist.

Das EP verfügt bisher nicht über die gleiche demokratische Legitimation, wie sie den nationalen Parlamenten gegeben ist.

Um das zu ändern, müssten die kleinen Staaten überzeugt werden, ihre zur Bevölkerungszahl überproportionale Repräsentanz im EP aufzugeben. Wie?

Das Grundprinzip der Demokratie lautet nun mal „One man one vote“. Deutschland ist eindeutig unterrepräsentiert. In der aktuellen Situation zeigt sich, dass Deutschland für den Zusammenhalt Europas und vor allem der Währungsunion ein zentraler Faktor ist. Angesichts dessen ist die Forderung nach fairerer Repräsentation durchaus gerechtfertigt.

Also die Krise als Chance?

Im Rahmen des weiteren Zusammenwachsens Europas muss es auch demokratischer organisiert werden.

Auch die No-Bail-out-Klausel soll wieder gelten. Wie macht man das „den Märkten“ glaubhaft?

Die Stabilitätskriterien von Maastricht und die No-Bail-out-Klausel sind weiterhin gültig. EFSF und ESM wurden vereinbart, um diese Vertragsbedingungen so weit wie möglich zu erhalten und gleichzeitig Instrumente zur Überwindung der Krise bereitzustellen.

In diesem Rahmen ist es in meinen Augen statthaft, gegen strikte Auflagen Hilfen zur Wiedererlangung der Wettbewerbsfähigkeit zu gewähren. Aber die Hilfen müssen zeitlich und der Höhe nach begrenzt sein. Und das muss auch in der Zukunft so bleiben.

Eine Forderung, die zumindest mir neu, aber sofort einleuchtend ist, lautet, Budgetüberschreitungen einer Regierung automatisch mit einer Mehrwertsteuererhöhung zu ahnden, um dem Wähler ein direktes Feedback zu geben.

Die Idee ist in der Tat neu, sie entstammt dem Werkzeugkasten des Sachverständigenrates. Im Rahmen des geforderten Altschuldentilgungsfonds - den ich strikt ablehne - wurde diese Möglichkeit der Sanktion vorgeschlagen. Ich halte sie für sehr vernünftig. Denn so wird den Wählern des betroffenen Staates frühzeitig signalisiert: Die Finanzpolitik eurer Regierung ist nicht akzeptabel, und ihr müsst die Zeche zahlen. Das wird über den demokratischen Prozess Konsequenzen nach sich ziehen, weil die Bürger dies bei den Wahlentscheidungen berücksichtigen werden.

Es geht also auch um die Stärkung der Subsidiarität, sodass der Bürger weiß, welche Instanz überhaupt für welche Regelung zuständig ist.

Und er muss darauf Einfluss nehmen können! Entscheidungen müssen immer auf der bürgernächsten Ebene getroffen und von Politikern verantwortet werden, die sich auf eben dieser Ebene dem Wählervotum stellen müssen - es sei denn, es gibt zwingende Gründe, Entscheidung und Verantwortung auf einer höheren Ebene anzusiedeln. Eine demokratisch nicht hinreichend legitimierte europäische Bürokratie darf sich nicht in den Bereich der privaten Lebensführung einmischen, wie beispielsweise im Falle der Glühbirnenverordnung. ●

„Entscheidungen müssen immer auf der bürgernächsten Ebene getroffen werden.“





Foto links: ZU/Ilja Mess



Learning in a box: Container dienen bis zur Fertigstellung des Erweiterungsbaus als Ausweichquartier, der Wohnwagen vor dem Präsidentenbüro fungiert als Besprechungsraum.

ZU schön

Sie ist privat, sie kommt ohne Steuergelder aus, sie ist anders als alle anderen deutschen Universitäten. Und dennoch ist die Zeppelin Universität (ZU) in Friedrichshafen kein Ort, der Kindern reicher Eltern vorbehalten wäre.

// TEXT // **BORIS EICHLER**

Nach ein paar Stunden auf dem Campus der Zeppelin Universität in Friedrichshafen fragt sich der Besucher, warum Studierende seit Jahrzehnten gegen Studiengebühren demonstrieren. Die hier die Uni besuchen tun es nicht. Dabei hätten gerade sie allen Grund: 19.600 Euro kostet zum Beispiel der zweijährige Vollzeit-Master in Wirtschaftswissenschaften. Doch auf dem gesamten Unigelände finden sich keine Protestgraffiti, keine zerplatzten Farbbeutel an den Wänden, auch kein AStA-Megafon ist zu hören.

Anlass zum Protest gäbe es für die Studierenden durchaus, denn im Normalfall bringen nicht ihre wohlhabenden Eltern das Geld auf - die Sparkasse Bodensee streckt vor. Etwa zwei Drittel der Studierenden nehmen das „StudentLoanProgram“ in Anspruch: Studieren auf Pump.

Wer vor dem Studium die Prospekte der ZU liest, lernt schnell: Die ticken nicht ganz richtig. Und bezeichnen ihre Studiengebühren als „im Sinne von Karl Marx“, ja sogar als: „sozial gerecht. Weil Sie als Akademiker später einmal eine überdurchschnittliche Bildungsrendite erzielen werden und sich deswegen auch an den durch Bildung entstehenden Kosten beteiligen sollten. Weil Sie damit auch Verantwortung für Ihre Bildungsbiografie übernehmen.“ »

Foto: Boris Eichler

Aber was ist dort unten schon normal, an dieser Uni am Bodensee. Superabiturienten mit Einschnitt sind klar im Nachteil, weil hier niemand daran glaubt, Noten könnten die Qualitäten eines Menschen abbilden. Einkaufen können sich die Bewerber auch nicht. Die Aspiranten können sich nicht einmal vernünftig auf das Bewerbungsverfahren vorbereiten, denn die ZU verspricht, unbeantwortbare Fragen zu stellen, um anschließend eine „kriterienlose und subjektive Auswahl“ zu treffen. Soll man sich eher mutig oder demütig geben? Die Uni will beides. Eher forschungsinteressiert oder doch mehr praktisch veranlagt? Die Uni will beides. Und wie sie ihre Auswahl trifft, ist alles andere als modern.

Auf welches Ideal das Verfahren abzielt, vermittelt die ZU den Kandidaten anhand eines Zitats von Karl Jaspers: „Das gesamte Universitätsleben hängt ab von der Art der Menschen, die sich in ihm zusammenfinden. Nicht weniger als von den Professoren hängt das Universitätsleben ab von der Art der Studenten.“ Das ist nicht modern, sondern 1946. Damals veröffentlichte Jaspers sein Buch „Die Idee der Universität“. An anderer Stelle formulierte er: „Die Universität ist an den

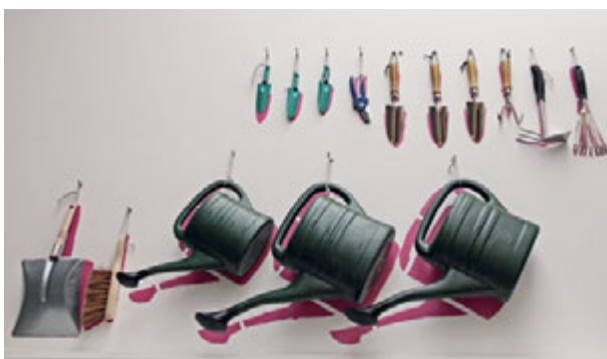
Staat gebunden“. Im Falle der ZU trifft das kaum noch zu - allein insofern, als der Staat ihre Freiheit duldet.

Die Universität sucht Studierende, die als Selbstständige tätig waren, Auslandsaufenthalte absolvierten, gesellschaftliches Engagement zeigten, kurz: Nachdenkliche und Suchende mit Brüchen in ihrer Biografie. Genau genommen sucht sie nach Ansätzen davon. Denn wer kann schon mit 19 oder 20 auf derlei verweisen? Kein Zufall: Nach Friedrichshafen kommen nicht wenige, die woanders geschmissen haben. Soziale Gründe sind es nicht, weswegen sie angenommen werden. Auf ein akademisches Gnadenbrot darf kein Bewerber hoffen. Die entsprechenden Kandidaten haben einfach mehr beizusteuern als andere.

Christian Schnell ist nach einer kurzen Zeit in Berkeley und einem abgebrochenen dualen Studium an der ZU gelandet. Vier Wochen vor Aufnahme des Studiums wusste er nicht, dass es diese Uni überhaupt gibt. Dann ging alles ganz schnell. Er war überzeugt, dass er mehr Spaß daran finden würde, wissenschaftsorientierter zu studieren. Diese Einschätzung sieht er bestätigt. Trotzdem sei das Studium harte Arbeit, vor allem in den ersten Semestern.

Reise zum Mittelpunkt der Erde:

Stipendiat Christian Schnell im von Jules Verne inspirierten Mondcontainer. Lernen für die Zukunft und Gärtnern für die schöne Gegenwart in der Containeruni.



Die ZU nennt sich nicht Hochschule *für* Wirtschaft, Kultur und Politik, sondern Hochschule *zwischen* Wirtschaft, Kultur und Politik. Nicht viel, sagt Schnell, sei hier so wie an anderen Unis, selbst die Studiendauer weiche ab. Statt anfangs drei dauert der Weg zum Bachelor nun vier Jahre – mit einem Forschungsjahr in der Mitte des Studiums. „Was gleich ist, das sind unterm Strich die Inhalte. Daran können wir nicht viel ändern. Aber die Vermittlung der Inhalte funktioniert anders, die Interpretation, die Diskussion“, findet Schnell, den die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit einem Stipendium unterstützt. „Unternehmen, die Karrieristen unter den Absolventen suchen, sind bei uns an der falschen Adresse: Wir studieren hier um des Studierens willen, um herauszufinden, was wir selber möchten.“

Das gelingt nicht selten und mündet in vielen Fällen in der Gründung eines eigenen Unternehmens. Bereits 120 Existenzgründungen hat der Mutterkuchen ZU hervorgebracht: Ofenfrische Cookies über einen Online-Shop bietet „knusperreich“ an, „deinBus.de“ schaffte es mit einem juristischen Trick, Fernbusreisen zu organisieren, schon bevor die schwarz-gelbe Koalition in diesem Jahr das entsprechende Verbot aus dem Jahr 1931 kippte. Oder das Blog „Dutyduck“, das bei Fragen zu Zollbestimmungen umfassend informiert – ein Thema, das in Zeiten grenzüberschreitenden Internethandels immer wichtiger wird. Damit das nicht zu langweilig wird, präsentieren die Blogger zusätzlich jede Woche Produkte, für die sich ein Blick über den Tellerrand der europäischen Zollgrenzen wirklich lohnt. Die ZU hilft über ihre Gründerförderung „ZU Micro Equity | ZUME“ auch mit Geld: Bis zu 50.000 Euro Eigenkapital fließen im Austausch für eine Unternehmensbeteiligung in Höhe von 10 Prozent.

Wer kein Unternehmen gründet, erbt vielleicht eines. Als europaweit erster berufsbegleitender Master für Family Entrepreneurship richtet sich ein ZU-Studiengang an Nachfolger und angehende Führungskräfte in Familienunternehmen, die unter Berücksichtigung der Besonderheiten dieser Unternehmensart betriebswirtschaftliche Kenntnisse erwerben möchten.

Zu den Studierenden gehörte Max Koch. Koch wurde im Alter von über 40 Jahren etwas überraschend Bürgermeister einer kleinen Gemeinde in der Schweiz – ohne zuvor weiterreichende Erfahrungen in der Politik gesammelt zu haben. Max Koch kandidierte anschließend erfolgreich für die FDP für das Kantona-



ZU IN ZAHLEN (STAND: SS 2013)

- 2403 Studienbewerber**
- 1013 immatrikulierte Studenten**
- 217 Mitarbeiter**
- 72 Uni-Partnerschaften weltweit**
- 47 Professoren**
- 33 Prozent Anteil der Studiengebühren an der Uni-Finanzierung**
- 67 Prozent Drittmittel und Stiftungserträge**
- 20 Prozent BAföG-Empfänger**
- 12 eigene Stipendienprogramme**
- 10 Prozent erfolgreiche Bewerber zum Bachelor-Studium**
- 1 Prozent Studienabbrecher**

Fakultäten:

- Corporate Management & Economics (Wirtschaftswissenschaften)
- Communication & Cultural Management (management-orientierte Kommunikations- und Kulturwissenschaften)
- Public Management & Governance (managementorientierte Politik- und Verwaltungswissenschaften)

le Parlament Appenzell-Außerrhoden und wurde 2007 in seinem Amt als Bürgermeister bestätigt. Nach dem Sprung ins kalte Wasser der Gemeinde- und Kantonspolitik entwickelte er kurz darauf den Wunsch, Praxis und Theorie durch ein Studium an der ZU zu verbinden. „Die Möglichkeit, in kleinen Gruppen zu arbeiten, und das Seminarangebot haben mich überzeugt“, sagt Koch.

Woran es etwas hapert, meint Stipendiat Christian Schnell, ist der Studierendennachwuchs aus der näheren Umgebung. Die meisten seiner Kommilitonen kommen aus den Großstädten des Landes nach Friedrichshafen, nur wenige stammen aus der Bodenseeregion. Und die Großstädter mit ZU-Erfahrung dürften sich von Semester zu Semester immer ratloser fragen, warum Studierende in Berlin und Köln seit jeher gegen Studiengebühren demonstrieren – anstatt für eine bessere Uni. ●



BORIS EICHLER hat aus Frust an der Uni sein Jurastudium erst als Autodidakt und dann mithilfe eines Repetitors bewältigt. Aber zu seiner Studienzeit gab es die ZU noch nicht ...
eichler@libmag.de

Freie Mitarbeiter

Almuth ist Tischlerin und tippelt seit viereinhalb Jahren durch die Lande. Die Bäckerin Sarah hatte 2011 zuletzt ein Zuhause, und für Johanna beginnt bald die Reise ihres Lebens. Die Walz ist ein altertümliches, doch auf einem Mobilität fordernden Arbeitsmarkt zugleich hochmodernes Lebenskonzept auf Zeit. Das ist auch attraktiv für Frauen, die sich trauen. // TEXT // **RALF KALSCHEUR**

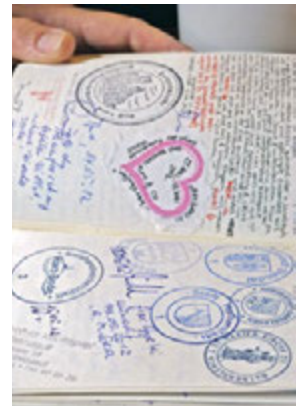
Die Möbel und ein paar Dinge, die ihr etwas bedeuten, hat sie bei ihren Eltern eingelagert. Geräte, Kleidung und all den Kram und Tand, der sich im Lauf des Lebens angesammelt hat: verliehen, verschenkt, weggeschmissen. Der Handyvertrag macht ihr noch Sorgen, Kündigungstermin verpasst, diese Bindung lässt sich nicht so leicht lösen. Am Vorabend ihrer Wanderjahre liegt Johanna Zwar auf dem Boden ihrer ausgeräumten Wohnung in Radolfzell am Bodensee und überlegt, was ihr wichtig ist. Die Tischlerin ist 27, all ihre Habseligkeiten passen in ein Bündel, darin Decke, Leibwäsche, Zahnbürste. MP3-Player einpacken oder nicht? Johanna wird ihn tragen müssen, Schritt für Schritt. Ist er das wert? Die Reise wird es zeigen, denn der Player kommt mit.

„Ich weiß nicht, ob ich das schon ganz begriffen habe, alles aufzugeben, das bisherige Leben, den Komfort - und fortzugehen“, sagt Johanna. „Aber ich will das unbedingt machen. Meinen Beruf habe ich damals schon mit dem Gedanken an die Möglichkeit der Wanderschaft gewählt.“ Sie ist gut in ihrem Tischlerberuf, schloss die Gesellenprüfung in der Männerdomäne als Innungssiegerin ab. Doch die Prüfung, die Johanna nun bevorsteht, ist ungleich herausforder-

der und verlangt von der nur 1,60 Meter großen Frau besonders viel Mut. „Ich weiß, dass ich mich im Ernstfall wohl nicht gegen einen Angreifer wehren könnte“, sagt sie, „aber ich habe trotzdem keine Angst.“ Das verbreitete Sicherheitsbedürfnis, das im Unvorhersehbaren nur Gefahr erkennt, ist Johannas Sache nicht.

Ihre Kluft mit den Perlmutterknöpfen trägt Johanna zum ersten Mal öffentlich am Tag ihrer Losbringung, so will es die Tradition. Sie muss aufs Ortsschild klettern und sich rücklings in die ausgestreckten Arme anderer Wandergesellen fallen lassen. Diese begleiten sie dann aus der Bannmeile, die 50 Kilometer weit rund um Johannas Heimatort reicht und die sie drei Jahre und einen Tag nicht mehr betreten darf. Johannas Eltern macht vor allem die Kontaktsperre zu Beginn der Walz zu schaffen, erzählt die 27-Jährige. Rund zwei Monate soll Funkstille zur Heimat herrschen, damit sich die Wandergesellin ganz auf sich und ihre Reise konzentrieren kann.

Eine Angst gibt Johanna doch zu. Es geht nicht um den Nagel, mit dem man ihr im archaischen Ritual ein »



Steter Begleiter: Das Wanderbuch ist der Wandergesellen wertvollster Besitz. Arbeitgeber schreiben Zeugnisse hinein, Wegesbekanntschaften hinterlassen gute Wünsche. Dazwischen steht, was die Walz mit Almuth Gentner (rechts) gemacht hat.



Fotos: Alexander Haselhoff; privat

Unterwegs im Namen des

Handwerks: Die freireisende Bäckerin Sarah Dorothea Schumann trägt ihr Pepita-Berufsmuster durch die Welt. Sie arbeitet, wo es ihr gefällt. Doch wenn es regnet oder schneit, verlangt die Walz alles von der 24-Jährigen.



Ohrloch schlägt. Sie hat auch keine Bedenken, unterwegs am Hungertuch nagen zu müssen. „Ich habe nur große Sorge, dass meinen Eltern während der Wanderschaft etwas passiert und ich nicht erreichbar bin.“ Es wird wohl ein tränenreicher Abschied von Familie und Freunden werden. Johanna ist bereit.

Die auf der Strecke bleiben

Almuth Gentner ist Johannas Exportgesellin, wenn es losgeht. So nennt man im Fachjargon der Walz die Altgesellin, die die Jungwanderin in den ersten Wochen der Reise begleitet und mit der tradierten Regelwelt ihres Handwerks vertraut macht. Regel Nummer eins: Einer ist alle! Das Konzept Walz steht und fällt mit dem tadellosen Benehmen und guten Ruf der Wandergesellen. Denn der Vertrauensvorschuss, den die Kluft repräsentiert, öffnet Türen: zu Lebensmittel- und Geldgebern, Schlaf- und Arbeitsplätzen. Es sind mündlich überlieferte Verhaltensvorgaben, die von Generation zu Generation weitergegeben werden.

Almuth ist eine überaus erfahrene Lehrerin. Die 32-jährige freireisende Tischlerin aus Coburg in Oberfranken ist seit viereinhalb Jahren auf der Walz, mit Johannas Losbringung endet ihre Reise. „Ich werde müde“, sagt Almuth, die nach drei Jahren und einem Tag noch nicht ankommen wollte. Nun sehnt sie sich danach, in ihrem eigenen Zuhause Gäste empfangen zu können, nicht nur Gast und Bittsteller zu sein. Die groß gewachsene Brünette träumt von farbenfrohen Kleidern und vor allem davon, die altjüngferlich wirkende Kluft endlich ablegen zu können: „Ich bin jetzt bereit, mich in eine andere Richtung zu entwickeln. Tippeln zu gehen ist nur eine Phase im Leben, und die sollte nicht zu lang sein.“ Es gibt Wandergesellen, die den Zeitpunkt des Absprungs verpasst haben, die nicht mehr runterkommen von der Walz. Sie scheuen den Weg zurück ins bürgerliche Leben mit seinen Verpflichtungen und Gebundenheiten - und bleiben auf der Strecke.

Walz mit dem Wind

Almuths Wanderbuch ist das Logbuch ihrer zu Ende gehenden Reise. Alle Wandergesellen führen eines, es ist ihr wertvollster Besitz. Arbeitgeber schreiben Zeugnisse und Empfehlungen hinein, Bürgermeister stempeln die Stippvisite beglaubigende Stadtsiegel auf die Seiten, Wegesbekanntschaften hinterlassen gute Wünsche. Und zwischendrin steht all das, was die Walz mit Almuth gemacht hat. Am Anfang stand der Schmerz. „Ich hatte riesige Blasen an den Füßen, da musste ich mich durchbeißen. Man darf dann nicht stehen bleiben.“ Etwa 30 Kilometer Strecke legt sie heute pro Tag zurück, das findet Almuth „locker“. „Ich will beim Wandern Zeit haben, um mit Menschen zu sprechen und die Gegend zu erleben. Das ist genauso wichtig wie das Dazulernen im Handwerk.“

Almuth wanderte und trampelte zunächst, so ist es üblich, kreuz und quer durch deutschsprachige Gefilde. Am Bodensee hat sie einen alten Zirkuswagen neu aufgebaut, im Tiroler Landestheater Kulissen geschreinert. In den kalten Monaten sucht sie sich irgendwo eine warme Werkstatt zum Arbeiten. Schlafgelegenheiten stellen ihr meist die Arbeitgeber, auch Kirchen oder Landwirte haben oft eine Kammer oder ein Sofa frei. Für die Unterkunft wie auch fürs Fortkommen darf die Wandergesellin kein Geld ausgeben.

Im dritten Jahr ihrer Reise hat sich Almuth von der Walz nach Bremerhaven treiben lassen. „Dort habe ich

in einer Werft gearbeitet, in der auch das Segelschiff ‚Alexander von Humboldt‘ gerade zur Reparatur lag“, erzählt sie. Das Abenteuer lag vor Anker, und Almuth hatte Glück: Als die majestätische Bark in See stach, durfte die Tischlerin mitsegeln, Kurs Kapverden. Wind und Törnplan der Humboldt führten sie über den Atlantik, in die Karibik. Auf Barbados gefiel es der Wandergesellin, sie ging an Land, bestaunt von den Einheimischen ob ihrer dort so exotisch wirkenden Aufmachung.

Wandergesellen dürfen nicht länger als drei Monate an einem Ort bleiben. Das gilt für Bottrop wie für Barbados. Also gab Almuth ihren Tischlerjob unter Palmen wieder auf, besorgte sich ein Flugticket und reiste dahin, wo sie schon immer hinwollte: Kanada. „Ich bin sechs Monate lang Tausende Kilometer quer durch dieses großartige Land gereist“, erzählt die 32-Jährige. Arbeit fand sie überall schnell, deutsche Handwerker genießen einen guten Ruf im Ausland, selbst wenn sie mit Stenz - so heißt der Wanderstab - und Schlapphut daherkommen. „Ich habe dort viel Respekt erfahren, die Leute waren total interessiert, denn Kanadier haben keinen Begriff von der Walz.“

Tagelang wanderte Almuth durch menschenleere Wildnis, allein im Dialog mit der Natur und ihrem Wanderbuch. Sie schlief unterm Sternendach, hörte Wölfe heulen. „Ein Schwarzbär hat mal meinen Weg gekreuzt“, erinnert sie sich. War sie während ihrer Wanderjahre denn nie in Gefahr? „Nein“, sagt sie erst, dann: „Na ja, einmal hat mir beim Trampen der Fahrer plötzlich seine Hand aufs Bein gelegt. Den hab‘ ich angebrüllt, und dann ist der ganz kleinlaut weitergefahren.“ Seitdem legt sie den Stenz immer neben sich und den Fahrer, als Barriere und sichtbares Zeichen ihrer Wehrhaftigkeit.

Frauen bringen neue Sitten

„Wandergesellinnen sind keine Bürohäschen“, sagt die Regisseurin Julia Daschner: „Die können sich durchsetzen und kennen von der Baustelle einen rauen Umgangston.“ Für ihren in der Tippielszene viel beachteten Film „Auf der Walz“ hat Daschner fünf Wandergesellen ein Stück des Wegs begleitet, darunter zwei Frauen. „Wir haben im Heu geschlafen oder unter freiem Himmel am Lagerfeuer auf der Wiese“, schwärmt die Filmemacherin. „Das war toll, frei und wildromantisch, überall waren die Gesellen gern gesehen und wurden freundlich aufgenommen.“

Daschner sieht in den Wandergesellen moderne Freelancer, denn sie sind flexibel und mobil, haben Auslandserfahrung und eine hohe Arbeitsmoral.

Doch Matilda, so nennen die Wandergesellen ihren Weg, ist auch unerbittlich. „Im Regen in Bushaltestellen oder in Tiefgaragen übernachten, das war schon hart“, erinnert sich die Regisseurin. Das Gefühl der Obdachlosigkeit schlich in ihren klammen Schlafsack. Wandergesellen haben mit Clochards nichts gemein, doch eine alte Unsitte bewirkt zuweilen eine nur verschwommen wahrzunehmende Unterscheidbarkeit. Daschner: „Unter Gesellen wird traditionell viel Alkohol getrunken. Statt sich rechtzeitig eine ordentliche Bleibe für die Nacht zu suchen, wird noch ein Bier aufgemacht.“ Die 32-Jährige hat erlebt, dass zünftige Gesellen wegen der Sauferei nach Hause „begleitet“ wurden: „Da greifen die anderen Gesellen zur Selbstjustiz, wenn das nach außen hin sichtbar wird.“ Einer ist alle.

Trinkfestigkeit spielt bei vielen Ritualen eine wichtige Rolle. In den vier ausschließlich Männer aufnehmenden Traditionsschächten herrscht prinzipiell Alkoholzwang. In den 1980er-Jahren wurden im »



WANDERJAHRE

Das zünftige Wandern wird häufig auch als **Walz**, **Tippelei** oder **Gesellenwanderung** bezeichnet. Die Wanderschaft dauert üblicherweise drei Jahre und einen Tag und beginnt nach dem Abschluss der Lehrzeit. Heute begeben sich die Gesellen freiwillig auf Wanderschaft. Während des Spätmittelalters bis zur beginnenden Industrialisierung war die Wanderschaft eine Voraussetzung der zünftigen Gesellen, um die Meisterprüfung ablegen zu dürfen. In einer Zeit, in der so gut wie keine überregionale Informationsweitergabe stattfand, war dies eine sehr einfache Möglichkeit, das Wissen über fortschrittliche Arbeitsweisen, neue Erkenntnisse über die verwendeten Materialien und auch über neue Werkzeuge zu verbreiten. Ein Handwerker, der sich auf der Walz befindet, wird auch als „Fremdgeschriebener“ oder auch als „Fremder“ bezeichnet. Nach Schätzungen der C.C.E.G., der Dachorganisation aller europäischen Gesellenzünfte, sind derzeit ca. 500 Wandergesellen und Wandergesellinnen weltweit fremdgeschrieben. Der Frauenanteil liegt bei fünf bis zehn Prozent.

Quelle: Bund Deutscher Zimmermeister

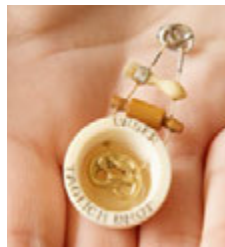


Zuge der Emanzipation und einer Sensibilisierung für alternative Lebensweisen zwei neue Schächte gegründet, die auch Frauen aufnahmen. Zudem zogen immer mehr Wandergesellen, vor allem Frauen, ohne Bindung an Schächte los. Die Freireisenden halten sich an die ungeschriebenen Regeln der Walz, gehen mit altertümlichen Zunftzwängen jedoch unverkrampfter um. „Die Frauen haben dafür gesorgt, dass die Zunft nicht mehr eine so große Rolle spielt“, erklärt Julia Daschner, „die führen neue Sitten ein.“ Ihre Unabhängigkeit müssen sich die Freireisenden jedoch teuer erkaufen: Das Herbergsnetzwerk der Schächte steht ihnen nicht zur Verfügung.

Neue Rezepte fürs Handwerk

„Ich muss mir meine Kontakte zwar selber suchen, aber ich hatte einfach keine Lust auf Schachtstrukturen“, erzählt die freireisende Bäckerin Sarah Dorothea Schumann: „Das ist ja wie im Fußballverein!“ Sarah ist seit eineinhalb Jahren auf Wanderschaft - und traf in zahlreichen Backstuben auf überraschte Gesichter: „Viele Meister, die ich nach Arbeit gefragt habe, wussten gar nicht, dass auch Bäcker auf die Walz gehen.“ Sie selbst hat erst im Laufe ihrer Ausbildung von der Möglichkeit erfahren, als sie zufällig einen einheimisch gemeldeten früheren Wandergesellen kennenlernte.

Unser täglich Brot: Auch Bäckerin Sarah führt ein Wanderbuch, das sie im traditionellen Felleisen, einer Art Tornister, bei sich trägt. Daneben steht der Stenz, ihr Wanderstock. Das Ohrloch für den zünftigen Ohrhring wird üblicherweise mit einem Nagel geschlagen.



„Gesellen unter 30, die ledig, kinderlos, schuldenfrei und nicht vorbestraft sind, können auf die Straße“, erklärt Sarah die Voraussetzungen. Die Walz soll nicht zur Flucht aus der Verantwortung missbraucht werden.

Die 24-Jährige hofft auf eine Renaissance der alten Ausbildungstradition, die mit der zunehmenden Mechanisierung im 19. Jahrhundert Bedeutung einbüßte und später von den Nationalsozialisten verboten wurde: der freiheitliche Geist der Wandergesellen überstieg den Horizont der völkischen Bewegung. Heute sind etwa 500 bis 700 Wandergesellen unterwegs, genaue Zahlen gibt es nicht. Etwa zehn Prozent davon sind Frauen.

„Wir wollen die Bäckerwalz wiederbeleben“, sagt Amin Werner, Hauptgeschäftsführer beim Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks. Noch vor vier Jahren gab es keine reisenden Bäckergesellen mehr, so Werner, jetzt seien immerhin neun unterwegs. Neun von 30.000 Lehrlingen im Bäckerhandwerk. „Es ist schwierig: Die Schächte möchten nicht mit uns zusammenarbeiten und unabhängig bleiben, einen Schacht gründen wollen wir aber auch nicht“, erklärt Werner. Darum hat der Verband eine zentrale Website für die Bäckerwalz aufgesetzt und Anreize geschaffen: Wandergesellen werden zum Beispiel zehn Prozent Rabatt bei den Gebühren für die Meisterschule eingeräumt. „Die werden später gute Chefs“, sagt Amin Werner: „Die ganze heutige Backwaren-Vielfalt ist das Ergebnis der jahrhundertealten Tradition, in der Fremde mit neuen Rezepturen und Rohstoffen zu arbeiten.“

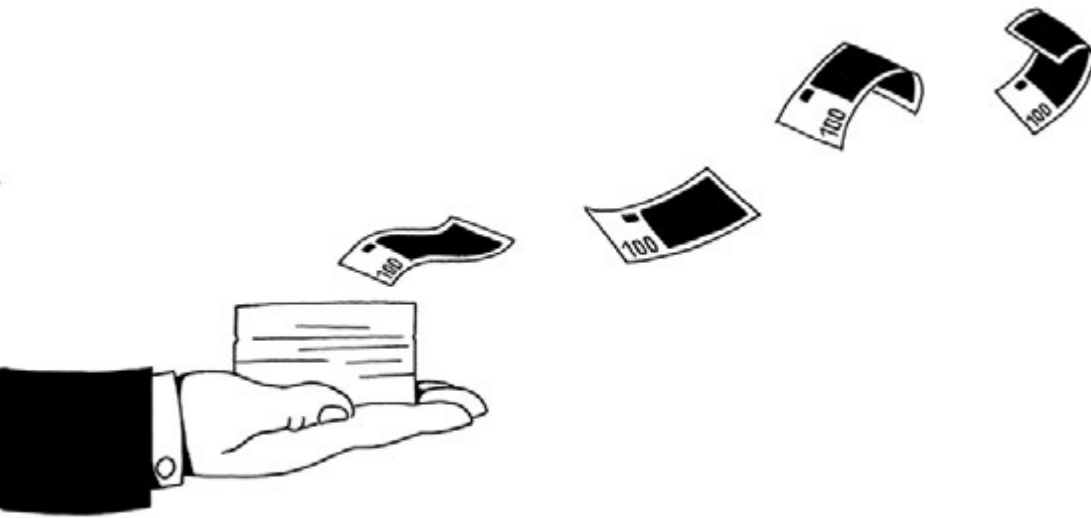
Sarah wird das Pepitamuster ihrer Kluft bald nach Übersee tragen. Die Bäckerin reist im Sommer nach Kanada, um neue Wege zu gehen - für sich und ihr Handwerk. ●



RALF KALSCHOUR ist mit Block und Hut als freier Autor unterwegs. Sein Handwerk erlernte er in der Journalistenschule Ruhr. Die Tippierei führte ihn nach Berlin, wo er lebt und nicht selten jungen Menschen begegnet, denen er die Walz wünscht.
redaktion@libmag.de

IN JEDER AUSGABE VON LIBERAL BELEUCHTEN WIR GEMEINSAM MIT DEM BUND DER STEUERZAHLER
DEN UMGANG MIT UNSEREN STEUERGELDERN. THEMA DIESMAL:

VELOCITY AD ABSURDUM



Freiburg, Karlsruhe und Offenburg dürfen sich freuen. Sie haben vom Verkehrsministerium die Landesauszeichnung „Fahrradfreundliche Kommune“ erhalten. Damit werden Städte und Kommunen ausgezeichnet, die sich um eine vorbildliche Radverkehrsförderung verdient gemacht haben. Doch nicht nur Ruhm und Ehre sind mit der Auszeichnung verbunden, sondern auch ein „hochwertiger Preis“. Hochwertig ist er wirklich, der Preis: Es handelt sich um einen Fahrradzähler in Form einer 2,50 Meter hohen Säule zum Stückpreis von rund 20.000 Euro inklusive der notwendigen Induktionsschleife, Fracht und Mehrwertsteuer. Für die Preisträger ist die Zähsäule übrigens auch nicht umsonst, denn die Kosten für die Installation lagen im Durch-

schnitt bei circa 6.000 Euro. Als sichtbares Zeichen im öffentlichen Raum sollen die Fahrradzähler den hohen Stellenwert der Radverkehrspolitik unterstreichen und deutlich machen, dass „jede/r Radler/in zählt“.

Den ausgezeichneten Kommunen - so die Idee dahinter - soll damit die Möglichkeit für eine zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit zur Entwicklung und Stärkung der kommunalen Radkultur eröffnet werden. Auch die lokalen Statistiker dürften ihre Freude an dem Preis haben, sollen die Säulen doch auch als verlässliche Dauerzählstellen des fahrradgebundenen Verkehrs dienen - allerdings nur an der einen Stelle. Somit ist zweifelhaft, ob diese Zählung tatsächlich zielführend ist. Nicht geklärt ist überdies die Frage, ob Baden-Württembergs Verkehrsminister Winfried Her-

mann (Grüne), der alle drei Säulen an einem Tag einweihete, die kleine Rheintour mit dem Fahrrad absolviert hat.

Eine dazu passende Kuriosität aus Hannover: Ende August 2012 begann im Stadtteil Ricklingen der Rückbau des Fahrradwegs an der Ostseite der Stammestraße. Weil die Stammestraße in ihrem südlichen Teil als Tempo-30-Zone ausgewiesen ist, sind Fahrradfahrer nicht verpflichtet, den Radweg zu nutzen. Sie sollen auf der Straße fahren. So will es die Verkehrspolitik der Landeshauptstadt. Doch muss man tatsächlich geschätzte 70.000 Euro aus der Steuerkasse für den kompletten Rückbau eines intakten Radwegs und für die Neupflasterung als erweiterten Bürgersteig ausgeben? ●

Kontakt: info@steuerzahler.de

Die Aufständische

Für die Armutsbekämpfung in der Welt galt jahrelang: ein Maximum an Hilfe. Esther Duflo, Ökonomin am Massachusetts Institute of Technology (MIT), fordert dagegen ein Ende der Patentlösungen, mehr Realismus und stärkeres Verantwortungsbewusstsein in der Entwicklungshilfe, um die Lage der Bedürftigen wirklich zu verändern.

// TEXT // **CHRISTINE MATTAUCH**

Es sah nach einer perfekten Lösung aus. Moderne Öfen, kostenlos verteilt unter den Armen, sollten die offenen Feuer in den Hütten ersetzen. Sie sollten vor Rauchvergiftung schützen und den Ausstoß des Klimagifts Kohlendioxid reduzieren. Die Global Alliance for Clean Cookstoves sammelte Spenden, die frühere amerikanische Außenministerin Hillary Clinton setzte sich für ihre Verteilung ein. Dann kam Esther Duflo. Über vier Jahre hinweg beobachtete sie im indischen Orissa, wie die Haushalte mit ihren neuen Errungenschaften umgingen. Ergebnis: Nach etwa einem Jahr kehrten sie zu ihren traditionellen Feuern zurück. Die Öfen waren aus Sicht der Nutzer zu kompliziert zu bedienen. Zudem leuchtete ihnen der positive Nutzen für Gesundheit und Umwelt nicht ein - oder er wog zumindest nicht schwer genug, um das gewohnte Verhalten zu ändern. Der Titel von Duflos Studie: „Up in Smoke“, in Rauch aufgelöst, sagt alles.

Die Ökonomin sitzt in ihrem Büro am Massachusetts Institute of Technology (MIT) und erzählt das ganz sachlich, ohne jeden Triumph. „Wir waren wirklich überrascht

von dem Ergebnis. Wir nahmen an, die Öfen seien effektiv.“ Dann lacht sie kurz und fügt hinzu: „Aber ich bin froh, wenn sich herausstellt, dass ich falsch liege. Das bedeutet, wir hatten einen echten Erkenntnisgewinn!“

Herausfinden, wie es wirklich ist: Mit diesem Ansatz ist die 40-jährige MIT-Professorin zu einem Star in der Wirtschaftswissenschaft geworden. Weil sie unerbittlich konventionelles Wissen infrage stelle, setzte das *Time-Magazine* sie 2011 auf die Liste der 100 einflussreichsten Menschen der Welt. Duflo wurde mit der John Bates Clark Medal der American Economic Association ausgezeichnet, die in der Zukunft als „kleiner Nobelpreis“ gilt. Und gerade verlieh ihr das von Professor Hans-Werner Sinn geleitete Münchner Center for Economic Studies den Titel „Distinguished CES Fellow“ - „für ihre bahnbrechenden Methoden auf dem Gebiet der Armutsforschung“.

An ihrem Auftreten hat das nichts verändert. Sie gibt sich unprätentiös, trägt meistens Jeans. Doch hat sie mehr als viele andere dazu beigetragen, die weltweite Entwicklungshilfe effektiver zu machen: Duflo prüft, ob Projekte überhaupt wirken. Denn »

A portrait of a woman with dark, shoulder-length hair, looking upwards and to the left. She is wearing a dark brown jacket and a necklace made of large, clear, faceted beads. The background is a solid, muted teal color.

„ICH BIN FROH,
WENN SICH
HERAUSSTELLT,
DASS ICH
FALSCH LIEGE.
DAS BEDEUTET,
WIR HATTEN
EINEN ECHTEN
ERKENNTNIS-
GEWINN.“

Gescheitert: die gute Absicht der Global Alliance for Clean Cookstoves, durch die Verteilung moderner Öfen arme Inder vor Rauchvergiftungen zu schützen und den Ausstoß des Klimagifts Kohlendioxid zu reduzieren. Nach etwa einem Jahr nutzten die meisten Haushalte wieder ihre traditionellen Feuerstellen.



sie findet es unverantwortlich, Geld in Maßnahmen zu lenken, von denen man gar nicht weiß, ob sie die Lage der Armen tatsächlich verbessern. Schließlich sind Ressourcen knapp und sollten nicht verschwendet werden. „Da ist es doch nur vernünftig, das zu überprüfen“, sagt sie.

Ihre Methoden stammen aus der Pharmaforschung, gemeinsam mit ihrem MIT-Kollegen Abhijit Banerjee hat Duflo sie in die Ökonomie übertragen. Schon lange werden neue Medikamente mit Kontrollgruppen getestet, deren Teilnehmer zufällig ausgewählt werden. Die einen bekommen die echte Arznei, andere ein Placebo, wieder andere überhaupt nichts. Ganz ähnlich verfahren Duflo und ihre Mitstreiter. Als „randomized trials“ wird das Prinzip in der

• VERBÜNDETE IN YALE •

Parallel zu der Lab-Initiative von Duflo und Banerjee gründete der Ökonom Dean Karlan an der Yale University in New Haven eine ähnliche Organisation, Innovations for Poverty Action (IPA). Ursprünglich als praktische Ergänzung zur MIT-Aktion gedacht, haben die Vereinigungen heute ähnliche Schwerpunkte und unterstützen sich gegenseitig. Zahlreiche Wissenschaftler sind in beiden Netzwerken vertreten; auch Esther Duflo selbst. IPA-Geschäftsführerin ist ihre Schwester Annie, eine Harvard-Absolventin. Der Bedarf an Forschung ist so groß, dass beide Organisationen stetig wachsen. Mit über 600 Mitarbeitern, Büros in 14 Ländern und über 400 Studien ist IPA mindestens ebenso bedeutend wie das in der Öffentlichkeit bekanntere J-PAL.

Fachwelt bezeichnet. Gerade testet die 40-Jährige für die indische Regierung, wie am effizientesten zu erreichen ist, dass die Armen mit Jod und Eisen versetztes Salz kaufen. Reicht es, sicherzustellen, dass das Salz in Geschäften angeboten wird? Was bringen eine Aufklärungskampagne und Subventionen? Mehrere Hundert zufällig ausgewählte Dörfer nehmen an dem Versuch teil. Duflo: „In etwa zwei Jahren sehen wir, wo sich die Gesundheit am meisten verbessert hat.“

Das Thema Armut hat die gebürtige Französin schon als Kind fasziniert. Ihre Mutter, eine Pariser Kinderärztin, engagierte sich in Hilfsprojekten in der Dritten Welt. Dass Esther Duflo später an der berühmten École normale supérieure Wirtschaftswissenschaften studierte, hatte aber eher mit ihrer Begeisterung für Mathematik zu tun. Erst am MIT, von dem sie 1998 ein Stipendium erhielt, entdeckte sie die Entwicklungsökonomie. Seither lehrt und forscht sie in ihrer akademischen Wahlheimat: Es ist ein Campus mit Nimbus und Renommee, direkt am Charles River, der Boston und Cambridge trennt. Duflo schwärmt von den „wunderbaren Kollegen“ und „exzellenten Studenten“. Doch sie hat sich auch ein kritisches Auge bewahrt. „Es ließe sich hier einiges verbessern“, erklärt sie, während sie quer über einen eingefassten Rasen läuft. „Die Gebäude kommunizieren nicht miteinander“ - sie stehen auf dem Campus wie hingewürfelt. Zu wenig Stadtplanung.

Duflo hatte schon immer ihren eigenen Kopf. 2003 gründete sie zusammen mit Banerjee das Poverty Action Lab (PAL), das heute im zweiten Stock des Hermann Building, einem Betonklotz mit Fenstern wie Schießscharten, eine halbe Etage belegt. Fotos aus Afrika, Asien und Lateinamerika schmücken den Flur - tanzende, tratschen-

• ARMUT STRESST •

Arme in der Dritten Welt sind im Vergleich mit Menschen in entwickelten Ländern hoffnungslos überlastet – warum, erklärt Esther Duflo in ihrem Buch „Poor Economics“. Den Einwohnern von Industrieländern wird für viele grundlegende Dinge die Verantwortung abgenommen: Stadtwerke sorgen für sauberes Trinkwasser, Arbeitgeber führen Sozialbeiträge ab. Selbst von der Entscheidung, ob Kinder zur Schule gehen sollen, werden sie entlastet – es herrscht Schulpflicht. In Entwicklungsländern hingegen müssen die Armen all das selbst besorgen, zusätzlich zu Arbeit und Familie. Duflo tritt deshalb dafür ein, es ihnen so leicht zu machen wie möglich: indem

zum Beispiel Desinfektionsmittel direkt neben dem Dorfbrunnen erhältlich sind und Basismedizin kostenlos in Anspruch genommen werden kann. „Die Skepsis gegenüber einer freien Verteilung von Gütern ist wahrscheinlich übertrieben, auch unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten“, meint die Ökonomin.

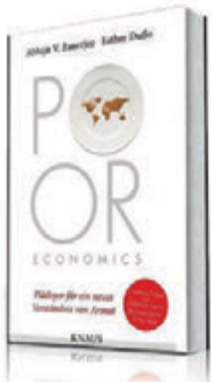
de, arbeitende, dösende Menschen. Es sind Szenen, wie sie auch bei uns aufgenommen werden könnten, und das genau ist wohl die Absicht: Besuchern zu vermitteln, wie normal der Alltag für viele Menschen in der Dritten Welt ist. „Die Armen leben ihr Leben“, sagt Duflo, „sie sind geschäftig, haben Familie, viele haben Arbeit.“ Das ist ein anderes Bild als die Szenen von Hungernden und Sterbenden, die man aus den Medien kennt. Doch das ist nicht Duflos Klientel. „Ich arbeite nicht mit verzweiferten Menschen“, sagt sie. In Notsituationen wären Experimente, wie sie sie betreibe, einfach unmenschlich.

Rund 350 randomisierte Studien sind bis heute durch Wissenschaftler des PAL erstellt worden. Rund 70 Ökonomen aus 51 Ländern gehören dem Netzwerk an. Es wird zu gro-

ßen Teilen durch Spenden des MIT-Absolventen Abdul Latif Jameel finanziert, der mittlerweile den weltweit größten unabhängigen Toyota-Vertrieb leitet, und trägt dessen Namen. Es gibt Büros in Frankreich, Chile, Südafrika, Indien, neuerdings Indonesien. Das Buch „Poor Economics“, das Duflo zusammen mit Banerjee schrieb, wurde von der *Financial Times* und der US-Bank Goldman Sachs zum Wirtschaftsbuch des Jahres 2011 gekürt. Die deutsche Übersetzung erschien im vergangenen Sommer unter gleichem Titel. Duflo mag persönlich uneitel sein, aber sie ist stolz auf diesen Erfolg und durchaus sendungsbewusst. „Wir erleben einen Paradigmenwechsel in der Entwicklungshilfe“, sagt sie.

Ihre Studien helfen Praktikern. So entdeckten die Forscher, dass ausgerechnet

»



Irrtum aufgeklärt:

Duflo fand heraus, dass Moskitonetze genauso intensiv genutzt werden, wenn sie gratis sind. Bis dato waren Ökonomen davon ausgegangen, sie seien den Menschen mehr wert, wenn sie dafür bezahlen mussten.

„WIR MÜSSEN
HINSEHEN UND
ERST EINMAL
VERSUCHEN, DIE
ARMEN ZU
VERSTEHEN.
UND DAS
BRAUCHT ZEIT.“



ZU BETTLERN ERZOGEN

Wurmuren das beste Mittel sind, um den Schulbesuch zu fördern. Die Parasiten befahlen weltweit 400 Millionen Schulkinder. Bekämpft man die Krankheit, nimmt der Unterrichtsbesuch schlagartig um 20 bis 25 Prozent zu. Kosten pro Kind: lächerliche 50 Cent im Jahr. Das führte zur Gründung mehrerer "Deworming"-Initiativen, die Kuren für Millionen Kinder finanzierten. Lehrreich waren auch Duflos Experimente mit Moskitonetzen zur Malariaprävention: Gratis verteilt, wurden diese ebenso häufig eingesetzt, wie wenn für sie ein kleiner Betrag zu entrichten war. Viele Ökonomen waren zuvor davon ausgegangen, dass kostenpflichtige Netze intensiver genutzt werden, weil sie den Armen im wahren Sinne des Wortes mehr wert sind.

Duflo kritisiert Kollegen, die auf gut Glück mit Hilfe loslegen. Wie Jeffrey Sachs, Direktor des Earth Institutes an der Columbia University. Er gründete die so genannten Millennium Villages - Dörfer in Afrika, die hohe Spenden für eine nachhaltige Entwicklung erhalten. Ob die Initiative Erfolg hat oder nicht, ist kaum messbar, weil die Dörfer nicht nach dem Zufallsprinzip ausgewählt wurden. Auf der anderen Seite distanziert sie sich von Experten wie William Easterly von der New York University, die Entwicklungshilfe als Einmischung des Westens radikal ablehnen. Duflo argumentiert, dass die Armen häufig viel zu überlastet sind, um

Veränderungen zu initiieren. Sensible Eingriffe von außen könnten Reformen anstoßen, die vor Ort weitergeführt werden: „So kann eine stille Revolution beginnen.“

Auch Duflos eigener Ansatz ist durchaus umstritten. Es gibt Kollegen, die sie als „Randomista“ verspotten und anderen Methoden den Vorzug geben, etwa der theoretischen Beweisführung oder Labortests. Tatsächlich sind Duflos Zufallstests nicht perfekt. Sie lassen sich zum Beispiel nicht auf makroökonomischer Ebene anwenden - dafür müssten ganze Staaten an Experimenten teilnehmen. Mitunter ist wohl auch die Wirklichkeit zu komplex für die Tests - unterschiedliche Rahmenbedingungen können die Ergebnisse verfälschen. Duflo kennt die Kritik und räumt Schwachpunkte ihrer Methode ein. Doch sie sind aus ihrer Sicht nur ein Argument, um die Forschung zu intensivieren. Was sie empört, sind Schlendrian und Selbstüberschätzung. „Wir sollten aufhören, so zu tun als hätten wir Patentlösungen parat“, fordert sie in „Poor Economics“. „Wir müssen hinsehen und erst einmal versuchen, die Armen zu verstehen. Und das braucht Zeit.“ ●



CHRISTINE MATTAUCH arbeitet in New York als freiberufliche Korrespondentin. Es würde sie nicht wundern, wenn Esther Duflo eines Tages den Wirtschafts-Nobelpreis erhalten würde
redaktion@libmag.de



• „ENTWICKLUNGSKONTINENT“ •

Noch nie ist die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas so kritisch kommentiert worden wie in den letzten Jahren. Neu ist auch, dass gerade afrikanische Wortführer rundheraus die Einstellung der Entwicklungshilfe fordern. Die Broschüre mit dem Titel „Entwicklungskontinent Afrika - Perspektiven und Handlungsempfehlungen“ entstand als Ergebnis einer Veranstaltung in Hannover und kann unter folgender Adresse als PDF-Datei heruntergeladen werden:

<http://ow.ly/kGDFo>

EINEN NOCH STÄRKER ÖKONOMISCH ORIENTIERTEN ANSATZ als Duflo und ihre Mitstreiter vertritt der marktliberale Kenianer James Shikwati. Seine radikale Forderung lautet: Stoppt jegliche Entwicklungshilfe! Der Gründer des Thinktanks „Inter-Region Economic Network“ (IREN) ist überzeugt, dass ausländische Hilfe Afrika schade, da sie die freie Entfaltung der afrikanischen Ökonomie unterbinde, die dem rohstoffreichen Kontinent eine prosperierende Zukunft sichern könnte. Mit Unterstützung von liberal-konservativen Organisationen aus den USA reist er um die Welt und publiziert seine Thesen zur



Gegner der Hilfen: James Shikwati fordert neben Handelsfreiheit auch freie Reise- und Migrationsmöglichkeiten sowie liberalisierte Arbeits- und Kapitalmärkte für Afrika.

„Entwicklungsindustrie“. Diese finanziere eine korrupte Clique reicher Eliten, die den Interessen der wohlhabenden Länder diene und die Bevölkerung als Feinde betrachten. „Es geht ums Geschäftemachen, und es geht um eigene geopolitischen Interessen“, warf er den Gebern in einem Interview mit der Zeit vor. Das Ergebnis sind nach Analyse Shikwatis riesige Bürokratien, die den Unternehmergeist der Menschen untergraben und ein wirtschaftsfeindliches Klima produzieren. Doch die Entwicklungshelfer erzogen die Afrikaner nicht nur zu unselbstständigen Bettlern, sondern zerstörten mit ihren Kleider- und Nahrungsmittelspenden zudem die lokalen Produktionsmärkte. „Afrika muss den Schritt in die Moderne selbst gehen. Es muss einen Mentalitätswechsel vollziehen und anfangen in Wirtschaftskategorien zu denken“, sagte er gegenüber dem Spiegel. Entsprechend fordert er freien Marktzugang für Afrikas Rohstoffe und perspektivisch vor allem für fertige Produkte.



Mit dem Stolz der Deutschen ist es ja der jüngeren Vergangenheit wegen zu Recht so eine Sache. Worauf aber viele Landsleute uneingeschränkt stolz sind, ist die weltweite Wertschätzung für die deutsche Brautradition. Dumm nur, dass es ausgerechnet der Franzose Napoleon Bonaparte war, der durch die Abschaffung des Zunftzwangs dem hiesigen Bier zu seinem Höhenflug verhalf. // TEXT // **ANTJE SCHIPPMANN**

Die deutsche Bierkultur ist weltberühmt: Gedichte, Filme und Lieder preisen den deutschen Gerstensaft. Ja, sogar ein eigener Tourismustrend ist entstanden, der Besucher aus aller Welt seit Jahren in deutsche Brauereien führt. Aber auch im Eigenverbrauch sind die Deutschen mit jährlich 110 Litern pro Kopf weltweit unter den Spitzenländern: Nach Kaffee, Wasser und Limonade ist das bittere Gebräu der Deutschen liebster Trunk. Fast 90 Millionen Hektoliter, also 18 Milliarden Halbe-Liter-Flaschen, werden hierzulande laut Statistischem Bundesamt jährlich geleert. Eintönig wird es dennoch nicht: Bei gut 5.000 Bieren aus über 1.300 Brauereien kann der geneigte Trinker theoretisch 13,7 Jahre lang jeden Abend eine andere deutsche Bierart verköstigen.

Diese Spitzenwerte verdanken die Deutschen auch einem Franzosen: Napoleon Bonaparte. Mit seinem Siegeszug und der Einführung des „Code Civil“ wurden die

strengen Brauregularien zugunsten der Gewerbefreiheit abgeschafft und der Weg für die rasante Entwicklung der deutschen Braustuben geebnet. Bevor wir uns jedoch dem modernen Brauwesen zuwenden, sollten wir einen Blick in die Geschichte des Bieres werfen.

Opfergabe für die Götter

Die Herkunft des Begriffes Bier ist umstritten: Behaupten einige, es leite sich vom lateinischen „bibere“ (trinken) ab, sind andere der Ansicht, es stamme von dem althochdeutschen „pior“ und gehe auf den sanskritischen Trinkbegriff zurück. Wiederum andere verorten den Ursprung im alemannischen Begriff für Gerste, „brewo“. Wie dem auch sei: Das Ur-Bier hat mit dem heutigen nicht viel zu tun, vielmehr fallen darunter alle Getränke, die aus stärkehaltigen Rohstoffen, versetzt mit verschiedenen Gewürzen, mittels Gärungsprozess gewonnen wurden. Die Geschichte des Bieres ist so alt wie die Ge-

schichte des Getreideanbaus - und kaum minder alt sind Reglementierungen von Herstellung, Zusammensetzung und Verkauf desgleichen, was allerdings nicht zwangsläufig zur Qualitätssteigerung beitrug.

Schon vor 9.000 Jahren verstanden sich die frühesten Kulturvölker nicht nur auf die Bestellung von Feldern, sondern auch auf Gewinnung bierähnlicher Getränke durch Gärung von Hirse und Getreide. Erstmals gewerblich betrieben wurde die Braukunst im fünften Jahrtausend vor unserer Zeit, als professionelle Brauer zwischen Euphrat und Tigris Bier zum Tausch produzierten. Bier war ihnen dabei so wertvoll, dass sie sich nicht nur selbst daran berauschten, sondern als Opfergabe auch ihre Götter daran teilhaben ließen.

Die Babylonier hoben die Kultivierung des Brauwesens auf eine neue Stufe: König Hamurabi (1728-1686 v. Chr.) erließ in seinem legendären Kodex ganze 320 Gesetze zur Regelung der Bierpreise, Biersteuer und



Der Schaumkönig

Produktion. Zudem galt der König als recht rabiater Vertreter eines frühen Reinheitsgebotes: Produzenten wässrigen Bieres ließ er kurzerhand in ihrem eigenen Gesöff ertränken. Von den Babyloniern inspiriert, übernahmen die angrenzenden Kulturen die Braukultur, und bald betranken sich auch Araber, Aramäer und Äthiopier fröhlich mit bierähnlichem Gebräu.

In unseren Breiten waren die Germanen die Ersten, die sich mit der Bierherstellung befassten. Vermutlich brachten ihre Vorfahren die Braukunst aus Mittelasien mit. Der erste Hinweis auf Bierkonsum im nordbayerischen Kulmbach stammt aus dem 8. Jahrhundert v. Chr. Als Germanien noch zum Römischen Reich gehörte, dominierte jedoch der Weinanbau, da die Römer keinen Gefallen am Getreidesaft fanden. Kaiser Julian verfasste gar ein Spottgedicht über das „nach Geißbock“ riechende Gebräu der Gallier. Der Biergenuss galt den feingeistigeren Römern als Ausweis des Barbarentums.

Mit dem Niedergang des Römischen Reiches im 4. Jahrhundert n. Chr. und der darauffolgenden Völkerwanderung kam der Hopfen aus Asien nach Mitteleuropa. Würzten die Germanen ihren Getreidetrunk zuvor unter anderem mit Petersilie, Wacholder und Kümmel, war nun dauerhaft ein schmackhafter Bitterstoff gefunden. Einen kurzzeitigen Rückfall in vormoderne Brauzeiten gab es gerüchteweise in der DDR: Aufgrund der glänzend funktionierenden Planwirtschaft war der zwecks Devisengewinnung ins Ausland gebrachte Hopfen zur Mangelware geworden, weshalb zeitweise angeblich mit Rindergalle gewürzt wurde.

Fünf Liter am Tag in der Fastenzeit

Mit der Ausbreitung des Christentums wandelte sich die Braukultur: Die in Frömmigkeit lebenden Mönche waren irdischen Genüssen nicht vollkommen abhold, kultivierten die Bierproduktion in bisher ungekanntem Ausmaß und begannen mit dem

gewerblichen Vertrieb ihrer Erzeugnisse. Vor allem in der Fastenzeit stieg der Bierkonsum der Mönche auf bis zu fünf Liter pro Tag, da das nahrhafte Getränk das Hungergefühl minderte und nicht den Grundsatz „Liquida non frangunt ieiunium“ („Flüssiges bricht das Fasten nicht“) verletzte. Mehrere Jahrhunderte lang blieb das gewerbliche Brauwesen fest in den Händen der Geistlichen, bis im Mittelalter zunehmend kleine Familienbetriebe mit der Produktion des bitteren Gerstensafts begannen. Diese waren allerdings nicht nur an ein bestimmtes Grundstück, den sogenannten „Bierhof“, gebunden. Sie unterstanden auch dem Zunftzwang: Für den gewerblichen Vertrieb des Bieres musste der Brauer also Mitglied der örtlichen Zunft sein, da diese die Steuern an den jeweiligen Landesfürsten zahlte. Diese „Biergeld“ genannten Steuern haben viele Städte bereits im Frühmittelalter erlassen, da sie neben der Brot- und Fleischsteuer eine der lukrativsten Einkommensquellen »



Wegbereiter der deutschen Bierhochkultur: Napoleon Bonaparte, Kaiser der Franzosen, König von Italien und Protektor des Rheinbundes.

darstellten und für die Landesherrscher auch politisch bedeutsam waren. Der Grund: Nur sie - und nicht die römisch-deutschen Kaiser - hatten Anspruch auf das Biergeld. Das klassische Bierland Bayern etwa hat bereits im Jahr 1290 erste Biersteuern erlassen - finanziert wurde damit auch der ausschweifende Lebensstil des Adels, dessen Angehörige selbst lieber Wein tranken. Zwar gab es im Flickenteppich des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation selbstverständlich ebenso viele Bierregeln wie Machtgebiete, dennoch war das Brauen überall stark reglementiert. Wer sich dem Zunftzwang entzog und als sogenannter „Heckwirt“ in einer Hausbrauerei illegal Bier herstellte und ausschenkte, riskierte hohe Geldstrafen und Brauverbote. Dabei reizten Hausbrauer nicht allein die Steuerersparnisse: Das in den zugelassenen Brauereien hergestellte Bier war oftmals von minderer Qualität, weshalb sich die experimentierfreudigeren Heckwirte mit ihren oft schmackhafteren Gerstensäften großer Beliebtheit erfreuten. Die Zunftbrauer hingegen verdankten ihre Existenz oftmals lediglich dem protektionistischen Eingreifen der Obrigkeit. Die schützte sie nämlich vor der Konkurrenz der Hausbrauereien, während diese - obgleich sie das qualitativ höherwertige Produkt anboten - in der Illegalität operieren mussten.

Die Restriktionen des freien Handels beschränkten sich freilich nicht allein auf das Brauereigewerbe, sondern waren Regelfall in der Feudalgesellschaft. Die wirtschaftstheoretischen Überlegungen - und ihre praktische Umsetzung - ab dem 16. Jahrhundert waren vom Merkantilismus geprägt. Staatliche Intervention und die Regulierung des Binnenmarktes wurden als politische Instrumente gepriesen. Auf der anderen Seite verschärfte sich mit Beginn der Frühmoderne die Kritik an diesem Wirtschaftsmodell: Von den Einwänden David Humes und John Lockes gegen die merkantilistische Fixiertheit auf eine positive Außenhandelsbilanz und die Verweigerung freien Handels inspiriert, formulierte Adam Smith mit seinem Opus magnum „The Wealth of Nations“ die bekannteste Kritik am Merkantilismus.

Galten zuvor noch Schutzzölle und hohe Exportraten um buchstäblich jeden Preis als Garanten des Wohlstands, so ebneten Smiths Theorien der späteren Freihandelslehre den Weg.

Duft der Freiheit in den Braustuben

Den Schutz des persönlichen Eigentums als Voraussetzung für die Entfaltung des Bürgertums setzte jedoch für wesentliche Teile Europas ein Franzose durch: Napoleon Bonaparte. Sein „Code Civil“ garantierte nicht nur die Gleichheit vor dem Gesetz, sondern schuf auch die gesetzlichen Grundlagen moderner Marktwirtschaft. Die Abschaffung des Zunftzwangs beendete die Restriktionen, denen die Produzenten in der Ständegesellschaft unterworfen waren: Mit der nun geltenden Gewerbefreiheit entschied nicht mehr der jeweilige Landesherrscher nach Gutdünken, sondern Geschick und Durchsetzungsfähigkeit auf dem Markt. In Preußen wurde der Zunftzwang durch die Stein-Hardenbergschen Reformen abgeschafft, die unter dem Modernisierungsdruck Frankreichs verabschiedet wurden.

Der neue Duft der Freiheit zog nun also auch in die Braustuben ein, die fortan nicht

Auch den Damen mundet das

deutsche Braugut: Die Fernsehmoderatorin und Schauspielerin Petra Schürmann Ende der 60er-Jahre mit einem Glas Bier posierend.



“ You can't be a real country unless you have a beer and an airline. It helps if you have some kind of a football team, or some nuclear weapons, but at the very least you need a beer. ”

FRANK ZAPPA



mehr an vorgegebene Brauorte gebunden waren, sondern nach Belieben expandieren konnten. Zwar reduzierte sich dadurch die hohe Zahl der kleinen Brauereien, weil sich im Konkurrenzkampf die besten durchsetzten und in überregionalen Großbrauereien zusammenschlossen. Für das Braugewerbe insgesamt dürfte jedoch gelten, was Maurice Hoffmann in seiner umfassenden Abhandlung „5000 Jahre Bier“ von 1956 schrieb: „Die Verhinderung des freien Wettbewerbes durch die Zünfte und die Stadtverwaltungen hat in vielen Fällen nicht zur Förderung des Braugewerbes beigetragen. Die Bestrebung, jedem Gewerbetreibenden die ‚Nahrung‘ zu sichern und dafür zu sorgen, dass der eine Betrieb nicht größer wurde als der andere, widerstrebte dem gesunden Tätigkeitsbetrieb.“

Mit dem Wegfall des Zunftzwangs sank nicht nur die Zahl der Hausbrauereien. Es stieg gleichzeitig die produzierte Gesamtbiermenge sprunghaft an: Wurden in Bayern, dem deutschen Kernland des Bieres, 1807 noch knapp 3,7 Millionen Hektoliter Gerstensaft produziert, so hatte sich diese Menge bis 1874 auf rund zwölf Millionen Hektoliter gut verdreifacht. In Sachsen vervierfachte sich die Biergewinnung zwischen 1855 bis 1875 sogar.

Zwar waren auch wissenschaftlicher und technischer Fortschritt, wie etwa die Verbesserung der Gärungstechnik, die Einführung neuer Kühlmethoden oder die Erfindung

des Saccharometers für diesen rasanten Anstieg mitverantwortlich. Doch die gewinnbringende Anwendung dieser Neuerungen bedurfte der modernen, arbeitsteiligen Produktionsweise in Großbrauereien.

So glühten vor allem in den neu gegründeten Aktienbrauereien die Sudkessel. Die erste wurde 1838 von 14 gut betuchten sächsischen Bürgern gegründet: die „Brauerei zum Waldschlösschen“ in Dresden. Das dort erzeugte Bier erfreute sich nicht nur in Elbflorenz großer Beliebtheit: Es war von so hoher Qualität, dass es ab 1855 nach Brasilien und ab 1863 nach Paris exportiert wurde. In Bayern wurden zwischen 1859 und 1874 insgesamt 14 Aktienbrauereien gegründet, die alsbald für den Großteil der Bierherstellung verantwortlich waren. Zum Vergleich: 1874 produzierte eine Aktienbrauerei in Bayern im Durchschnitt bereits 130-mal mehr Bier als eine alteingesessene Hausbrauerei, die ohne Fremdkapital auskommen musste.

Die neue Freiheit des Braumarktes begünstigte durch Kapitalanhäufung den technischen Fortschritt: Gabriel Sedlmayr, Gründer der legendären Münchener Spatenbrauerei, unterstützte 1873 Carl von Linde mit finanziellen Mitteln bei der Herstellung einer konstant arbeitenden Kältemaschine, die für das Brauergewerbe nicht weniger als eine Revolution darstellte. Waren bis ins 19. Jahrhundert hinein obergärige und in der Qualität stark

schwankende Biere die Regel, konnten die Brauer dank der neuen Kühltechnik qualitativ hochwertige, untergärige Biere in großen Mengen herstellen.

Natürlich schritt diese Konzentrierung des Biergewerbes auch im 20. Jahrhundert weiter voran. Die 25.000 Brauereien, die 1873 im deutschsprachigen Raum zu verzeichnen waren, reduzierten sich bis heute auf rund 1.300, während die produzierte Biermenge von 38 Millionen auf rund 100 Millionen Hektoliter anstieg.

Um den Durst der Deutschen zu stillen, mussten die Brauer mehr Bier in kürzerer Zeit produzieren. Der freie Markt ebnete den Weg für die neue, effektivere Brauweise. Auch heute noch werden große Mengen des erfrischenden Gerstensaftes in Brauereien hergestellt, die in der Aufbruchsstimmung des 19. Jahrhunderts gegründet wurden, wie etwa Krombacher (1803) oder Bitburger (1817). Aber auch Traditionsbrauereien wie die älteste noch betriebene deutsche Braustube in Weihenstephan - gegründet als Klosterbrauerei 1040, durch Druck von Napoleon 1803 verstaatlicht - konnten sich auf dem Markt durchsetzen. Und mittlerweile wird das Freisinger Weißbier sogar am Strand von Tel Aviv ausgeschenkt. ●



ANTJE SCHIPPMANN arbeitet als freie Journalistin und trinkt am liebsten Pilsner Urquell. Aber natürlich nicht beim Schreiben.
antje.schippmann@gmail.com



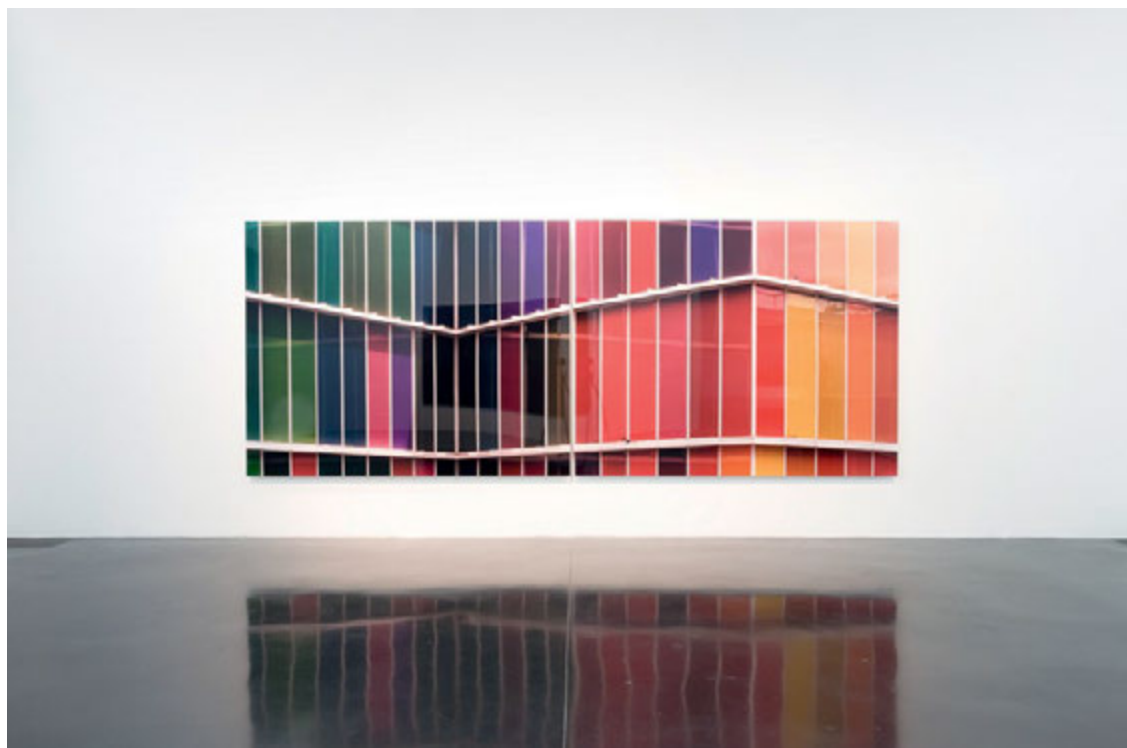


„Els Colors 3“, 2012

Alles nur Fassade

Architekturfotografen fotografieren Gebäude. Stimmt. Doch im Falle des Künstlers Ola Kolehmainen sind sie gar nicht als solche zu erkennen.

Der Finne interessiert sich vor allem für die Oberflächen von Häusern – er porträtiert ihre Außenhäute. // TEXT // **CORNELIA DÖRRIES** // FOTOS // **OLA KOLEHMAINEN** »



„Minimal Interventions of Linear Elements“, Diptychon 2007:
New Art Gallery Walsall, 2009

Ola Kolehmainen

als finnischen Architekturfotografen zu bezeichnen, das ist sicher nicht falsch, aber ungefähr so erhellend wie die Feststellung, dass Lionel Messi ein argentinischer Leistungssportler ist. Auch wenn Kolehmainen zeitgenössische Bauwerke fotografiert, haben seine Arbeiten mit dem dokumentarischen Anspruch der traditionellen Architekturfotografie nicht viel gemein. Denn er sucht seine Motive nicht in den plastischen Strukturen der Gebäude, sondern in den glatten Oberflächen und repetitiven Rastern ihrer Fassaden. Was deren eindimensionales Gleichmaß ins Poetische überführt, spürt er mit der Kamera auf: Lichtreflexionen, das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Texturen, Farbwechsel, Schattenwürfe, aber auch anarchisch grünen Pflanzentriebe in Fugenritzen oder einen kleinen Vogel auf einem Vorsprung.

Mit seinem Werk ist der 1964 geborene Ola Kolehmainen zu einem der bekanntesten Vertreter der sogenannten Helsinki School avanciert. Diese lose Assoziation von derzeit 34 Künstlern verbindet weniger ein gemeinsamer Stil als vielmehr ein Abschluss in Fotografie an der Art and Design School der Aalto University in Helsinki. Die

nahm Kolehmainen im Jahr 1993 auf, nachdem er sein Journalismusstudium nach ein paar Semestern gelangweilt abgebrochen hatte. Seiner künstlerischen Ausbildung widmete er sich nebenberuflich; seinen Lebensunterhalt bestritt er als Bildredakteur bei den finnischen Fernsehnachrichten. Es dauerte eine Weile, bis er in der Fotografie zu seinem Sujet fand. „Ich merkte recht schnell, dass ich keine Lust hatte, Menschen zu fotografieren. Ich weiß noch, wie furchtbar ich es fand, als ich für ein Studienprojekt meine Kommilitonen porträtieren sollte“, erinnert er sich. Erst beim Thema „Stillleben“, für das er im Studio Miniaturräume baute und fotografierte, stieß er auf das, was er gesucht hatte: Ruhe.

„Von Beginn an gab es in meiner Fotografie eine starke Beziehung zu Räumen. Doch ich betrachtete sie damals noch nicht als Architektur“, so Kolehmainen. Nach seiner ersten Ausstellung in den späten 90er-Jahren - eine Serie von Aufnahmen leer stehender Industriehallen - nahm er sich ein Jahr Auszeit von der Arbeit beim Fernsehen. „Things started to happen“, sagt er heute. Es kam Bewegung in die



„In Its Own“, 2006

verwandelt; er selbst wohnt im bürgerlichen Westen. Die Ruhe, die er damals im Fotografieren von leeren Räumen fand, liegt auch über seinem Atelier im zweiten Geschoss eines mächtigen Fabrikgebäudes: große Fenster, weiße Wände, Arbeitstische, ein hellgraues Sofa und dazu passende Sessel, Regale. Dass dort ein Künstler arbeitet, verraten nur die provisorisch aufgehängten, kleinformatischen Farbausdrucke und die großflächige blaue Arbeit „Approaching Void“, Diptychon 2006, die fast eine ganze Wand einnimmt. Kolehmainens eigentlicher Arbeitsplatz sind die Orte, an denen er fotografiert.

Dafür unternimmt er jährlich eine große Reise, die ihn über mehrere Wochen hinweg in mehrere Länder führt. Hat er sich für ein Gebäude entschieden, studiert er es zwei bis drei Tage. Er fotografiert es zu jeder Tageszeit, folgt dem Lauf der Sonne, sucht die richtige Position und wartet wie ein geduldiger Jäger auf den Moment, in dem das Haus etwas von sich preisgibt. Mitunter macht er von einem Objekt bis zu 500 Studienaufnahmen; erst dann kommt die Großformatkamera zum Einsatz. Ola Kolehmainen arbeitet ganz altmeisterlich mit analoger Technik, die ihm nicht nur Doppel-

und Dreifachbelichtungen erlaubt, sondern auch diese eigensinnige Ruhe bewahrt, indem sie von der bedächtigen Annäherung an ein Motiv in die Phase der schrittweisen Entwicklung und Bearbeitung einer Aufnahme übergeht.

Lange Zeit spielten die Architekten der Gebäude, die Kolehmainen fotografierte, für ihn keine Rolle. Erst mit der Einladung zur Sydney Biennale im Jahr 2010 begann er sich mit den Schöpfern der Objekte seiner Kunst zu beschäftigen. Damals bat ihn David Elliot, der Kurator der Schau, sich in seinem Beitrag mit australischen Baumeistern und ihren Werken auseinanderzusetzen. „Das einzige mir bekannte Bauwerk Australiens war bis dahin das Opernhaus in Sydney, entworfen von dem Dänen Jørn Utzon“, so Kolehmainen. „Doch durch die Teilnahme an der Biennale war ich gezwungen, mich zum ersten Mal systematisch mit Architekten und ihren Ideen zu befassen.“ Kolehmainen beginnt bei null. Er lernt den Pritzker-Preisträger Glenn Murcutt und dessen Wohnhäuser kennen und trifft auch Harry Seidler, einen österreichischstämmigen Architekten, der »

Fotografenkarriere, und irgendwann entwickelte sie sich so dynamisch, dass er seinen Fernsehjob ganz aufgab und den Absprung in das Dasein als Künstler wagte. Er landete in Berlin.

2003 kam Kolehmainen als Stipendiat des „Artist in Residence“-Programms für einen Monat an die Spree, in eine Stadt, in der sich das grell ausgeleuchtete neue Jahrtausend an räumigen Industrieruinen, Brachen und verlassenen Höfen scheuerte. „Berlin erlebte ich als ungeheuren Energieschub. Mir kam ein geregelter Tagesablauf völlig abhanden; ich schlief kaum noch, war ständig unterwegs und arbeitete wie besessen.“ Binnen weniger Wochen verliebte sich Ola Kolehmainen in Berlin und zog im Jahr darauf dauerhaft dorthin.

Zum hochtourigen, hysterischen Szenebetrieb in Berlin-Mitte hält er jedoch Abstand. Sein Studio liegt in einer unauffälligen Gegend, in der sich die Innenstadt allmählich in ein hässliches Gewerbegebiet



oben:
„Opportunity for Eye to Contemplate (Vol2)“, und
„Are You Talking to Me?“, Diptychon, beide 2007:
„Auf der Spitze des Eisbergs“,
Kunstmuseum Wolfsburg, 2009

rechts:
„Geometric Light 1“, 2012





Portrait: Iiro Mikkola

DER FOTOGRAF IN

SEINEM MOTIV: Ola Kolehmainen auf einem Balkon von Le Corbusiers Unité d'habitation am Berliner Olympiastadion. Auf diesem Foto ist ausnahmsweise nicht nur die Architektur zu erkennen, sondern auch der Künstler.

anders als Murcutt nicht nur in Australien, sondern auch in Europa baut. Immer wieder stößt der Fotograf auf Spuren seines Landsmanns Alvar Aalto, der vor allem bei Murcutts Innenarchitektur eine große Rolle spielt. Es ist der Beginn einer anhaltenden Auseinandersetzung mit Aaltos Architektur, aus der einige von Kolehmainens beeindruckendsten Arbeiten hervorgehen. Doch es ist nicht so, dass er den Spuren bestimmter Architekten folgen würde. Wenn er seine Reisen plant, dann nie anhand des Werkverzeichnisses eines Baumeisters.

Dass er mit seiner Fotografie das schöpferische Werk eines Architekten interpretiert, sich also eine gewisse Freiheit im Umgang mit der künstlerischen Arbeit anderer zugesteht, wurde ihm nach einer Veröffentlichung von Fotografien eines Gebäudes der Berliner Architekten Sauerbruch Hutton bewusst. „Louisa Hutton rief an und sagte mir, dass die Farben auf der Fotografie nicht korrekt wären“, so Kolehmainen. „Sie dachte, sie weist mich auf ein Versehen hin. Doch ich sagte ihr dann, dass diese Fehler Absicht sind.“ Auf seiner Reise in diesem Jahr wird er wieder ein Haus von Sauerbruch Hutton in Süddeutschland fotografieren - auf ausdrücklichen Wunsch der Architekten. Ob daraus ein Kunstwerk wird, vermag Kolehmainen nicht zu sagen. Manchmal verwirft er ein Projekt, manchmal wird ihm erst Jahre später klar, wie es funktionieren könnte. Dann fährt er wieder zu diesem Gebäude und sucht nach der richtigen Position, dem richtigen Licht und lässt den richtigen Moment kommen. In aller Ruhe. ●



CORNELIA DÖRRIES hat als Redakteurin des *Deutschen Architektenblatts* oft mit Bildern von Fassaden und Räumen zu tun. Nach dem Besuch bei Ola Kolehmainen weiß sie jetzt, dass solche Fotos auch aussehen können wie Gemälde von William Turner oder Caspar David Friedrich.
redaktion@libmag.de

liberal • Debatten zur Freiheit. Vierteljahressheft der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Reinhardtstraße 12, 10117 Berlin

Begründet von Karl-Hermann Flach und Hans Wolfgang Rubin

Herausgegeben von Dr. Wolfgang Gerhardt, Dr. Wolf-Dieter Zumpfort, Axel Hoffmann, Manfred Richter, Rolf Berndt, Dr. Irmgard Schwaetzer und Dr. Peter Röhlinger

Gesamtleitung: Kirstin Härtig

Redaktion Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit: David Harnasch (Chefredakteur, v.i.S.d.P.), Boris Eichler (Chef vom Dienst)

Redaktion corps: Wilfried Lülsdorf (Chefredakteur), Mirko Hackmann (Redaktionsleitung), Axel vom Schemm, Dorothee Vogt

Autoren dieser Ausgabe: Cornelia Dörries, Vince Ebert, Gisela Friedrichsen, Steffan Heuer, Michael Holmes, Ralf Kalscheur, Katharina Lotter, Christine Mattauch, Michael Miersch, Ulf Poschardt, Andreas Rebers, Martin Riexinger, Antje Schippmann, Andreas Schönfelder, Thomas Straubhaar, Zettel

Art-Direktion: Ernst Merheim (corps), Sabine Kühn (corps)

Bildredaktion: Achim Meissner (corps)

Titellillustration: Sabine Kühn

Gesamtherstellung:

corps. Corporate Publishing Services GmbH,
ein Unternehmen der Verlagsgruppe Handelsblatt
Kasernenstraße 69, 40213 Düsseldorf
Tel. 0211/5 42 27-700, Fax 0211/5 42 27-722
www.corps-verlag.de

Verlagsgeschäftsführung:

Holger Löwe, Wilfried Lülsdorf

Objektleitung: Christiane Reiners

Anzeigenleitung: Ralf Zawatzky, Tel. 0211/5 42 27-662,
ralf.zawatzky@corps-verlag.de

Anzeigenmarketing: Georgios Giavanoglou, Tel. 0211/5 42 27-663,
georgios.giavanoglou@corps-verlag.de

Anzeigendisposition: Tatjana Kampermann, Tel. 0211/5 42 27-671,
tatjana.kampermann@corps-verlag.de

Litho: TiMe GmbH

Druck:

Buersche Druck- und Medien GmbH
Gabelsbergerstraße 4, 46238 Bottrop

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder.

Vertrieb: DPV Network GmbH www.dpv.de

Bezugsbedingungen: Erscheinungsweise vierteljährlich; Abonnementpreis jährlich 28 Euro (Inlandspreis inklusive Gratis-App, zzgl. 10 Euro Porto und Verpackung); Preis des Einzelheftes 7,90 Euro (Inlandspreis, zzgl. 2,50 Euro Porto und Verpackung). Kündigungsfrist: spätestens vier Wochen vor Ablauf eines Bezugsjahres.

Die Abonnementrechnung ist jeweils am Ende des ersten Quartals zur Zahlung fällig. Die nächste Ausgabe erscheint im September 2013.

Kontakt: leserbriefe@libmag.de; abo@libmag.de, redaktion@libmag.de

liberal im Abonnement: siehe Seite 39

Souffleuse fürs Auge

Vom Hilfsmittel für vergessliche TV-Ansager zum Zankapfel der Weltpolitik: Der Siegeszug des Teleprompters ist so unaufhaltsam wie umstritten. Barack Obama kann nicht ohne, Rick Santorum wollte ihn sogar verbieten lassen. Eine kleine Geschichte der schnellen Hilfe aus der Ferne.



Schon seit den Anfängen der öffentlichen Rede bedienten sich rhetorisch weniger Gesegnete verschiedenster Mittel zur souveränen Verkündung ihrer Botschaften. Der erste Vorläufer des Elektro-Souffleurs kam dabei von ganz oben: Die Dekalogrede an das Volk Israel war zwar von Gott höchstpersönlich verfasst; jedoch musste er sie erst für Moses auf Steintafeln meißeln, da die Israeliten ihn zuvor nicht verstanden hatten. Der Hang zum Ablesen hielt sich auch weiterhin standhaft in den Sakralbauten von Judentum und Christentum: Vorrichtungen für Aufzeichnungen, die dem gedächtnisschwachen Prediger vom Publikum unbemerkt als Hilfe dienen, sind bis heute in die Kanzeln eingelassen.

In den 1950er-Jahren entwickelte Irving B. Kahn, Neffe des amerikanischen Komponisten Irving Berlin, den ersten, Papierrollen abspulenden Teleprompter (von griechisch *tele* „fern“ und lateinisch *promptus* „bereit“) für TV-Ansager. In den Nachrichtensendungen avancierte er weltweit schnell zum festen Bestandteil der Regie. Der nach vorne gerichtete, Kompetenz ausstrahlende Blick des Nachrichtensprechers wurde zum Standard in Newssendungen und im deutschen Fernsehen zuletzt von Carmen Miosga perfektioniert. Einzig die Tagesschau verweigerte sich jahrzehntelang standhaft der

neuen Technologie. Erst 2009 entschieden sich die Verantwortlichen für die Anschaffung eines Prompters. In der Politik gilt es seit der Antike als erstrebenswert, seine Reden auswendig zu lernen und nur gelegentlich auf den Notizzettel zu blicken. Dennoch fand der Teleprompter auch hier schnell einen festen Platz. Zwar nutzen ihn mittlerweile die meisten Politiker mehr oder weniger begeistert (Eisenhower meckerte noch über „die verdammte Kiste“ und Horst Köhler wirkte bei seinen ersten Teleprompter-Begegnungen wie ein aufgescheuchtes Reh), doch niemand so konsequent wie Barack Obama. Keine Ansprache hält er ohne. Durch Europa reiste er 2009 mit zwölf präsidentialen Promptern; das indische Parlament installierte eigens für ihn ein Gerät und erlebte eine Prompter-Premiere.

Fällt die Maschine jedoch aus, gerät er nicht selten ins Stottern. Hässische Videos von „Obama ohne“ kursieren im Netz, vom TOTUS, dem „Teleprompter of the United States“ ist die Rede; Websites, Blogs und ein eigenes Signet sind ihm gewidmet.

Sein wahrscheinlich peinlichster Patzer ist jedoch wegen fehlender Videoaufzeichnung umstritten: Beim Besuch des damaligen irischen Ministerpräsidenten Brian Cowen soll Obama versehentlich die für seinen Kollegen eingespielte Rede vorgelesen haben: „First I'd like to say thank you to President Obama.“ Die nächsten drei Jahre Prompter-Präsidentschaft dürften aber noch für viele verbürgte Ausfälle sorgen. ●



ANTJE SCHIPPMANN, 26, arbeitet in Halle (Saale) als freie Journalistin für die *Bild*. Auch jenseits des TOTUS verfolgt sie leidenschaftlich den Gossip in der US-Politik.
antje.schippmann@gmail.com



BELESEN

DIE LIBERAL-REDAKTION EMPFIEHLT

Während Politik und Öffentlichkeit heftig über die richtige Entwicklungszusammenarbeit streiten und viele sich wundern, warum diese Debatte noch immer kaum Früchte trägt, öffnen die Ökonomen Daron Acemoglu und James A. Robinson mit ihrem Buch „Warum Nationen scheitern“ die Büchse der Pandora und schütten die Übel verfehlter gesellschaftlicher Entwicklung vor den Lesern aus. Doch sind es nicht die üblichen Verdächtigen, also das Klima, die Geografie, der Mangel an Ressourcen oder gar der Kapitalismus, die vielen Menschen weltweit Entwicklungschancen versagen. Auch ist es keine Armutsfalle, aus der sie nur die helfende Hand externer Helfer retten kann. Die politischen Institutionen entscheiden, ob wirtschaftlicher und technischer Fortschritt Wohlstand für alle Teile der Bevölkerung schafft oder nur eine kleine mächtige Elite inmitten eines Armenhauses prosperiert. Auf der Suche nach der Ursache für den Aufstieg und das Scheitern von Nationen begeben sich Acemoglu und Robinson auf eine Reise rund um den Globus und quer durch die Menschheitsgeschichte. Dabei machen sie als Ursache globaler Entwicklungsunterschiede den Unterschied zwi-



**ULRIKE ACKERMANN (HRSG.),
HANS JÖRG SCHMIDT (HRSG.):
John Stuart Mill – Ausgewählte Werke,
Band 1: John Stuart Mill und Harriet
Taylor: Freiheit und Gleichberechtigung**
Murrman Verlag, Hamburg 2012,
gebunden, 640 Seiten, 54,00 EUR

schen den politischen Institutionen aus. Während extraktive Institutionen für den Menschen Ausbeutung in engen Fesseln bedeuten, dabei jedoch auf die Dauer Kreativität und Leistungsanreize töten, gewährleisten inklusive Institutionen Rechtssicherheit und Eigentumsschutz und wecken individuelles Eigeninteresse am gesellschaftlichen Fortschritt. Nicht auszuschließen ist, dass extraktive Institutionen bisweilen ein recht beachtliches Wachstum anstoßen, wie die trügerische Wirtschaftsdynamik der frühen Sowjetunion oder das Wirtschaftswunder Chinas suggerieren – doch auf Dauer trägt dieser Profit zulasten von Freiheit und Partizipation nicht. Der Teufelskreis extraktiver Institutionen lässt sich nicht einfach durch eine Spirale der Tugend inklusiver Institutionen ersetzen. Oft hat die Machtelite ein erhebliches Interesse am Stillstand der Gesellschaft, denn Bewegung lässt die eigene Macht und Herrlichkeit erodieren. Nach Ansicht der Autoren gibt es kein Patentrezept, den Ausschlag in die Richtung inklusiver Institutionen zu beeinflussen. Sind sich die Menschen des schmalen Grats zwischen Ausbeutung und Partizipation bewusst, ist zumindest der erste Schritt getan. **STEFFEN HENTRICH**

Aus dem John Stuart Mill Institut für Freiheitsforschung an der SRH Hochschule Heidelberg kommt dieser erste von geplanten fünf Bänden der „Ausgewählten Werke“ des großen liberalen Denkers und wartet gleich mit einer überraschenden Schwerpunktsetzung auf. Nicht die einer breiteren Öffentlichkeit eher bekannten Texte eröffnen die Werkschau, sondern eine Zusammenstellung zum Thema „Freiheit und Gleichberechtigung“. Die Herausgeberin Ulrike Ackermann sieht diesen Themenbereich als zentral für Verständnis und Rezeption der Arbeit Mills an und will „eine neue Forschungsperspektive auf den Zusammenhang von freiheitlicher Kultur und der Gleichberechtigung der Ge-



**DARON ACEMOGLU/JAMES A. ROBINSON
Warum Nationen scheitern – Die
Ursprünge von Macht, Wohlstand und
Armut, S. Fischer, Frankfurt am Main 2013,
24,99 Euro**

schlechter“ eröffnen. Neu ist vor allem die zusammenführende Darstellung der Texte von Mill und „seiner Seelenfreundin, Geliebten und späteren Frau“ Harriet Taylor. Und neu ist auch der Versuch, den (positiven) Einfluss Harriet Taylors auf die allgemeine Philosophie Mills nachzuweisen. Das besondere persönliche, auch spirituelle Verhältnis der beiden wird durch die erstmalige deutsche Übersetzung des von Friedrich August von Hayek herausgegebenen Briefwechsels dargestellt. Die Texte belegen die auch nach heutigem Verständnis hochmoderne Auffassung Mills vom Verhältnis der Geschlechter. Dem ersten Band ist eine breite öffentliche Rezeption in der Liberalismusforschung zu wünschen. **THOMAS VOLKMANN**



„WER DIE WEITE DER FREIHEIT NICHT KENNT, FINDET DIE ENGE DES GEFÄNGNISSES GEMÜTLICH.“

WALTER LUDIN

Man könnte es auch so verstehen: Wer die Enge der Weite erkennt, ist einfach gern zu Haus, oder wer in der Enge auch die Weiteerspürt, muss eben nicht weg. So ging es Immanuel Kant und so geht es auch mir. Auf Immanuel Kant wird der „kategorische Imperativ“ zurückgeführt: „Handle nur nach derjenigen Maxime, von der du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde.“

Das setzt natürlich die Fähigkeit zur Reflexion und zum bewusstem Handeln voraus. Und sagt man nicht auch, dass meine Freiheit dort endet, wo die Freiheit des anderen beginnt? Also lasst uns von der Küche sprechen. Die Küche als soziales Zentrum einer Familie muss vielen Anforderungen entsprechen, deshalb wohnt einer Küche auch eine Ordnung, sogar eine tiefere Ordnung inne, welche die Freiheit zum bewussten Handeln überhaupt erst ermöglicht. Also fragen wir uns: „Wo ist das kleine Messer?“

Solange ich die Prokura über die Küche und ihre unzähligen Schubladen habe, stellt sich die Frage nicht. Warum? Ich lege das kleine Messer freiwillig immer in dasselbe Fach. Und so spreche ich zur Familie: „Nehmt an die Kunde, dass das kleine Messer immer in dasselbe Fach gelegt wird. Auf dass es von einem jeden, der sich

dieser Ordnung anschließt, gefunden werden kann, wenn er es braucht. Nehmt euch die Freiheit und nehmt es heraus, aber legt es auch zurück!“ Allein, die anderen hören nicht. Sie nehmen sich die Freiheit, nehmen es heraus und legen es dann mal hier und mal da hin. Mein Sohn sagte unlängst, als ich ihn nach dem kleinen Messer fragte: „Stell dich nicht so an!! Das hier ist kein Gefängnis!!“

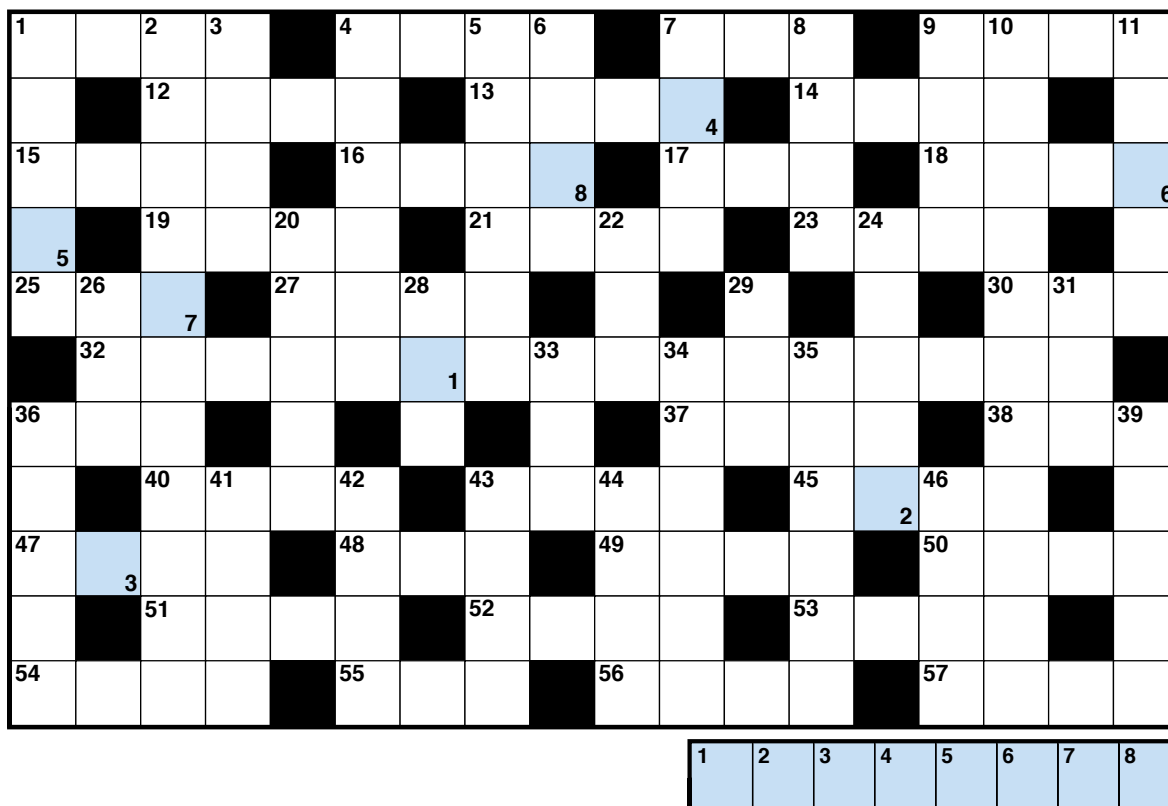
In der derselben Situation hätte meine Mutter mir eine geschmiert. Aber wir hauen unsere Kinder nicht mehr, weil es Unrecht ist. So bleibe ich also suchend zurück und tröste mich mit Sokrates, der da spricht: „Es ist besser Unrecht zu erdulden, als Unrecht zu verüben!“

Kluge Zitate helfen uns doch immer öfter über die kleinen Krisen hinweg. Deshalb möchte ich auch mit einem schließen: „Im GTI / durch die USA / für RTL. / Das ist Freiheit uhuuuuu“ (Josef Hader). ●

Mehr Freiheitszitate: www.freiheit.org/zitate



ANDREAS REBERS ist Kabarettist, Musiker und Autor. Sein aktuelles Buch heißt: „Der kleine Kaukasus“. redaktion@libmag.de



WAAGERECHT: 1 Geeignet für Blumen und Römer, 4 Psalmenzeichen mit Dreher, 7 erspart den Zimmermann, 9 kurz für: ultraviolette Informationstechnologie, 12 passt zwischen Garten und Meter, 13 Verbindung aus Chrom und Indium, 14 Traumziel für Kamele, 15 Köder für englische Fische, 16 unachtsame Biker haben sie im Rad, 17 die Schwester vom Elend, 18 Muse der Sternkunde, leicht verstümmelt, 19 wird gern über die Ohren gezogen, 21 Abk.: Internationale Zuschauersitzordnung, 23 echte Fröchtchen, 25 Thors Frau (sorry, leicht versifft), 27 gründete das Filmstudio mit dem Löwen im Logo, 30 Ohr oder Ähre – das ist für Engländer die Frage, 32 gestern war sie noch krank, heute geht es ihr schon besser, 36 das Ende vom Schlagersänger, 37 der Künstlernamen von Adolf Andreas Meyer, 38 Vorderseite eines Diadems, 40 Süßigkeit ohne Schoko, 43 Hadschi Halef Ben Hadschi Abul Abbas Ibn Hadschi Dawuhd al Gossarah – und welcher Name fehlt?, 45 Wallensteins seniler Astrologe, 47 Vorname für groben Sand, 48 für Numismatiker: Ätsh, ein Kreuzer!, 49 schwachsinniger Dung, 50 Ausklang vom Adagio, 51 finnischer Rekordläufer mit M-Fehler, 52 vier Siebentel eines italienischen Fürstengeschlechts, 53 abgebrochene Mahlzeit, 54 Pförtneraum für Freimaurer, 55 Stier mit Strontium-Mangel, 56 so blau wird nur der Himmel, 57 wird vom schwarzen Schaf der Familie erschlichen.

SENKRECHT: 1 Rohr für Hülsenfrüchte in optischen Geräten, 2 nutzloses Zeug ist nicht mal so viel Wert, 3 dasselbe wie 12 waagerecht, 4 Kurzwort für Etage mit Salon, 5 Trauernde Juden sitzen, 6 Doktor mit Schreibschwäche, 7 Beginn einer Annotation, 8 kann beim Pferderennen arm und reich machen, 9 das Ende vom Numerus clausus, 10 Advokat und Fußballer, 11 Wortlaut eines Ariensängers, 20 erinnert an Stummfilme, Musicals und Reedereien, 22 feuchtes im Plisseerock, 24 dient zum Fischefangen beim Bungeejumping, 26 Mittelteil der Trireme, 28 alle Frauen sind ihre Töchter, 29 linker Teil der Azoren, 31 hier gibt es Anis ohne Ende, 33 Salem ganz hinten, 34 zungenbrecherischer Käse (natürlich aus der Schweiz), 35 vor ihm ist keiner, 36 kleiner Gag in der Heide, 39 die Liebe der Italiener, 41 zu viel Power auf der Atmo, 42 da geht's raus, wenn's eng wird, 43 ein Nerfling ist dieser Fisch, 44 Abk.: Agentur malaysischer Reisanbauer, 46 wer Pech hat, fällt drauf.

AUFLÖSUNG: waagerecht: 1 Topf, 4 Elsa, 7 Akt, 9 Uvlt, 12 Fest, 13 Cn, 14 Oase, 15 Baht, 16 Acht, 17 Not, 18 Uran, 19 Fell, 21 Zso, 23 Obst, 25 Sif, 27 Loew, 30 Ear, 32 Rekonvaleszenz, 36 Ger, 37 Borg, 38 Dia, 40 Lade, 43 Omar, 45 Senl, 47 Grl, 48 Xer, 49 Mist, 50 Agio, 51 Nuri, 52 Farn, 53 Esse, 54 Loge, 55 Tie, 56 Azur, 57 Erbe, 58 Azo, 59 Uvlt, 60 Uvlt, 61 Uvlt, 62 Uvlt, 63 Uvlt, 64 Uvlt, 65 Uvlt, 66 Uvlt, 67 Uvlt, 68 Uvlt, 69 Uvlt, 70 Uvlt, 71 Uvlt, 72 Uvlt, 73 Uvlt, 74 Uvlt, 75 Uvlt, 76 Uvlt, 77 Uvlt, 78 Uvlt, 79 Uvlt, 80 Uvlt, 81 Uvlt, 82 Uvlt, 83 Uvlt, 84 Uvlt, 85 Uvlt, 86 Uvlt, 87 Uvlt, 88 Uvlt, 89 Uvlt, 90 Uvlt, 91 Uvlt, 92 Uvlt, 93 Uvlt, 94 Uvlt, 95 Uvlt, 96 Uvlt, 97 Uvlt, 98 Uvlt, 99 Uvlt, 100 Uvlt, 101 Uvlt, 102 Uvlt, 103 Uvlt, 104 Uvlt, 105 Uvlt, 106 Uvlt, 107 Uvlt, 108 Uvlt, 109 Uvlt, 110 Uvlt, 111 Uvlt, 112 Uvlt, 113 Uvlt, 114 Uvlt, 115 Uvlt, 116 Uvlt, 117 Uvlt, 118 Uvlt, 119 Uvlt, 120 Uvlt, 121 Uvlt, 122 Uvlt, 123 Uvlt, 124 Uvlt, 125 Uvlt, 126 Uvlt, 127 Uvlt, 128 Uvlt, 129 Uvlt, 130 Uvlt, 131 Uvlt, 132 Uvlt, 133 Uvlt, 134 Uvlt, 135 Uvlt, 136 Uvlt, 137 Uvlt, 138 Uvlt, 139 Uvlt, 140 Uvlt, 141 Uvlt, 142 Uvlt, 143 Uvlt, 144 Uvlt, 145 Uvlt, 146 Uvlt, 147 Uvlt, 148 Uvlt, 149 Uvlt, 150 Uvlt, 151 Uvlt, 152 Uvlt, 153 Uvlt, 154 Uvlt, 155 Uvlt, 156 Uvlt, 157 Uvlt, 158 Uvlt, 159 Uvlt, 160 Uvlt, 161 Uvlt, 162 Uvlt, 163 Uvlt, 164 Uvlt, 165 Uvlt, 166 Uvlt, 167 Uvlt, 168 Uvlt, 169 Uvlt, 170 Uvlt, 171 Uvlt, 172 Uvlt, 173 Uvlt, 174 Uvlt, 175 Uvlt, 176 Uvlt, 177 Uvlt, 178 Uvlt, 179 Uvlt, 180 Uvlt, 181 Uvlt, 182 Uvlt, 183 Uvlt, 184 Uvlt, 185 Uvlt, 186 Uvlt, 187 Uvlt, 188 Uvlt, 189 Uvlt, 190 Uvlt, 191 Uvlt, 192 Uvlt, 193 Uvlt, 194 Uvlt, 195 Uvlt, 196 Uvlt, 197 Uvlt, 198 Uvlt, 199 Uvlt, 200 Uvlt, 201 Uvlt, 202 Uvlt, 203 Uvlt, 204 Uvlt, 205 Uvlt, 206 Uvlt, 207 Uvlt, 208 Uvlt, 209 Uvlt, 210 Uvlt, 211 Uvlt, 212 Uvlt, 213 Uvlt, 214 Uvlt, 215 Uvlt, 216 Uvlt, 217 Uvlt, 218 Uvlt, 219 Uvlt, 220 Uvlt, 221 Uvlt, 222 Uvlt, 223 Uvlt, 224 Uvlt, 225 Uvlt, 226 Uvlt, 227 Uvlt, 228 Uvlt, 229 Uvlt, 230 Uvlt, 231 Uvlt, 232 Uvlt, 233 Uvlt, 234 Uvlt, 235 Uvlt, 236 Uvlt, 237 Uvlt, 238 Uvlt, 239 Uvlt, 240 Uvlt, 241 Uvlt, 242 Uvlt, 243 Uvlt, 244 Uvlt, 245 Uvlt, 246 Uvlt, 247 Uvlt, 248 Uvlt, 249 Uvlt, 250 Uvlt, 251 Uvlt, 252 Uvlt, 253 Uvlt, 254 Uvlt, 255 Uvlt, 256 Uvlt, 257 Uvlt, 258 Uvlt, 259 Uvlt, 260 Uvlt, 261 Uvlt, 262 Uvlt, 263 Uvlt, 264 Uvlt, 265 Uvlt, 266 Uvlt, 267 Uvlt, 268 Uvlt, 269 Uvlt, 270 Uvlt, 271 Uvlt, 272 Uvlt, 273 Uvlt, 274 Uvlt, 275 Uvlt, 276 Uvlt, 277 Uvlt, 278 Uvlt, 279 Uvlt, 280 Uvlt, 281 Uvlt, 282 Uvlt, 283 Uvlt, 284 Uvlt, 285 Uvlt, 286 Uvlt, 287 Uvlt, 288 Uvlt, 289 Uvlt, 290 Uvlt, 291 Uvlt, 292 Uvlt, 293 Uvlt, 294 Uvlt, 295 Uvlt, 296 Uvlt, 297 Uvlt, 298 Uvlt, 299 Uvlt, 300 Uvlt, 301 Uvlt, 302 Uvlt, 303 Uvlt, 304 Uvlt, 305 Uvlt, 306 Uvlt, 307 Uvlt, 308 Uvlt, 309 Uvlt, 310 Uvlt, 311 Uvlt, 312 Uvlt, 313 Uvlt, 314 Uvlt, 315 Uvlt, 316 Uvlt, 317 Uvlt, 318 Uvlt, 319 Uvlt, 320 Uvlt, 321 Uvlt, 322 Uvlt, 323 Uvlt, 324 Uvlt, 325 Uvlt, 326 Uvlt, 327 Uvlt, 328 Uvlt, 329 Uvlt, 330 Uvlt, 331 Uvlt, 332 Uvlt, 333 Uvlt, 334 Uvlt, 335 Uvlt, 336 Uvlt, 337 Uvlt, 338 Uvlt, 339 Uvlt, 340 Uvlt, 341 Uvlt, 342 Uvlt, 343 Uvlt, 344 Uvlt, 345 Uvlt, 346 Uvlt, 347 Uvlt, 348 Uvlt, 349 Uvlt, 350 Uvlt, 351 Uvlt, 352 Uvlt, 353 Uvlt, 354 Uvlt, 355 Uvlt, 356 Uvlt, 357 Uvlt, 358 Uvlt, 359 Uvlt, 360 Uvlt, 361 Uvlt, 362 Uvlt, 363 Uvlt, 364 Uvlt, 365 Uvlt, 366 Uvlt, 367 Uvlt, 368 Uvlt, 369 Uvlt, 370 Uvlt, 371 Uvlt, 372 Uvlt, 373 Uvlt, 374 Uvlt, 375 Uvlt, 376 Uvlt, 377 Uvlt, 378 Uvlt, 379 Uvlt, 380 Uvlt, 381 Uvlt, 382 Uvlt, 383 Uvlt, 384 Uvlt, 385 Uvlt, 386 Uvlt, 387 Uvlt, 388 Uvlt, 389 Uvlt, 390 Uvlt, 391 Uvlt, 392 Uvlt, 393 Uvlt, 394 Uvlt, 395 Uvlt, 396 Uvlt, 397 Uvlt, 398 Uvlt, 399 Uvlt, 400 Uvlt, 401 Uvlt, 402 Uvlt, 403 Uvlt, 404 Uvlt, 405 Uvlt, 406 Uvlt, 407 Uvlt, 408 Uvlt, 409 Uvlt, 410 Uvlt, 411 Uvlt, 412 Uvlt, 413 Uvlt, 414 Uvlt, 415 Uvlt, 416 Uvlt, 417 Uvlt, 418 Uvlt, 419 Uvlt, 420 Uvlt, 421 Uvlt, 422 Uvlt, 423 Uvlt, 424 Uvlt, 425 Uvlt, 426 Uvlt, 427 Uvlt, 428 Uvlt, 429 Uvlt, 430 Uvlt, 431 Uvlt, 432 Uvlt, 433 Uvlt, 434 Uvlt, 435 Uvlt, 436 Uvlt, 437 Uvlt, 438 Uvlt, 439 Uvlt, 440 Uvlt, 441 Uvlt, 442 Uvlt, 443 Uvlt, 444 Uvlt, 445 Uvlt, 446 Uvlt, 447 Uvlt, 448 Uvlt, 449 Uvlt, 450 Uvlt, 451 Uvlt, 452 Uvlt, 453 Uvlt, 454 Uvlt, 455 Uvlt, 456 Uvlt, 457 Uvlt, 458 Uvlt, 459 Uvlt, 460 Uvlt, 461 Uvlt, 462 Uvlt, 463 Uvlt, 464 Uvlt, 465 Uvlt, 466 Uvlt, 467 Uvlt, 468 Uvlt, 469 Uvlt, 470 Uvlt, 471 Uvlt, 472 Uvlt, 473 Uvlt, 474 Uvlt, 475 Uvlt, 476 Uvlt, 477 Uvlt, 478 Uvlt, 479 Uvlt, 480 Uvlt, 481 Uvlt, 482 Uvlt, 483 Uvlt, 484 Uvlt, 485 Uvlt, 486 Uvlt, 487 Uvlt, 488 Uvlt, 489 Uvlt, 490 Uvlt, 491 Uvlt, 492 Uvlt, 493 Uvlt, 494 Uvlt, 495 Uvlt, 496 Uvlt, 497 Uvlt, 498 Uvlt, 499 Uvlt, 500 Uvlt, 501 Uvlt, 502 Uvlt, 503 Uvlt, 504 Uvlt, 505 Uvlt, 506 Uvlt, 507 Uvlt, 508 Uvlt, 509 Uvlt, 510 Uvlt, 511 Uvlt, 512 Uvlt, 513 Uvlt, 514 Uvlt, 515 Uvlt, 516 Uvlt, 517 Uvlt, 518 Uvlt, 519 Uvlt, 520 Uvlt, 521 Uvlt, 522 Uvlt, 523 Uvlt, 524 Uvlt, 525 Uvlt, 526 Uvlt, 527 Uvlt, 528 Uvlt, 529 Uvlt, 530 Uvlt, 531 Uvlt, 532 Uvlt, 533 Uvlt, 534 Uvlt, 535 Uvlt, 536 Uvlt, 537 Uvlt, 538 Uvlt, 539 Uvlt, 540 Uvlt, 541 Uvlt, 542 Uvlt, 543 Uvlt, 544 Uvlt, 545 Uvlt, 546 Uvlt, 547 Uvlt, 548 Uvlt, 549 Uvlt, 550 Uvlt, 551 Uvlt, 552 Uvlt, 553 Uvlt, 554 Uvlt, 555 Uvlt, 556 Uvlt, 557 Uvlt, 558 Uvlt, 559 Uvlt, 560 Uvlt, 561 Uvlt, 562 Uvlt, 563 Uvlt, 564 Uvlt, 565 Uvlt, 566 Uvlt, 567 Uvlt, 568 Uvlt, 569 Uvlt, 570 Uvlt, 571 Uvlt, 572 Uvlt, 573 Uvlt, 574 Uvlt, 575 Uvlt, 576 Uvlt, 577 Uvlt, 578 Uvlt, 579 Uvlt, 580 Uvlt, 581 Uvlt, 582 Uvlt, 583 Uvlt, 584 Uvlt, 585 Uvlt, 586 Uvlt, 587 Uvlt, 588 Uvlt, 589 Uvlt, 590 Uvlt, 591 Uvlt, 592 Uvlt, 593 Uvlt, 594 Uvlt, 595 Uvlt, 596 Uvlt, 597 Uvlt, 598 Uvlt, 599 Uvlt, 600 Uvlt, 601 Uvlt, 602 Uvlt, 603 Uvlt, 604 Uvlt, 605 Uvlt, 606 Uvlt, 607 Uvlt, 608 Uvlt, 609 Uvlt, 610 Uvlt, 611 Uvlt, 612 Uvlt, 613 Uvlt, 614 Uvlt, 615 Uvlt, 616 Uvlt, 617 Uvlt, 618 Uvlt, 619 Uvlt, 620 Uvlt, 621 Uvlt, 622 Uvlt, 623 Uvlt, 624 Uvlt, 625 Uvlt, 626 Uvlt, 627 Uvlt, 628 Uvlt, 629 Uvlt, 630 Uvlt, 631 Uvlt, 632 Uvlt, 633 Uvlt, 634 Uvlt, 635 Uvlt, 636 Uvlt, 637 Uvlt, 638 Uvlt, 639 Uvlt, 640 Uvlt, 641 Uvlt, 642 Uvlt, 643 Uvlt, 644 Uvlt, 645 Uvlt, 646 Uvlt, 647 Uvlt, 648 Uvlt, 649 Uvlt, 650 Uvlt, 651 Uvlt, 652 Uvlt, 653 Uvlt, 654 Uvlt, 655 Uvlt, 656 Uvlt, 657 Uvlt, 658 Uvlt, 659 Uvlt, 660 Uvlt, 661 Uvlt, 662 Uvlt, 663 Uvlt, 664 Uvlt, 665 Uvlt, 666 Uvlt, 667 Uvlt, 668 Uvlt, 669 Uvlt, 670 Uvlt, 671 Uvlt, 672 Uvlt, 673 Uvlt, 674 Uvlt, 675 Uvlt, 676 Uvlt, 677 Uvlt, 678 Uvlt, 679 Uvlt, 680 Uvlt, 681 Uvlt, 682 Uvlt, 683 Uvlt, 684 Uvlt, 685 Uvlt, 686 Uvlt, 687 Uvlt, 688 Uvlt, 689 Uvlt, 690 Uvlt, 691 Uvlt, 692 Uvlt, 693 Uvlt, 694 Uvlt, 695 Uvlt, 696 Uvlt, 697 Uvlt, 698 Uvlt, 699 Uvlt, 700 Uvlt, 701 Uvlt, 702 Uvlt, 703 Uvlt, 704 Uvlt, 705 Uvlt, 706 Uvlt, 707 Uvlt, 708 Uvlt, 709 Uvlt, 710 Uvlt, 711 Uvlt, 712 Uvlt, 713 Uvlt, 714 Uvlt, 715 Uvlt, 716 Uvlt, 717 Uvlt, 718 Uvlt, 719 Uvlt, 720 Uvlt, 721 Uvlt, 722 Uvlt, 723 Uvlt, 724 Uvlt, 725 Uvlt, 726 Uvlt, 727 Uvlt, 728 Uvlt, 729 Uvlt, 730 Uvlt, 731 Uvlt, 732 Uvlt, 733 Uvlt, 734 Uvlt, 735 Uvlt, 736 Uvlt, 737 Uvlt, 738 Uvlt, 739 Uvlt, 740 Uvlt, 741 Uvlt, 742 Uvlt, 743 Uvlt, 744 Uvlt, 745 Uvlt, 746 Uvlt, 747 Uvlt, 748 Uvlt, 749 Uvlt, 750 Uvlt, 751 Uvlt, 752 Uvlt, 753 Uvlt, 754 Uvlt, 755 Uvlt, 756 Uvlt, 757 Uvlt, 758 Uvlt, 759 Uvlt, 760 Uvlt, 761 Uvlt, 762 Uvlt, 763 Uvlt, 764 Uvlt, 765 Uvlt, 766 Uvlt, 767 Uvlt, 768 Uvlt, 769 Uvlt, 770 Uvlt, 771 Uvlt, 772 Uvlt, 773 Uvlt, 774 Uvlt, 775 Uvlt, 776 Uvlt, 777 Uvlt, 778 Uvlt, 779 Uvlt, 780 Uvlt, 781 Uvlt, 782 Uvlt, 783 Uvlt, 784 Uvlt, 785 Uvlt, 786 Uvlt, 787 Uvlt, 788 Uvlt, 789 Uvlt, 790 Uvlt, 791 Uvlt, 792 Uvlt, 793 Uvlt, 794 Uvlt, 795 Uvlt, 796 Uvlt, 797 Uvlt, 798 Uvlt, 799 Uvlt, 800 Uvlt, 801 Uvlt, 802 Uvlt, 803 Uvlt, 804 Uvlt, 805 Uvlt, 806 Uvlt, 807 Uvlt, 808 Uvlt, 809 Uvlt, 810 Uvlt, 811 Uvlt, 812 Uvlt, 813 Uvlt, 814 Uvlt, 815 Uvlt, 816 Uvlt, 817 Uvlt, 818 Uvlt, 819 Uvlt, 820 Uvlt, 821 Uvlt, 822 Uvlt, 823 Uvlt, 824 Uvlt, 825 Uvlt, 826 Uvlt, 827 Uvlt, 828 Uvlt, 829 Uvlt, 830 Uvlt, 831 Uvlt, 832 Uvlt, 833 Uvlt, 834 Uvlt, 835 Uvlt, 836 Uvlt, 837 Uvlt, 838 Uvlt, 839 Uvlt, 840 Uvlt, 841 Uvlt, 842 Uvlt, 843 Uvlt, 844 Uvlt, 845 Uvlt, 846 Uvlt, 847 Uvlt, 848 Uvlt, 849 Uvlt, 850 Uvlt, 851 Uvlt, 852 Uvlt, 853 Uvlt, 854 Uvlt, 855 Uvlt, 856 Uvlt, 857 Uvlt, 858 Uvlt, 859 Uvlt, 860 Uvlt, 861 Uvlt, 862 Uvlt, 863 Uvlt, 864 Uvlt, 865 Uvlt, 866 Uvlt, 867 Uvlt, 868 Uvlt, 869 Uvlt, 870 Uvlt, 871 Uvlt, 872 Uvlt, 873 Uvlt, 874 Uvlt, 875 Uvlt, 876 Uvlt, 877 Uvlt, 878 Uvlt, 879 Uvlt, 880 Uvlt, 881 Uvlt, 882 Uvlt, 883 Uvlt, 884 Uvlt, 885 Uvlt, 886 Uvlt, 887 Uvlt, 888 Uvlt, 889 Uvlt, 890 Uvlt, 891 Uvlt, 892 Uvlt, 893 Uvlt, 894 Uvlt, 895 Uvlt, 896 Uvlt, 897 Uvlt, 898 Uvlt, 899 Uvlt, 900 Uvlt, 901 Uvlt, 902 Uvlt, 903 Uvlt, 904 Uvlt, 905 Uvlt, 906 Uvlt, 907 Uvlt, 908 Uvlt, 909 Uvlt, 910 Uvlt, 911 Uvlt, 912 Uvlt, 913 Uvlt, 914 Uvlt, 915 Uvlt, 916 Uvlt, 917 Uvlt, 918 Uvlt, 919 Uvlt, 920 Uvlt, 921 Uvlt, 922 Uvlt, 923 Uvlt, 924 Uvlt, 925 Uvlt, 926 Uvlt, 927 Uvlt, 928 Uvlt, 929 Uvlt, 930 Uvlt, 931 Uvlt, 932 Uvlt, 933 Uvlt, 934 Uvlt, 935 Uvlt, 936 Uvlt, 937 Uvlt, 938 Uvlt, 939 Uvlt, 940 Uvlt, 941 Uvlt, 942 Uvlt, 943 Uvlt, 944 Uvlt, 945 Uvlt, 946 Uvlt, 947 Uvlt, 948 Uvlt, 949 Uvlt, 950 Uvlt, 951 Uvlt, 952 Uvlt, 953 Uvlt, 954 Uvlt, 955 Uvlt, 956 Uvlt, 957 Uvlt, 958 Uvlt, 959 Uvlt, 960 Uvlt, 961 Uvlt, 962 Uvlt, 963 Uvlt, 964 Uvlt, 965 Uvlt, 966 Uvlt, 967 Uvlt, 968 Uvlt, 969 Uvlt, 970 Uvlt, 971 Uvlt, 972 Uvlt, 973 Uvlt, 974 Uvlt, 975 Uvlt, 976 Uvlt, 977 Uvlt, 978 Uvlt, 979 Uvlt, 980 Uvlt, 981 Uvlt, 982 Uvlt, 983 Uvlt, 984 Uvlt, 985 Uvlt, 986 Uvlt, 987 Uvlt, 988 Uvlt, 989 Uvlt, 990 Uvlt, 991 Uvlt, 992 Uvlt, 993 Uvlt, 994 Uvlt, 995 Uvlt, 996 Uvlt, 997 Uvlt, 998 Uvlt, 999 Uvlt, 1000 Uvlt, 1001 Uvlt, 1002 Uvlt, 1003 Uvlt, 1004 Uvlt, 1005 Uvlt, 1006 Uvlt, 1007 Uvlt, 1008 Uvlt, 1009 Uvlt, 1010 Uvlt, 1011 Uvlt, 1012 Uvlt, 1013 Uvlt, 1014 Uvlt, 1015 Uvlt, 1016 Uvlt, 1017 Uvlt, 1018 Uvlt, 1019 Uvlt, 1020 Uvlt, 1021 Uvlt, 1022 Uvlt, 1023 Uvlt, 1024 Uvlt, 1025 Uvlt, 1026 Uvlt, 1027 Uvlt, 1028 Uvlt, 1029 Uvlt, 1030 Uvlt, 1031 Uvlt, 1032 Uvlt, 1033 Uvlt, 1034 Uvlt, 1035 Uvlt, 1036 Uvlt, 1037 Uvlt, 1038 Uvlt, 1039 Uvlt, 1040 Uvlt, 1041 Uvlt, 1042 Uvlt, 1043 Uvlt, 1044 Uvlt, 1045 Uvlt, 1046 Uvlt, 1047 Uvlt, 1048 Uvlt, 1049 Uvlt, 1050 Uvlt, 1051 Uvlt, 1052 Uvlt, 1053 Uvlt, 1054 Uvlt, 1055 Uvlt, 1056 Uvlt, 1057 Uvlt, 1058 Uvlt, 1059 Uvlt, 1060 Uvlt, 1061 Uvlt, 1062 Uvlt, 1063 Uvlt, 1064 Uvlt, 1065 Uvlt, 1066 Uvlt, 1067 Uvlt, 1068 Uvlt, 1069 Uvlt, 1070 Uvlt, 1071 Uvlt, 1072 Uvlt, 1073 Uvlt, 1074 Uvlt, 1075 Uvlt, 1076 Uvlt, 1077 Uvlt, 1078 Uvlt, 1079 Uvlt, 1080 Uvlt, 1081 Uvlt, 1082 Uvlt, 1083 Uvlt, 1084 Uvlt, 1085 Uvlt, 1086 Uvlt, 1087 Uvlt, 1088 Uvlt, 1089 Uvlt, 1090 Uvlt, 1091 Uvlt, 1092 Uvlt, 1093 Uvlt, 1094 Uvlt, 1095 Uvlt, 1096 Uvlt, 1097 Uvlt, 1098 Uvlt, 1099 Uvlt, 1100 Uvlt, 1101 Uvlt, 1102 Uvlt, 1103 Uvlt, 1104 Uvlt, 1105 Uvlt, 1106 Uvlt, 1107 Uvlt, 1108 Uvlt, 1109 Uvlt, 1110 Uvlt, 1111 Uvlt, 1112 Uvlt, 1113 Uvlt, 1114 Uvlt, 1115 Uvlt, 1116 Uvlt, 1117 Uvlt, 1118 Uvlt, 1119 Uvlt, 1120 Uvlt, 1121 Uvlt, 1122 Uvlt, 1123 Uvlt, 1124 Uvlt, 1125 Uvlt, 1126 Uvlt, 1127 Uvlt, 1128 Uvlt, 1129 Uvlt, 1130 Uvlt, 1131 Uvlt, 1132 Uvlt, 1133 Uvlt, 1134 Uvlt, 1135 Uvlt, 1136 Uvlt, 1137 Uvlt, 1138 Uvlt, 1139 Uvlt, 1140 Uvlt, 1141 Uvlt, 1142 Uvlt, 1143 Uvlt, 1144 Uvlt, 1145 Uvlt, 1146 Uvlt, 1147 Uvlt, 1148 Uvlt, 1149 Uvlt, 1150 Uvlt, 1151 Uvlt, 1152 Uvlt, 1153 Uvlt, 1154 Uvlt, 1155 Uvlt, 1156 Uvlt, 1157 Uvlt, 1158 Uvlt, 1159 Uvlt, 1160 Uvlt, 1161 Uvlt, 1162 Uvlt, 1163 Uvlt, 1164 Uvlt, 1165 Uvlt, 1166 Uvlt, 1167 Uvlt, 1168 Uvlt, 1169 Uvlt, 1170 Uvlt, 1171 Uvlt, 1172 Uvlt, 1173 Uvlt, 1174 Uvlt, 1175 Uvlt, 1176 Uvlt, 1177 Uvlt, 1178 Uvlt, 1179 Uvlt, 1180 Uvlt, 1181 Uvlt, 1182 Uvlt, 1183 Uvlt, 1184 Uvlt, 1185 Uvlt, 1186 Uvlt, 1187 Uvlt, 1188 Uvlt, 1189 Uvlt, 1190 Uvlt, 1191 Uvlt, 1192 Uvlt, 1193 Uvlt, 1194 Uvlt, 1195 Uvlt, 1196 Uvlt, 1197 Uvlt, 1198 Uvlt, 1199 Uvlt, 1200 Uvlt, 1201 Uvlt, 1202 Uvlt, 1203 Uvlt, 1204 Uvlt, 1205 Uvlt, 1206 Uvlt, 1207 Uvlt, 1208 Uvlt, 1209 Uvlt, 1210 Uvlt, 1211 Uvlt, 1212 Uvlt, 1213 Uvlt, 1214 Uvlt, 1215 Uvlt, 1216 Uvlt, 1217 Uvlt, 1218 Uvlt, 1219 Uvlt, 1220 Uvlt, 1221 Uvlt, 1222 Uvlt, 1223 Uvlt, 1224 Uvlt, 1225 Uvlt, 1226 Uvlt, 1227 Uvlt, 1228 Uvlt, 1229 Uvlt, 1230 Uvlt, 1231 Uvlt, 1232 Uvlt, 1233 Uvlt, 1234 Uvlt, 1235 Uvlt, 1236 Uvlt, 1237 Uvlt, 1238 Uvlt, 1239 Uvlt, 1240 Uvlt, 1241 Uvlt, 1242 Uvlt, 1243 Uvlt, 1244 Uvlt, 1245 Uvlt, 1246 Uvlt, 1247 Uvlt, 1248 Uvlt, 1249 Uvlt, 1250 Uvlt, 1251 Uvlt, 1252 Uvlt, 1253 Uvlt, 1254 Uvlt, 1255 Uvlt, 1256 Uvlt, 1257 Uvlt, 1258 Uvlt, 1259 Uvlt, 1260 Uvlt, 1261 Uvlt, 1262 Uvlt, 1263 Uvlt, 1264 Uvlt, 1265 Uvlt, 1266 Uvlt, 1267 Uvlt, 1268 Uvlt, 1269 Uvlt, 1270 Uvlt, 1271 Uvlt, 1272 Uvlt, 1273 Uvlt, 1274 Uvlt, 1275 Uvlt, 1276 Uvlt, 1277 Uvlt, 1278 Uvlt, 1279 Uvlt, 1280 Uvlt, 1281 Uvlt, 1282 Uvlt, 1283 Uvlt, 1284 Uvlt, 1285 Uvlt, 1286 Uvlt, 1287 Uvlt, 1288 Uvlt, 1289 Uvlt, 1290 Uvlt, 1291 Uvlt, 1

WOLFGANG GERHARDT TRIFFT DIESMAL: GABOR STEINGART



Gabor Steingart, 50, ist Vorsitzender der Geschäftsführung der Verlagsgruppe Handelsblatt und Herausgeber des *Handelsblatt*, dessen Chefredakteur er zuvor drei Jahre lang war. Er versteht sich als Journalist mit unternehmerischem Ehrgeiz. Und er ist sich mit **Wolfgang Gerhardt** einig, dass der ökonomische Liberalismus keine Zutat ist, sondern die Übertragung der Freiheitsidee auf den Broterwerb.

// FOTOS // REGINA SABLONY

GERHARDT: Herr Steingart, Sie sind seit Kurzem mit Ihrem neuen Buch „Der Wohlstand und seine Feinde“ am Markt und haben auf Einladung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit eine Rede mit dem Titel „Die Marktwirtschaft und ihre Feinde“ gehalten. Reicht das, was wir in der Politik und auch in der Bürgerschaft diskutieren, angesichts der Herausforderungen der Zeit eigentlich aus?

STEINGART: Häufig hört man: „Wir sind nicht so schlecht, wie wir uns machen.“ Das wäre mir als Antwort zu selbstzufrieden. Es ist immer mehr drin. Deutschland muss sich anstrengen, es ist sogar Teil unserer Natur, dass wir uns anstrengen. Auf Spitzenpositionen gibt es kein Abonnement, egal ob im Export, in der Bildung oder in Europa. Anstrengen also, aber nicht aus einer Position der Angst, sondern selbstbewusst - wie in Amerika.

GERHARDT: Der Wachstumsbegriff steht ja gegenwärtig in Kritik. Wir versuchen in der politischen Bildung zu vermitteln, dass Wachstum nicht nur „immer mehr“ bedeuten muss, sondern auch „immer besser“ bedeuten kann: etwas immer besser zu können, immer besser zu beherrschen ...

STEINGART: Wachstum beginnt zuallererst natürlich bei den Menschen selber, das Wissen muss wachsen, die Fähigkeiten, auch die Ziele müssen wachsen. Eine Gesellschaft ohne Wachstum wird eine stationäre Gesellschaft sein.

GERHARDT: Der Marktwirtschaft fehlt eine ausreichende kulturelle Grundlage in Deutschland. Persönlichkeiten, die in der Marktwirtschaft Verantwortung tragen und die für sie kulturell werben könnten, sind manchmal argumentative Ausfälle. Die FDP und auch die Friedrich-Naumann-Stiftung

für die Freiheit sind im politischen Umfeld die Einzigen, die sie engagiert vertreten.

STEINGART: Die Marktwirtschaft ist in der Tat in eine Verteidigungsposition geraten - und das mitten in der Blüte ihres großen Erfolges. Sie wird angefeindet von innen heraus oder, wie Sie sagen, nicht verteidigt von Unternehmern, die einfach nur ihr



Geschäft machen, Umsatz steigern, Gewinn steigern, aber die Marktwirtschaft nicht in Schutz nehmen, wenn sie ungerechtfertigt angegriffen wird.

GERHARDT: Der Markt ist über das Ökonomische hinaus durchaus eine kulturelle Veranstaltung - wenn man Wettbewerb und Fairness verbindet. Er bringt soziale Stabilität in Gesellschaften. Dort, wo soziale Marktwirtschaft beeinträchtigt wird, fahren Regime Gesellschaften an die Wand ...

STEINGART: ... was man auch hierzulande sieht: Beispiel Automobilbau. Da muss kein Regulierer hinter jedem Autobauer stehen, da existieren Werte, der Fleiß der Leute, da gibt es Innovationsgeist. Und bei den Banken, freigestellt von Risiko und Verantwortung, braucht man für jede Führungskraft einen Regulierer. Das zeigt: Eine Branche, die sich auf Abwege begeben hat, bringt nicht dieselbe Prosperität heraus wie unsere Autoindustrie, die gerade weltweit zum Sprung an die Spitze Anlauf nimmt.

GERHARDT: Ich hätte mir in den kühnsten Träumen nicht vorgestellt, dass wir eine solch tiefe kulturelle Wiederbegründung der Marktwirtschaft vor uns und nötig hätten. Nicht nur in Deutschland. Unser Nachbar Frankreich ist unter der Regierung Hollande damit beschäftigt, gegen die Wirklichkeit anzugehen. Es verblüfft, dass ein Land, mit dem wir ja durchaus große europäische Steuerungsvorhaben gemeinsam gemacht »

»DA MUSS KEIN REGULIERER HINTER
JEDEM AUTOBAUER STEHEN,
DA EXISTIEREN WERTE, DER FLEISS DER
LEUTE, DA GIBT ES INNOVATIONSGEIST.«

GABOR STEINGART



»DER ATLANTIK IST EINE BRÜCKE
DER WERTEVERBUNDENHEIT
WIE SONST NIRGENDS ZWISCHEN
KONTINENTEN.« **WOLFGANG GERHARDT**

haben, sich - noch drastischer als zu Mitterrands Zeiten - ein Konzept auferlegt, das nicht zu den Ergebnissen führen kann, die das Land braucht.

STEINGART: Alle sagen, in der Euro-Zone könne man nicht abwerten. Aber Frankreich wertet sich gerade selber ab, durch eine wirklich falsche Politik. Allerdings bin ich optimistischer als Sie. Ich glaube, was dort passiert, ist nicht so gravierend wie die Fehlsteuerungen unter Mitterrand, der nahezu die gesamte Industrie verstaatlicht hat. Es gibt zwei Länder in Europa, die in den letzten 40 Jahren Hilfskredite beantragen mussten: Großbritannien vor Maggie Thatcher und Frankreich zu Zeiten von Mitterrand. Auch Hollande wird lernen müssen.

GERHARDT: Es gibt viele Stimmen, die ernsthaft asiatische Modelle diskutieren - autoritäre Staatsmodelle mit freier Wirtschaft.

STEINGART: In der Tat, diese neue Mischung aus Marktwirtschaft und Plan beeindruckt viele Politiker. Da gibt es einen neuen Weg, der sich aufgetan hat, vor allem im Hinblick auf das Primat der Politik. Eigentlich möchte man das unterschreiben, aber dann

zuckt einem die Hand, weil man merkt: Ich will eigentlich nicht das Primat der Politik in allen Lebensbereichen. Das kann man ja nicht wollen.

GERHARDT: In Asien liegen noch viele historische Trümmer herum, die niemals beseitigt worden sind. Politische Aussöhnung zwischen Japan und Korea gibt es nicht. In internationalen Netzwerken haben die Asiaten noch nicht den Status wie Europa oder die Vereinigten Staaten und Kanada. Sie haben merkwürdigerweise hohe Wachstumsraten, aber nicht, was ihre internationalen Fähigkeiten anbelangt.

STEINGART: Wir müssten noch mehr tun, um das Ideengut des Liberalismus, auch des ökonomischen Liberalismus zu verbreiten. Der ist keine Zutat, sondern die Übertragung der Freiheitsidee auf den Broterwerb und für den Wohlstand der Menschen am Ende das wichtigste Feld. Das Werben dafür findet im Moment zu leise und zu still statt. Wir kommen den Menschen zu autoritär über Ludwig Erhard und große Liberale. Graf Lambsdorff hat immer auch für die Prinzipien des Liberalismus geworben. In den Schulen passiert in dieser Hinsicht nichts.

Unternehmer kommen in aller Regel in der Abteilung „schwarze Magie“ oder „Verbrecher“ vor, nicht aber als Vorbild. Ich glaube, ich habe im Unterricht nie etwas über die Erfolgsgeschichte eines deutschen Unternehmers gelernt. Ich habe dagegen viel von Ausbeutung gehört und von Unternehmerunterstützung für Hitler oder über die Ausbeutung der Dritten Welt. Ich habe über Karl Marx deutlich mehr gelernt als über Ludwig Erhard oder über Adam Smith. Hayek und Schumpeter tauchten bei uns im Unterricht nicht auf. Ich denke, man sollte vermitteln, dass die jungen Leute in Silicon Valley extrem freiheitsliebend sind. Und unsere Familienunternehmer auch. Die könnten keinen Tag bei Siemens oder Daimler überleben.

GERHARDT: Das erinnert mich daran, dass das Gerechtigkeitsthema früher mit guten Aufstiegschancen beantwortet wurde ...

STEINGART: ... und heute dominiert die soziale Sicherheit die Freiheitsidee. Die Dominanz des Sicherheitsdenkens über den Freiheitsgedanken ist zu weit gegangen. Andersherum ist es in Amerika.

GERHARDT: Das größte strategische Potenzial liegt jedoch trotz dieser Unterschiede immer noch im transatlantischen Pakt.

STEINGART: Deswegen wünsche ich mir die transatlantische Freihandelszone und das Freihandelsabkommen, davon könnte große politische Wirkung ausgehen. Zusammen sind wir 700 Millionen Menschen, eine sehr große Wertegemeinschaft.

GERHARDT: Ich hänge dieser Idee schon seit Jahren an. Der Atlantik ist eine Brücke der Werteverbundenheit wie sonst nirgends zwischen Kontinenten. Wir sollten wissen, was das transatlantische Bündnis für uns bedeutet. ●

Wir sehen schwarz für den mündigen Bürger.

Um es ganz klar zu sagen: Wir sind für sinnvolle Regulierung. Der von der Europäischen Kommission vorgelegte Entwurf einer neuen Tabakprodukttrichtlinie verfehlt jedoch seinen Sinn: nämlich den Schutz der Gesundheit. Vielmehr kommen die geplanten Maßnahmen wie 75 Prozent Warnhinweise, Standardisierung von Produkt und Verpackung sowie ein Verbot kompletter Produktsegmente einer Markenenteignung gleich. Die gesundheitspolitischen Ziele werden so nicht erreicht, sondern vielmehr durch den zu erwartenden Anstieg von Produktfälschungen und Schmuggel konterkariert. Tabakgenuss ist mit ernst zu nehmenden Risiken verbunden und kann süchtig machen – das ist allgemein bekannt. Wir sind jedoch der Meinung, dass der mündige und erwachsene Bürger sehr wohl in der Lage ist, Eigenverantwortung zu übernehmen und über den Genuss eines legalen Produktes zu entscheiden. Mehr über unser Engagement erfahren Sie unter www.bat.de und www.bat.com.



**BRITISH AMERICAN
TOBACCO**
GERMANY



Zukunft gestalten: Die Soziale Marktwirtschaft ist erfolgreich, weil sie durch Wettbewerb und Leistungsbereitschaft zur Innovation zwingt. Nur so können Wachstum und Wohlstand weltweit geschaffen und bewahrt werden.

Die Fortschrittsinitiative der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit trägt mit Publikationen und Veranstaltungen dazu bei, den Wert des Fortschritts und den Wert der Freiheit zu verbreiten.